Allein unter Linken S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

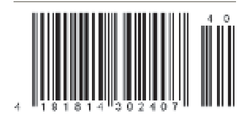
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 40 – 8. Oktober 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Problemfall Pofalla: Der Kanzleramtsminister (li) beschimpfte EFSF-Abweichler Wolfgang Bosbach wüst

Bild: pa

Das Volk blieb draußen

Abstimmung über EFSF: Riss zwischen Politik und Wählerschaft wird tiefer

Während im Volk eine klare Mehrheit gegen weitere Rettungsmilliarden ist, folgt die Politik fast autistisch ihrem riskanten Kurs.

Seit der Sarrazin-Kontroverse im vergangenen Jahr war der Riss, der sich zwischen dem Volk und seinen Politikern aufgetan hat, nicht mehr auf so drastische Weise hervorgetreten wie am Donnerstag, den 29. September. Eine satte Mehrheit der Deutschen lehnt die Erweiterung der deutschen Beteiligung am „Rettungsschirm“ EFSF von bislang 123 auf 211 Milliarden Euro ab. Im Bundestag spielte das keine Rolle. In gespenstischer Isolation trugen die beiden Kritiker, Klaus-Peter Willsch von der CDU und FDP-Finanzexperte Frank Schäffler, die Mehrheitsmeinung des Volkes vor – vergeblich.

Die Mauer der Ablehnung, die sich ihnen präsentierte, trug gar aggressive Züge. Bis zuletzt hatten die Fraktionsspitzen von Union und FDP den Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) aufs Heftigste bedrängt, den beiden „Abweichlern“ nicht das Wort zu erteilen. Doch Lammert wich nicht zurück und ermöglichte so wenigstens eine Debatte, die den Namen verdient. CDU-„Abweichler“ Wolfgang Bosbach sah sich in den letzten Wochen vor der Abstimmung innerparteilichen Attacken ausgesetzt, die, so Bosbach selbst, „die Grenze zur üblen Nachrede überschritten“.

> Die Ausweitung des Schirms wird bereits angedacht

Für Kanzlerin Angela Merkel war es hingegen ein Tag des Triumphs, da sie die Abstimmung auch ohne die Hilfe von SPD und Grünen gewonnen hätte. Daran mochte sie kurz vor dem Ereignis selbst kaum noch glauben. Für die Oppositon war es ein schwieriger Tag. Das lag vor allem daran, dass Schwarz-Gelb mit der Politik der Rettungschirme ein genuin linkes Projekt verfolgt: Die Umverteilung von sehr viel Geld zulasten der Leistungsträger, das letztlich bedingungslos an wirklich oder vermeintlich Bedürftige weitergereicht wird, ohne dass deren Bereitschaft und Fähigkeit zur effektiven Gegenleistung überprüft würde. Die Versprechungen hinsichtlich „strenger Regeln“, die etwa Griechenland einzuhalten habe, reihen sich ein in eine lange Kette gebrochener Verträge und fester Versprechen an das deutsche Volk, die alle in jene Richtung gingen. In diese Kette wird sich mit ziemlicher Sicherheit auch das Versprechen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble fügen, der EFSF werde auf keinen Fall noch einmal aufgestockt. Guy Verhofstadt, der belgische Ex-Premier und nunmehrige Fraktionschef der Liberalen im EU-Parlament, hat Schäubles Zusage bereits platzen lassen: Es würde gewiss noch viel mehr Geld benötigt, man rede von „Billionen“.

Merkel sagt, Europa und Deutschland hätten an diesem Tag gewonnen. Ob das stimmt, wird sich zeigen. Einen Verlierer hinterlässt der 29. September in jedem Fall: Das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Instanzen dürfte unter der Brutalität und Ignoranz, mit welcher die wohlbegründete Volksmeinung hier untergepflügt wurde, weiter schwer gelitten haben. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Gipfelstürmer

Keine Spur von Aufbruch, Erneuerung oder Verbesserung. Das ist die unausweichliche Erkenntnis drei Jahre nach der Wahl von Barack Obama zum US-Präsidenten. Keines seiner Versprechen hat er eingehalten. Stattdessen gibt es mehr Schulden, mehr Inflation, mehr Arbeitslosigkeit und mehr Kriege. Jetzt reicht es sogar den links-progressiven Kräften, die ihn einst gefeiert haben. Waren es bislang seine politischen Gegner und vor allem die radikal-konservative Tea Party, die ihm das Leben schwer machten, kommt der Widerstand jetzt aus der eigenen Ecke. In New York und anderen Städten protestieren vor allem Jugendliche mit prominenter Unterstützung friedlich gegen Staatsverschuldung, Finanzspekulation, Krieg und staatlich sanktionierte Folter. Der voreilig mit dem Friedensnobelpreis dekorierte Obama lässt darauf mit Massenverhaftungen reagieren. Unterdrükken kann er den Protest damit nicht.

Schon immer war es ein beliebtes politisches Mittel, sich bei innenpolitischen Problemen mal mehr, mal minder friedlich über das Ausland herzumachen, um das Volk von der Krise und ihren eigentlichen Gründen abzulenken. Da trifft es sich gut, dass die ebenfalls in der Schuldenfalle steckenden Euro-Länder eine Steilvorlage für ihren Missbrauch als Sündenbock liefern. Sie seien nämlich in Wahrheit schuld an der schlechten Wirtschaftslage der USA und der möglichen globalen Folgen, vernimmt man aus Washington. Kein Wunder, dass Obama auf Europa herabblickt, schließlich steht er auf dem höchsten Schuldenberg der Welt. Wahrlich ein Gipfelstürmer. „Yes, we can“, tönte er 2008 im Wahlkampf. Nichts kann er!

Arbeitslos? Ab nach Polen!

Arbeitsagentur schickt Jugendliche über die Grenze

Die Arbeitsagentur Merseburg (Sachsen-Anhalt) wählt einen ungewöhnlichen Weg, um Jugendliche aus der Arbeitslosenstatistik herausnehmen zu können: Sie schickt sie als Ein-Euro-Jobber auch gegen ihren Willen nach Polen. Insgesamt sollen 30 Arbeitslose dadurch eine neue Arbeit finden. Offiziell heißt das vom Bund und der EU geförderte Projekt „Mitteldeutsche Industrieregion fördert interkulturelle Austauschmaßnahmen“, kurz MIRIAM. Durch das Projekt sollen „mobilitätsgehemmte“ Arbeitslose im Alter von 18 bis 28 Jahren, die überwiegend aus ländlichen Räumen kommen und wegen „mangelnder Arbeitsmotivation und fehlenden Pflichtbewusstseins“ als schwer vermittelbar gelten, „das Arbeiten lernen“ und ihren Horizont erweitern. Vor ihrer Abreise wird ihnen die Teilnahme an einem achtwöchigen Vorbereitungskurs verordnet, zu dem auch die Vermittlung polnischer Sprachkenntnisse gehört.

> Betroffene sprechen von Zwangsarbeit

Die Teilnehmer empfinden die als Sozialpraktikum deklarierte Maßnahme jedoch eher als Zwangsarbeit, denn wer nicht mitmacht, wird mit Leistungskürzungen und Nachteilen bei der beruflichen Weiterbildung bestraft. Also bleibt ihnen nichts anderes übrig, als für mehrere Wochen in polnischen Großküchen, sozialen Einrichtungen, Pflegeheimen und Kindertagesstätten zu arbeiten oder Gartenarbeit zu verrichten. Für die Teilnehmer gelten feste Regeln, ab 22 Uhr herrscht Nachtruhe. Nicht jeder der immerhin volljährigen „Auslandspraktikanten“ lässt sich das gefallen. So haben einige schon nach kurzer Zeit ungeachtet der angedrohten Sanktionen die Heimreise angetreten. Ihr Unmut richtet sich weniger gegen die Arbeitsmaßnahme an sich, sondern dagegen, dass sie ins Ausland verfrachtet werden, um dort „ausgebeutet und wie Kinder behandelt“ zu werden“, wie es einer der Abbrecher kritisiert. *Jan Heitmann*

Beliebt im Ausland

Deutschland mögen nicht nur Touristen und Immigranten

Noch zumindest steht Deutschland in den Fluten von Banken- und Schuldenkrise da wie ein Fels in der Brandung, fast wie eine Insel der Glückseligen. Während anderswo in der Europäischen Union 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit herrschen, sind es in Deutschland weniger als die Hälfte. Doch nicht nur derartige wirtschaftliche Kennzahlen machen die Bundesrepublik für Ausländer attraktiv. So nannten in Frankreich bei einer Meinungsumfrage 82 Prozent Deutschland innovativ, 80 Prozent weltoffen und sympathisch sowie 79 Prozent optimistisch. In Großbritannien kam die BBC nach einer Umfrage in 27 Ländern zu dem Ergebnis, dass das deutsche das beliebteste Volk der Welt sei. Gleich hinter Spanien war Deutschland diesen Sommer das beliebteste Reiseziel Europas.

> Gesetz soll Attraktivität erhöhen

Doch nicht nur zum Urlaub halten sich Ausländer gerne in der Bundesrepublik auf. So hat laut dem Statistischen Bundesamt die Einwanderung im vergangenen halben Jahrzehnt deutlich zugenommen, zuletzt um 13 Prozent.

Zusätzliche Attraktivität verspricht sich die Bundesregierung durch das Gesetz zur verbesserten Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Gerne wird zu dessen Rechtfertigung plakativ argumentiert, dass es widersinnig sei, wenn der indische Informatiker sich in Deutschland wegen fehlender Anerkennung seines Abschlusses als Bote durchschlagen müsse, während die Wirtschaft händeringend Informatiker suche. Allerdings setzt sich gerade in der IT-Branche Qualität auch ohne Abschluss durch. Abschlüsse sind vor allem wichtig beim Arbeitgeber Staat. Und so drängt sich der Verdacht auf, dass es vor allem darum geht, Hindernisse bei der angestrebten Anhebung des Ausländeranteils im Staatsdienst zu beseitigen. *Manuel Ruoff*

MELDUNGEN

Sarrazin applaudiert

Graz – Großen Applaus erhielt Thilo Sarrazin am Freitag in Graz für seinen Vortrag „Demographie und die europäische Zukunft“. Geladen hatte der Steirische ÖVP-Bauernbund – zum stillen Ärger der Wiener ÖVP-Zentrale, die anscheinend noch immer nicht wahrhaben will, dass das derzeitige ÖVP-Tief hauptsächlich auf die Verärgerung traditionsbewusster Wählerschichten zurückzuführen ist. In dem mit 700 Personen randvoll gefüllten Saal waren auch steirische ÖVP-Größen sowie FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, der kommentierte, Sarrazin sei immer eine Reise wert. KPÖ, Grüne, Sozialistische Jugend und sozialistischer Studentenverband hatten zu großen Gegendemonstrationen aufgerufen. Gekommen waren dann jedoch nur etwa 40 Personen, die vor dem Gebäude johlten, aber kaum Beachtung fanden. *RGK*

Lieber Konflikt als EU-Beitritt

Belgrad – Eigentlich sollte Serbien noch in diesem Jahr offiziell als EU-Beitrittskandidat anerkannt werden, doch die neuesten Grenzstreitigkeiten mit dem Kosovo, bei denen vier Nato-Soldaten verletzt wurden, offenbaren, dass Serbien nicht zu Zugeständnissen an die aus seiner Sicht abtrünnige Provinz bereit ist. Zwar will Präsident Boris Tadic – anders als immer mehr Serben – unbedingt in die EU, doch die von Brüssel geforderten Zugeständnisse an das Kosovo würden ihn bei der nächsten Wahl sein Amt kosten, da die meisten Serben einen harten Kurs gegen Pristina bevorzugen. *Bel*

Symbolische Wiedergutmachung

Charité gibt Schädel aus der Kolonialzeit an Namibia zurück – Eklat bei der Übergabezeremonie

Ein grelles Schlaglicht fiel Ende September auf das deutsche Kaiserreich, als es in Berlin bei der Übergabe von 20 Totenschädeln der Herero und Nama zu einem Eklat kam. Die zur Übernahme der Schädel aus Namibia angereisten Regierungsvertreter fühlten sich von der Bundesregierung ignoriert und buhten Staatsministerin Cornelia Pieper (FDP) während ihrer Rede aus, woraufhin diese die Veranstaltung verließ.



Mitglieder einer namibischen Regierungsdelegation im Hörsaal der Berliner Charité: Anlässlich der Übergabe von Schädeln namibischen Ursprungs hatten sie sich finanzielle Zusagen von der Bundesregierung erwünscht Bild: Axel Schmidt/dapd

Die Köpfe stammen von Stammeskriegern, die zwischen 1904 und 1908 bei den Gefechten mit den deutschen Kolonialherren getötet worden waren. Anschließend wurden die sterblichen Überreste konserviert und zu wissenschaftlich-anthropologischen Zwecken in das Lehr- und Forschungskrankenhaus Charité nach Berlin sowie in weitere Forschungsinstitute gebracht. Sie sollen jetzt in einer zentralen Gedenkstätte in Namibia, der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, beispielsweise beim neuen Unabhängigkeitsmuseum beigesetzt oder eingemauert werden. Das Auswärtige Amt hatte zur Verärgerung der aus Namibia angereisten Delegierten einen Empfang durch Vertreter der Bundesregierung abgelehnt und den Vorgang als Angelegenheit der Charité bezeichnet. Dennoch entsandte es seine Staatsministerin als offizielle Regierungsvertreterin zu der Veranstaltung. Auf eine offizielle deutsche Entschuldigung für die koloniale Vergangenheit warteten die namibischen Regierungsvertreter allerdings vergeblich. Während ihrer Rede wurde Pieper deshalb permanent von den afrikanischen Politikern unterbrochen und ausgebuht. Schließlich verließ sie den Saal, noch bevor Namibias Kulturminister Kazenambo Kazenambo das Wort ergriff und die deutschen „Kolonialverbrechen“ aufzählte.

Hintergrund für den von Namibia als diplomatische Brüskierung empfundenen Vorgang ist die deutsche Angst, zu Wiedergutmachungszahlungen herangezogen zu werden; ähnliche Forderungen wurden bereits abgelehnt. Auch Veteranen der kenianischen Mau-Mau-Bewegung erhoben inzwischen entsprechende Forderungen in London und forderten bis zu 157 Euro pro Person. Insgesamt wurden mindestens 11 000 der kenianischen Kämpfer getötet, die schließlich die Unabhängigkeit des Landes erstritten. In Deutsch-Südwestafrika fanden etwa 80 000 Stammesangehörige den Tod, viele davon in Lagern auf der Haifischinsel vor der Küste, wo sie an Unterernährung oder Skorbut starben.

Rund 300 von 7000 Schädeln, die noch heute in der Charité lagern, stammen wahrscheinlich aus dieser Epoche. Sie sollen jetzt auf ihre Herkunft untersucht werden, kein einmaliger Vorgang in Europa. So gab 2010 die Universität Zürich die sterblichen Überreste von Feuerland-Indianern zurück. Diese waren 1882 in die Schweizer Metropole verbracht worden und mussten dort zur Demonstration naturnahen Lebens im sogenannten Plattentheater als „Wilde“ an einem Feuer dem zahlungskräftigen, eidgenössischen Publikum als gruseliges Kulturereignis herhalten. Organisiert wurde das Spektakel von dem Hamburger Carl Hagenbeck,

Es ging um mehr als nur die Schädel: Nämlich um Geld

der mit seinen „Völkerschauen“ ein einträgliches Geschäft entwickelt hatte.

Ein inzwischen aus dem Zentrum der namibischen Hauptstadt Windhuk entferntes Reiterstandbild aus Bronze erinnerte an die verblasste Glorie der wilhelminischen Ära. Noch vor kurzem deutschsprachige Straßennamen wurden entfernt und durch Begriffe wie Robert-Mugabe-Allee oder Nelson-Mandela-Allee ersetzt. Im Parlament sind die Vertreter mit deutschem Stammbaum mittlerweile nicht mehr vertreten.

Die während der Kolonialzeit nach Deutschland verbrachten Schädel sollten die Überlegenheit der weißen Rasse beweisen – eine damals in ganz Europa verbreitete Ansicht, die Farbige in aller Welt zu Menschen dritter Klasse stempelte und zu Grausamkeiten der Kolonialherren Anlass gab. So ließ etwa Belgiens König Leopold II. um 1900 Kongolesen, die nicht genügend zur Ausbeute der Rohstoffe, vornehmlich Kautschuk, beigetragen hatten, die Hände abhacken. Für jede an die Soldaten ausgegebene Kugel musste eine abgehackte Hand vorgelegt werden. Den Kongo verwaltete er als Privatbesitz. Die sogenannten Kap-Holländer in Südafrika holten sich aus ihren anderen Kolonialgebieten Tausende von Sklaven, die unter teils unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten. Die nachfolgenden Briten etablierten den Apartheidsstaat, der bis 1990 die Farbigen weitgehend aus dem gesellschaftlichen Leben ausgrenzte. Noch in den Jahren 1954 bis 1962 wandte die französische Armee in Algerien systematisch Folter und Mord gegen ihre Gegner an, rund 3000 Algerier seien heimlich exekutiert worden, wie der Ex-General Jacques Massu inzwischen einräumte. In Vietnam starben 6000 Zivilisten, als die Franzosen in der Hafenstadt Haiphong in ihrer Kolonie an einer Reisausgabestelle ein Gemetzel veranstalteten. Die spanische und portugiesische Kolonisation, etwa in Mittel- und Südamerika, ist ohnehin durch eine Kette kolonialer Gräuel gekennzeichnet, die erst vor knapp 40 Jahren im blutigen Freiheitskampf in Angola und Mosambik ihr Ende fand. *Joachim Feyerabend*

Die Schulden-Uhr: Fehlender Glaube

Inzwischen haben die Staatsschulden die Zwei-Billionen-Grenze überschritten. Damit zollt die Republik auch der EU-Transferunion Tribut, auch wenn der größte Teil der Schulden noch hausgemacht ist, da bisher noch keine der Bürgschaften zur Euro-Rettung gegriffen hat. Doch die deutschen Nettozahlungen nach Brüssel gehen bereits auch in die Milliarden. Und trotzdem hören die Politiker nicht auf, ihren Wählern gebetsmühlenartig zu beteuern, dass die Vorteile überwiegen würden. Das glauben allerdings nur noch 46 Prozent. Eine Mehrheit hat der Glaube bei den 68er-bewegten Grünen mit 63, den internationalistischen Linken mit 58 und der Union Adenauers und Kohls mit 57 Prozent. In der Partei Kurt Schuhmachers sind es 40 und in der eher ordoliberalen FDP 27 Prozent. Selbst das Dogma, dass die Europäische Union ein Friedensprojekt sei, verliert an Überzeugungskraft. Nur noch 39 Prozent glauben daran. *(Siehe Kommentar auf Seite 8)**M.R.*

2.073.080.569.331 €

Vorwoche: 1.979.048.823.442 €
Verschuldung pro Kopf: 25.374 €
Vorwoche: 24.223 €

(Dienstag, 4. Oktober 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Enttäuschte Hoffnungen

»Arabischer Frühling« ist definitiv kein demokratischer Neuanfang

Ob bei Erfindung des Schlagworts „arabischer Frühling“ Naivität oder wie bei „Reformvertrag“ oder „Rettungsschirm“ arglistige Täuschung Pate stand, sei dahingestellt. Klar ist heute, dass die „Frühlings-Hoffnungen“ Illusion waren. Die Iraner, die vom „islamischen Erwachen“ reden, liegen zwar näher dran, aber auch für sie könnte manches zum Albtraum werden, siehe Syrien.

Am deutlichsten ist das Fiasko in Libyen, wo es zehntausende Todesopfer gibt und Racheakte und Stammesfehden auch nach dem endgültigen Verschwinden des libyschen Diktators Muammar Gaddafis weitergehen werden. Mustafa Abdul Dschalil, der Chef des vom Westen an die Macht gebombten Übergangsrats, hat inzwischen verkündet, dass man einen „modernen Rechtsstaat“ schaffen wolle – mit der Scharia „als wichtigster Rechtsgrundlage“.

Das ist nicht alles. Denn was die Machthaber zwischen Golf und Atlantik bisher gemeinsam hatten, nämlich im eigenen Land keine radikaleren Leute als die eigene Machtbasis zu tolerieren, das ist jetzt nicht mehr gewährleistet: In Libyen ist eine große Zahl von Häftlingen freigekommen, und darunter sollen 600 militante Al-Kaida-Anhänger sein, teils Afghanistan-Kämpfer, die von den USA an Libyen übergeben und ohne Prozess eingekerkert worden waren.

Dazu kommt noch, dass etliche Waffendepots geplündert wurden

Radikale Kräfte und Islamisten wittern Morgenluft

und werden. Da in der Sahara Grenzen unkontrollierbar sind, werden die Waffen den teils auch als „Al-Kaida im Maghreb“ auftretenden Islamisten neue Schlagkraft geben, vor allem in Algerien.

Auch in Ägypten wurden bereits Waffen beschlagnahmt. Allgemein hat sich Lage verschärft, denn der vor 30 Jahren verhängte Ausnahmezustand ist weiter in Kraft, und vermehrt werden wieder Personen von Militärgerichten nach willkürlichen Vorwürfen abgeurteilt, darunter Journalisten und Blogger. Auch die Abriegelung des Gaza-Streifens bleibt aufrecht, denn die Militärs sind von US-Zahlungen abhängig. US-Senator Gary Ackerman fordert nun sogar, weiteres Geld von der Freilassung eines als Mossad-Spion enttarnten Amerikaners abhängig zu machen. Als Wahltermin ist nun zwar der 28. November fixiert, aber fraglich ist, ob der umstrittene Passus, der es den Mubarak-Leuten ermöglichen würde, als „unabhängige“ Kandidaten ins Parlament zu kommen, aufrecht bleibt oder doch noch gestrichen wird.

In manchen Ländern sind die Unruhen nach kleinen Zugeständnissen vorläufig abgeflaut. Nicht so in Bahrein, wo auch die fünfte US-Flotte ihr Hauptquartier hat. Über die Unterdrückung der schiitischen Mehrheit wird zwar spärlich berichtet, aber immerhin doch, dass Ärzte, die verletzte Schiiten behandelt hatten, dafür ins Gefängnis kamen.

Im Jemen droht nach Massendesertionen aus der Armee ein offener Bürgerkrieg. Und ein nicht mehr ganz auszuschließender Umsturz in Syrien könnte sogar überregional fatale Folgen haben. *R. G. Kerschhofer*

Starke EU-Skepsis

Bürger vom EU-Binnenmarkt nicht überzeugt

Die deutsche Bevölkerung zweifelt offenbar nachhaltig an den Beteuerungen der Politiker, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit im europäischen Binnenmarkt Vorteile biete. Ähnlich viel Skepsis herrsche auch in anderen EU-Ländern. Dies geht aus einer Studie hervor, welche die EU-Kommission am 25. September veröffentlichte.

Eine Mehrheit der befragten Deutschen äußert sich in dieser europaweiten Befragung skeptisch gegenüber den Vorteilen des EU-Binnenmarktes, der gemeinhin als Kern der europäischen Integration gilt. Deutsche sehen mehrheitlich den gemeinsamen Markt in Europa als Gefahr für die Lebens- und Arbeitsbedingungen hierzulande. Besonders gefürchtet wird der Zuzug von schlecht bezahlten Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern.

Angst vor billigen Arbeitskräften

Damit äußert sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Politik, die von der Bundesregierung und der Opposition gleichermaßen vertreten wird. Immer wieder betonten in den letzten Monaten Politiker jedweder Couleur, dass Deutschland Vorteile aus der gemeinsamen Währung und dem Binnenmarkt ziehe, weil damit der deutsche Export gefördert würde. Eine Alternative zu der Union der von Währungs- und Schuldenkrise gebeutelten südeuropäischen Staaten gäbe es nicht.

In der Umfrage meinten 65 Prozent der befragten Deutschen, dass der Binnenmarkt nur Großunternehmen nütze; 64 Prozent gaben die Beobachtung zu Protokoll, dass dieser das Land mit billigen Arbeitskräften überschwemmt habe. 63 Prozent meinten, der Binnenmarkt umfasse zu viele unterschiedliche Länder. Ebenfalls mehrheitlich widersprachen die Befragten der Aussage, dass der EU-Markt den Lebensstandard in Deutschland gehoben oder die jüngste Finanzkrise begrenzt habe. Als positive Seiten des Binnenmarktes nannten die Befragten eine größere Auswahl von Produkten (82 Prozent) und eine gewisse Wettbewerbsstärkung gegenüber den anderen Wirtschaftsblöcken Amerika, Japan und China (61 Prozent). *Hinrich E. Bues*

Krötenwanderung

Von Theo Maass

Vor elf Jahren verhandelte die SPD in Berlin mit Grünen und FDP über die Bildung einer „Ampelkoalition“. Rechnerisch wäre damals auch die Bildung eines Bündnisses mit den SED-Erben möglich gewesen. SPD-Parteibasis und Öffentlichkeit waren aber dagegen. Klaus Wowereit offenbar nicht. Was tun? Ganz einfach – es musste der Beweis der „Politikunfähigkeit“ der FDP erbracht werden. Für die FDP als Steuersenkungs-Partei waren Abgaben- und Steuererhöhungen sinnbildlich gesprochen „Kröten“. Der Appetit des liberalen Frontmanns Günter Rexrodt auf die politische Variante dieser glitschigen Tierchen war begrenzt. Nach der dritten oder vierten vorgeschlagenen Steuererhöhung wollte er nicht mehr. Die SPD konnte danach mit Krokodilstränen in den Augen erklären, sie hätten ja gewollt, aber leider, leider...

Wiederholt sich die Geschichte? Nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erwarten Parteibasis und Öffentlichkeit von der SPD, dass sie ein rot-grünes Bündnis schmiedet. Aber hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit wirklich Lust auf Renate Künast und ihre nervigen Politiklehrlinge? Hat die SPD vergessen, wer die erste rot-grüne Landesregierung 1990 wegen einiger geräumter Häuser zerdepperte? Die Grünen. Und wie hieß die Fraktionsvorsitzende der abtrünnigen Partei, die dem damaligen SPD-Bürgermeister Walter Momper den Scheidebrief überbrachte? Renate Künast.

Diesmal braucht kein ganzes Krötenkabinett auf Wowereits Schreibtisch aufgebaut zu werden – eine scheint zu reichen. Die Autobahn A 100 war Wahlkampfthema fast aller Parteien. Die Grünen schworen Stein und Bein: Mit uns? Niemals! So tönte es auch am letzten Wochenende vom grünen Landesparteitag.

Der Landes- und Fraktionschef der SPD, Michael Müller, schwadronierte dafür am nächsten Morgen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, seine Partei werde auf der Autobahn bestehen. Die Sozialdemokraten haben deswegen die Grünen zu einer dritten Sondierungsrunde einbestellt, um dann doch noch mit den Koalitionsverhandlungen zu beginnen. Schon haben einige Grünen-Funktionäre wie die frühere Fraktionschefin Sybill Klotz davor gewarnt, das „rot-grüne Projekt“ an der Autobahn scheitern zu lassen, es gäbe ja Wichtigeres. Dienstwagen etwa?

Sollte der grüne Fraktionschef Volker Ratzmann die Autobahnkröte doch noch schlukken, dann steht mit der Personalie Udo Hansen als kommender Polizeipräsident der nächste Tümpelbewohner auf Wowereits Schreibtisch bereit. Denn Hansen wollen die Grünen auch nicht, er gilt als „Hardliner“.

So kann die SPD genüsslich auskosten, wie viele Kröten die Grünen noch hinunter kriegen. Mal sehen, ob denen der Appetit wirklich beim Essen kommt.

Allein unter Linken

Die Berliner CDU ist nach dem Abgang der FDP im Abgeordnetenhaus weithin isoliert



Umzingelt: Berlins CDU-Chef Frank Henkel hat zwar Stimmen dazu gewonnen, doch Klaus Wowereit gibt weiter den Ton an

Bild: Clemens Bilan/dapd

Mit 23,4 Prozent hat die Berliner CDU bei den vergangenen Wahlen zum Abgeordnetenhaus zwar um zwei Prozentpunkte zulegen können. Machtpolitisch hat die Union, und mit ihr das gesamte bürgerliche Lager, an der Spree aber nichts mehr zu sagen.

In der Berliner CDU ist man zufrieden. Stellvertretend für viele andere beschreibt der innenpolitische Sprecher der Abgeordnetenhausfraktion Robbin Juhnke die Stimmung: „Die CDU sieht sich aus den Wahlen gestärkt, die Stimmung in der Partei ist gut und der Landes- und Fraktionsvorsitzende Frank Henkel wird unangefochten weiter Fraktion und Partei führen.“ Die Union sei nun die einzige bürgerliche Kraft im Berliner Landesparlament.

Tatsächlich fangen dort aber die Probleme der Union an. Zwar höhnten noch vor Monaten die linken Tageszeitungen der Stadt von „Frank wer?“, wenn von dem Spitzenkandidaten der CDU die Rede war. Tatsächlich aber gelang es dem so Geschmähten nach der schweren Niederlage – und dem Machtverlust – im Jahr 2000, die zerstrittene Partei zu einigen und dahingehend zu „modernisieren“, dass sie wieder als wahrnehmbare Größe auftreten konnte. Insider wissen zu berichten, dass Angela Merkel lieber die linke Bundestagsabgeordnete Monika Grütters als Nachfolgerin ihres Vertrauten Friedbert Pflüger installieren wollte. Aber die Kreisvorsitzenden waren entschlossen, die Berliner Partei wieder unabhängig von fremden Einflüssen zu machen. So fiel das Los mit Henkel auf einen der ihren.

Das Superwahljahr 2011 wuchs sich für die CDU zu einer Katastrophe aus. Nur in Rheinland-Pfalz (einem konservativen Land) konnte die Partei Stimmen hinzugewinnen. Alle anderen Wahlgänge waren mit teilweise schwersten Verlusten verbunden. In Baden-Württemberg folgte auf den schwarzen Ministerpräsidenten gar ein grüner Landesvater. So nimmt die Berliner Landtagswahl eine Sonderstellung ein. Mit dem Zugewinn von rund zwei Prozent kann sich die dortige CDU als Sieger fühlen.

> Die Union dient nur noch als Drohkulisse im SPD-Kalkül

Strategisch jedoch befindet sich die Spree-Union in einer hoffnungslosen Lage. Auf Bundesebene stehen zwei bürgerliche Parteien (CDU und FDP) drei linken oder linksextremen (SPD, Grüne und Linke) Parteien gegenüber. In Berlin hat sich dieses ungünstige Zahlenverhältnis nun noch mehr verschlechtert. Während die moribunde FDP mit einem 1,8-Prozent-Ergebnis das Parlament verlassen musste, hat mit der „Piratenpartei“ eine vierte linke Gruppierung das Parlament erreicht. Daran ändert auch nichts, dass Klaus Wowereit seinem Wunschkoalitionspartner, den Grünen, jetzt mit dem CDU-Knüppel droht. Die Autobahn A 100 und die Personalie des kommenden Polizeipräsidenten Udo Hansen werden gewiss nicht die letzten Kröten sein, die Grünen-Spitzenkandidatin Renate Künast noch schlucken muss.

Und wenn sie sich weigert? Selbst bei einem Scheitern von Rot-Grün würde sich grundsätzlich nicht viel ändern. Zwar definieren die meisten Deutschen sich in Umfragen als „nicht links“ und 1,5 Millionen haben Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ gekauft. Aber die Parlamente spiegeln dies kaum noch wider. Neue bürgerliche Gruppierungen sind, wie jetzt auch in Berlin, von wenig Erfolg gekrönt. So fehlt der CDU der Partner, während Wowereits SPD aus dem Vollen schöpfen kann und alle Optionen offen hat.

Franz Josef Strauß hatte das Unionsdilemma bereits in den 1970er Jahren vorausgesehen und mit der Gründung einer „vierten Partei“ kokettiert. Die Union konnte seiner Zeit selbst außerhalb Bayerns Ergebnisse von 50 Prozent erreichen. Was Strauß sich nicht traute, realisierte der linksliberale Hamburger CDU-Chef Ole von Beust. Er erklärte die Schillpartei zum möglichen Koalitionspartner. Schill seinerseits hielt frühere Mitglieder der Republikaner oder Rechtsaußen-Veteranen von DVU oder NDP aus seiner Partei fern. Das machte die neue Partei für die CDU koalitionsfähig und zugleich auch für weite Kreise wählbar.

Doch dies blieb ein Einzelfall. Ansonsten gilt bei der Union nach wie vor die Doktrin, jede neue bürgerliche Partei sogar noch härter zu bekämpfen als linke Gruppierungen. Da die Union allein kaum noch mehrheitsfähig ist und die FDP dahindämmert, läuft dies auf den Verzicht auf Macht und Regierungsverantwortung hinaus. Es könnte ein Abschied für lange Zeit werden. In Skandinavien gab es seit Ende des Ersten Weltkrieges bis hinein in die 1980er Jahre sozialistische Regierungen. Sie waren stets nur so stark, wie es eine schwache bürgerliche Opposition zuließ. Dies änderte sich in Dänemark erst mit dem Auftreten einer „rechtspopulistischen“ Partei – der Dänischen Volkspartei.

Berlin bietet sich als Versuchsfeld für eine neue Strategie an. Hier könnte bewiesen werden, dass trotz 70 Prozent linker Parlamentarier durch die Mobilisierung der Nichtwähler eine Veränderung der Verhältnisse möglich ist. Ende der 1980er Jahre hatte die CDU in Berlin mit den damals noch halbwegs seriösen Republikanern eine ähnliche strategische Option. Sie wurde nicht genutzt. Dann schreckte die SPD kurz nach dem Mauerfall noch davor zurück, sich mit den SED-Erben einzulassen, weshalb die CDU in einer Großen Koalition weiterregieren konnte. Als die Schamfrist abgelaufen war, ließ Wowereit das schwarz-rote Bündnis platzen. Seitdem fristet die Union in der Hauptstadt ein Schattendasein. Nur als taktische Drohreserve in den Koaltionsverhandlungen der SPD mit anderen linken Parteien hat sie noch eine gewisse Funktion. *Theo Maass*

Eigener Bahnhof für 500 €

Brandenburg: Historische Gebäude, aber auch Ruinen im Angebot

Derzeit suchen Dutzende stillgelegte Bahnhofsgebäude in Brandenburg einen Käufer: Zum einen will die Deutsche Bahn (DB) selbst aufgegebene Bahnhöfe in der nächsten Zeit vermarkten, zum anderen werden derzeit Bahnhöfe versteigert, die ein Investor bereits früher von der Bahn erworben hatte: Es sind mehr als 70 Objekte, für die ein Käufer gesucht wird.

Neben größeren Bauwerken in Städten befinden sich auch kleinere Landbahnhöfe unter den Objekten, welche die Bahn als nicht mehr „betriebsnotwendig“ befindet. Auch in der Vergangenheit hatte sich die DB bereits von aufgegebenen Stationen getrennt. Gelandet sind diese Objekte teilweise beim britischen Investor Patron Capital, der Bahnimmobilien im Paket erworben hatte und sie jetzt wieder auf den Markt bringt.

Bereits seit einiger Zeit werden Grundstücke aus diesem Verkaufspaket, nach und nach vom Berliner Immobilien-Auktionshaus Karhausen versteigert, das neben Bahnimmobilien in Brandenburg auch diverse ehemalige Bahnobjekte in anderen Bundesländern wie in Thüringen und Sachsen im Angebot hat. Zu den stillgelegten Brandenburger Bahnhöfen, die derzeit versteigert werden, zählen kleine Landbahnhöfe wie Müncheberg, Schöllnitz, Mixdorf, Baruth/Mark und Altes Lager, wobei die Auktionen teilweise mit Startpreisen von nur 500 Euro beginnen. Trotz stark sanierungsbedürftigem Zustand wird sich für Gebäude wie den ehemaligen Bahnhof in Müncheberg noch ein Liebhaber finden, der an dem um 1867 errichteten Gebäude an der alten Königlich Preußischen Ostbahn nach Königsberg Gefallen findet. Für einige Bauwerke wird es allerdings kaum noch eine zweite Chance geben. Aufgrund des mittlerweile schlechten Zustandes werden nur der Abriss und eine anderweitige Nutzung des Grundstücks bleiben.

> Müncheberg: Hier hielt einst Ostbahn nach Königsberg

Ursache dafür ist die Vermarktungsstrategie der Bahn in den 90er Jahren. Damals wurden viele Interessenten durch die Preisvorstellungen der Deutschen Bahn regelrecht abgeschreckt. Bei den Verantwortlichen herrschte damals die Meinung vor, im Eigentum von „Filetgrundstücken“ zu sein. Nach jahrelangem Leerstand dürfte sich diese Ansicht erübrigt haben. Beim derzeitigen Preisniveau finden die Grundstücke hingegen Abnehmer: Beliebt sind die alten Bahnhofsgebäude bei Künstlern, die sie als weiträumige Atelierflächen nutzen. Für 52 Bahngrundstücke, die bereits im Juni auf den Markt kamen, wurden ohne Ausnahme Käufer gefunden. *Norman Hanert*

Dubioser Rabatt

Fehler bei Verkauf von Potsdamer Eigentum

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) und Potsdams Oberbürgermeister Jann Jacobs (SPD) sehen sich derzeit schweren Vorwürfen ausgesetzt. Der Verkauf von 1050 Wohnungen der Stadt Potsdam an einen privaten Investor im Jahr 2000 soll unter Wert erfolgt sein. Details der Privatisierungen, die selbst verwaltungsintern umstritten waren, hat die Illustrierte „Stern“ öffentlich gemacht. Chef des Aufsichtsrats des damals zuständigen Unternehmens war Jann Jacobs – heutiger Oberbürgermeister von Potsdam. Auch Matthias Platzeck saß zum betreffenden Zeitpunkt als Vertreter der Stadt im Aufsichtsrat des kommunalen Unternehmens.

Fragen wirft bereits die im Vorfeld der Privatisierungen erfolgte Wertermittlung für die Wohnungen auf. Diese erfolgte nicht, wie nach Gemeindeordnung vorgeschrieben, auf Basis von exakt ermittelten Verkehrswerten, sondern nach einer „Pauschalbewertung“.

Der Verkauf der Wohnungen erfolgte anschließend ohne Ausschreibung und sogar mit Preisabschlägen von zehn und 20 Prozent.

> Käufer stand der SPD nahe

Der Unternehmer, der den Zuschlag bei dem als intransparent gewerteten Verkaufsverfahren erhielt, betätigte sich jahrelang als Sponsor bei Sportvereinen, die von SPD-Landesministern geführt wurden.

Die Opposition im Brandenburger Landtag will die Vorgänge um den Verkauf der städtischen Wohnungen nun zusätzlich im Rahmen des Untersuchungsausschusses aufklären, der bereits einen umstrittenen Verkauf von Landesbesitz durch Ex-Innenminister Rainer Speer (SPD) untersucht. *N.H.*

»He 162« in Berlin zu sehen

Das Museum für Technik in Berlin hat eines der nur noch sieben vorhandenen Exemplare der Heinkel He 162 erworben und zeigt es seit dem 27. September in der Flugzeugausstellung. Die „Berliner“ He 162 ist die einzige in Deutschland. In Paris und London gibt es weitere Exemplare in Europa zu besichtigen. Deutschland besaß im Mai 1945 eine ganze Anzahl von Düsenflugzeugtypen, von denen drei in Serie gebaut wurden und zum Einsatz kamen. Neben der bekannteren Messerschmidt Me 262, einem zweimotorigen Jäger, kam auch der einmotorige He 162 beim Jagdgeschwader 1 zum Einsatz. Kennzeichen des „Volksjägers“ war die Verwendung möglichst leichter einheimischer Werkstoffe wie Holz. Beide waren waffentechnisch und fliegerisch jedem alliierten Muster überlegen. Die Siegermächte nutzten das erbeutete technische Wissen. Ihre Flugzeugmuster im Koreakrieg ähnelten projektierten deutschen Flugzeugen sehr. *T.M.*

Zeitzeugen



Wilhelm Tell – Der legendäre Schweizer Nationalheld soll gegen Ende des 13. Jahrhunderts maßgeblich am Freiheitskampf der Eidgenossen beteiligt gewesen sein. Dem Mythos zufolge hatte der Habsburger Landvogt Gessler befohlen, einen von ihm aufgestellten Hut untertänigst zu grüßen. Tell weigerte sich und sollte zur Strafe mit der Armbrust einen Apfel vom Kopf seines Sohnes schießen. Er traf den Apfel, wurde dennoch festgenommen, konnte fliehen und tötete Gessler – das Signal für den Aufstand gegen die habsburgische Fremdherrschaft. 500 Jahre später verewigte Friedrich Schiller den Sagenhelden in seinem Drama „Wilhelm Tell“.



Christoph Blocher – Der 70-jährige konservative Politiker prägte in den letzten drei Jahrzehnten maßgeblich die Schweizer Politik. Seit 1979 vertrat er die Schweizer Volkspartei (SVP) im Nationalrat, 2003 wurde er in den Bundesrat gewählt und leitete das Polizei- und Justizdepartement. 2007 trat er zur Wiederwahl an, scheiterte aber – entgegen allen Traditionen – an seiner „Parteifreundin“ Eveline Widmer-Schlumpf. Als Vizepräsident der SVP blieb Blocher aber weiter politisch aktiv; am 23. Oktober stellt er sich mit seinen betont national-konservativen Positionen zur Wahl in den Ständerat.



Leonhard Euler – Der 1707 in Basel geborene Mathematiker sei stellvertretend für eine große Reihe bedeutender Wissenschaftler und Kulturschaffender aus der Schweiz genannt. Nach dem Studium in seiner Heimat verbrachte er sein Berufsleben in St. Petersburg und Berlin, wo er 1741 von Friedrich dem Großen an die Preußische Akademie der Wissenschaften berufen wurde. Euler, der bis heute zu den bedeutendsten Mathematikern weltweit zählt, beschäftigte sich unter anderem auch mit dem sogenannten Königsberger Brükkenproblem und schuf damit die Basis für die heute aktuelle Graphentheorie.

Die Schweiz auf dem Prüfstand

Die Eidgenossen wählen ein neues Parlament: Wie stabil ist die Musterdemokratie?

Am 23. Oktober wählen die Eidgenossen ein neues Parlament. Dabei geht es auch darum, ob das Schweizer Modell Bestand hat.

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr – mit solch hehren Worten verklärte Friedrich Schiller den Gründungsmythos der Schweiz. Demnach sollen um den 1. August 1291 auf dem Rütli, einer Wiese am Vierwaldstättersee, Werner Stauffacher, Walter Fürst und Arnold von Melchtal als Repräsentanten der drei Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden sich zum Schutz- und Trutzbund gegen Habsburgs „böse Vögte“ verschworen haben. Nationalheld Wilhelm Tell wurde erst später in das Geschehen einbezogen.

Doch egal, wie viel von diesem Nationalmythos wahr oder nur gut erfunden ist – die Nachfahren der drei Eidgenossen sind gut beraten, dem Rütlischwur treu zu bleiben. Denn die Schweiz, in deutschen Landen gern als Musterdemokratie bewundert, steht innen- und außenpolitisch unter Druck. So geht es bei den Parlamentswahlen letztlich auch darum, ob das bewährte Schweizer Modell – eine Kombination aus direkter und harmoniebetont repräsentativer Demokratie – Bestand hat.

Die Bundesversammlung der Schweiz setzt sich aus zwei Kammern zusammen: dem Nationalrat mit 200 Abgeordneten und dem Ständerat (Stöckli) mit 46 Delegierten. Ein sorgfältig austariertes Proporzsystem stellt sicher, dass alle 26 Kantone in beiden Kammern angemessen vertreten sind.

> Das Volk hat in wichtigen Fragen das letzte Wort

Regiert wird die Schweiz nach dem sogenannten Konkordanzprinzip. Das Parlament wählt sieben Bundesräte, die den Regierungs-Departements (Ministerien) vorstehen. Einer von ihnen wird für jeweils ein Jahr zum Bundespräsidenten gewählt; er leitet als „primus inter pares“ die Bundesratssitzungen, vertritt die Schweiz nach außen, genießt aber nicht die üblichen Privilegien eines Staatsoberhauptes.

Die gesetzgeberischen Kompetenzen der beiden Kammern sind eingeschränkt durch starke Elemente direkter Demokratie. Auf Bundes-, kantonaler und kommunaler Ebene hat das Volk in nahezu allen wichtigen (manchmal auch unwichtigen) Fragen das letzte Wort. Das Votum von Initiativen und Referenden bindet Parlamente, Regierungen und Verwaltung.

„Wir wollen frei sein“ – die Zeile aus dem Rütlischwur bedeutet für den Eidgenossen eben auch, sich die Freiheit zu nehmen, anders als Medien- und Parlamentsmehrheiten zu entscheiden. Als Beispiel sei an das Bauverbot für Minarette erinnert, ein Referendum, dessen Ergebnis weltweit für Aufmerksamkeit und Aufgeregtheit sorgte.

Anders als zum Beispiel in Deutschland wird in der Schweiz die Bundesregierung (Bundesrat) nicht von der parlamentarischen Mehrheit gestellt. Vielmehr sollen die sieben Bundesräte alle relevanten politischen Strömungen repräsentieren. Dieses Konkordanzsystem ist am ehesten noch mit einer allumfassenden Großen Koalition zu vergleichen. Dem derzeitigen Bundesrat gehören je zwei Vertreter der Sozialdemokratischen Partei (SP) und der Liberalen (FDP) sowie je ein Vertreter der konservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) und der von der SVP abgespaltenen Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) an. Insgesamt repräsentiert das bürgerlich-konservative Lager über 60 Prozent der Wähler. Das Erstarken der Grünen, zuletzt bei 9,6 Prozent, könnte nun dazu führen, dass die bislang das Konkordanzsystem tragende „Zauberformel“ nicht mehr zum Zuge kommt, da sie einen der Sitze im Bundesrat einfordern könnten.

National wie international sieht sich die Schweiz mit großen Herausforderungen konfrontiert. Der hohe Ausländeranteil (über 22 Prozent) bereitet ebenso Sorgen wie der hohe Frankenkurs, der den Export schwächt. Auf dem schmalen Grat zwischen Neutralität und Globalisierungsdruck muss das Verhältnis zur EU neu gestaltet werden. Und die Attacken auf das Schweizer Bankgeheimnis, von den USA noch aggressiver vorgetragen als von Deutschland, verschärfen die Lage. Da sollten die Eidgenossen sich an den Schluss des Rütlischwur halten: „Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.“ *H.-J. Mahlitz*



Euro-Krise sorgt auch in der Schweiz für frostige Zeiten: Die Export-Nation leidet unter dem starken Franken Bild: colourbox



Zuwanderung: Fremd im eigenen Land?

Die Schweiz zählt zu den klassischen Einwanderungsländern, mit über 22 Prozent hat sie den höchsten Ausländeranteil in Europa. Das lässt viele Bürger befürchten, demnächst Fremde im eigenen Lande zu sein – eine unzumutbare Vorstellung in einem Land, in dem das Wort Patriotismus noch nicht so negativ besetzt ist wie in Deutschland.

Freilich wäre die Angst, Ausländer würden Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen, in der Schweiz derzeit unbegründet. Bei einer Arbeitslosenquote von deutlich unter vier Prozent ist die Wirtschaft dringend auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, sowohl im Dienstleistungsbereich als auch im akademischen Sektor.

> Gegen engere Bindung an die EU

Dennoch sieht nach dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-System die bürgerlich-konservative Schweizer Volkspartei, mit knapp 30 Prozent stärkste Partei, die Gefahr, dass die Schweizer nicht mehr selber bestimmen können, wer in ihr Land kommen darf. Sie lehnt daher nicht nur eine noch engere Bindung an die EU ab, sondern erwartet von der Parlamentswahl auch ein Votum für eine strengere Zuzugsbegrenzung (was von Sozialdemokraten und Grünen natürlich als „ausländerfeindlich“ gebrannt markt wird).

Vor knapp einem Jahr wurde die sogenannte Ausschaffungsinitiative mit klarer Mehrheit angenommen. Sie soll die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtern. Dass diese Volksabstimmung es auf eine für Schweizer Verhältnisse rekordverdächtige Wahlbeteiligung von 53 Prozent brachte, zeigt, wie sehr den Eidgenossen das Thema unter den Nägeln brennt. Es wird auch beim Urnengang am 23. Oktober eine gewichtige Rolle spielen. *H.J.M.*

Sorgen auf höchstem Niveau

Die Schweizer Wirtschaft: Weit mehr als nur Banken

Zürich, im Sommer 2011: Einer der Luxusläden an der noblen Bahnhofstrasse zeigt sich von der eher hässlichen Seite. Die Schaufenster sind verklebt mit Plakaten: Totalausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Der Herrenausstatter, der hier so lange die gutbetuchte Kundschaft standesgemäß einkleidete, muss aufgeben, denn die Geschäfte laufen nicht mehr.

Dass in diesen Tagen der Frankenkurs gerade den Zenit seines Höhenflugs erreicht hat, ist wohl kein Zufall. Bei nahezu Parität zum Euro ist die Schweiz für Ausländer unerschwinglich teuer. Und nicht nur die Finanzmetropole am Limmat, das ganze Land lebt zu erheblichen Teilen vom internationalen Fremdenverkehr. Durch den teuren Franken aber bleiben die zahlungskräftigen Gäste aus.

Auch für die Exportwirtschaft nahm die galoppierende Aufwertung dramatische Dimensionen an. Eine Zeit lang konnte die Schweiz sich noch darauf verlassen, dass ihre hochwertigen Produkte sich auch zu höheren Preisen noch ganz gut verkaufen lassen. Dann aber war die Grenze der Konkurrenzfähigkeit erreicht. Selbst die hochgelobten Uhrmacher spürten auf einmal die einzig verbliebene Konkurrenz im sächsischen Glashütte, die Luxuskundschaft wanderte von Patek Philipp zu August Lange ab.

Inzwischen hat die Nationalbank reagiert und eine Eurokursuntergrenze von 1 zu 1,20 verordnet, die bislang auch mit Eingriffen am Devisenmarkt eingehalten wird. Ob das auf Dauer funktioniert, bleibt abzuwarten.

> Teurer Franken macht sächsische Luxusuhren attraktiv

Weitere wichtige Wirtschaftszweige sind der Maschinenbau (insbesondere Präzisionsinstrumente), Nahrungsmittel, Medizintechnik sowie Chemie und Pharmaindustrie. Sie sind, ähnlich wie die deutsche Wirtschaft, stark exportabhängig, können also einen allzu starken Franken nicht vertragen.

Im öffentlichen (und veröffentlichten) Meinungsbild aber wird die Schweiz in erster Linie als ein weltweit führender Finanzplatz gesehen. In der Tat zählen UBS und Credit Suisse zu den weltweit größten Geldinstituten; fünf Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten im Finanzsektor.

Neutralität, innere und äußere Sicherheit sowie ein strikt eingehaltenes Bankgeheimnis haben im Laufe der Zeit immer mehr Kapitalanleger aus aller Welt in die Schweiz gelockt. Allein aus Deutschland wird Schwarzgeld von weit über 100 Milliarden Franken vermutet.

Vor wenigen Tagen haben Berlin und Bern ein Steuerabkommen unterzeichnet, das diese unversteuerten Gelder legalisieren und wenigstens teilweise dem deutschen Fiskus zugänglich machen soll. Ob das Abkommen den Bundesrat passiert, ist allerdings fraglich, denn SPD und Grüne wollen Steuersünder nicht so billig davonkommen lassen. Zu Nachverhandlungen sind die Schweizer jedoch nicht bereit, zumal sie unter noch stärkerem Druck seitens der USA stehen. Unabhängig von der moralischen Bewertung von Steuerhinterziehung – Washington zeigt sich hier wieder einmal als selbsternannter Weltsheriff mit unakzeptablen Rambo-Manieren. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5868**

Leichte Beute für Piraten

Besonders Reeder unter deutscher Flagge sind wenig gesichert – Experten suchen Lösungswege

Auf der Fachtagung „Piraterie und ihre Bekämpfung" hat der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann auf Fragen der *PAZ* seine Ansicht bekräftigt, bei der Pirantenbekämpfung sollten auch hoheitliche Kräfte zum Schutz deutscher Handelsschiffe eingesetzt werden. Ein von Schünemann geleiteter Bundesfachausschuss der CDU hatte im Juli einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die Bundesregierung will jedoch nur den Einsatz „zertifizierter" privater Sicherheitsdienste. Hierfür sollen eventuell noch Gesetze geändert werden. Während die Regierungsbeamten darüber weiter in aller Ruhe nachdenken, sind private Firmen längst ebenso wie die Piraten auch ohne Zertifikate im Einsatz.

Die Fachtagung mit rund 200 Teilnehmern und Experten unter anderem aus Marine und Bundespolizei fand auf Einladung Schünemanns in der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin statt. Niedersachsen beherbergt 160 Reedereien, die über 1250 Handelsschiffe verfügen. Mehrfach waren sie von Piratenangriffen betroffen. Nachdem Berlin in der Frage der Pirateriebekämpfung nur zögerlich agiert und sich mit der Erörterung juristischer Fragen aufhält, ergreifen nun die Küstenländer die Initiative und setzen damit die Bundesregierung unter Druck. Im Gespräch mit der *PAZ* sagte der Minister: „Dass die Bundesregierung erklärt hat, sie wolle ausschließlich auf private Sicherheitsdienste setzen, wird der Sache nicht gerecht." Die Reeder würden aber schon nach „jedem Strohhalm" greifen. Sie seien bereits „froh", wenn private Sicherheitsdienste einen verbesserten Rechtsrahmen bekämen. Zum Kampf gegen Piraten sei besonders die Marine befähigt, sagte Schünemann. Den Einsatz der Bundespolizei halte er hier nur für „sehr eingeschränkt möglich". Piraten besäßen Panzerfäuste, Maschinengewehre und Raketenwerfer. Die Marine könne rechtlich problemlos tätig werden. Es gebe eine Resolution des Uno-Sicherheitsrats und ein Bundestagsmandat. Ausdrücklich sei auch der Einsatz von Marine-Schutzteams an Bord von Schiffen umfasst.

Mittlerweile haben auch die Piraten im letzten Winkel der Welt gemerkt, dass deutsche Schiffe eine leichte Beute sind, weil sie keine Gegenmaßnahmen zu befürchten haben. So erklärte der Minister, Deutschland sei die von Piratenangriffen weltweit am stärksten betroffene Nation. Im ersten Halbjahr 2011 wurden 33 Schiffe deutscher Reeder angegriffen. Im Fall der „Marida Marguerite", ebenfalls ein Schiff eines niedersächsischen Reeders, habe die Geiselnahme knapp acht Monate gedauert. Es gebe Hinweise, dass gezahlte Lösegelder teilweise als „Schutzgelder" an islamistische Gruppierungen ging. Der gegen Piraten ermittelnde Vizepräsident des Landeskriminalamtes Volker Kluwe aus Hannover nannte als Foltermethoden der Piraten das Aufhängen von Geiseln an Seilen und Ketten, das Abbinden von Genitalien mit Klebebindern oder das Einsperren in Kühlräume.

Bundesregierung beschäftigt sich mit juristischen Fragen

Schünemann plädiert für einen „ganzheitlichen Ansatz" bei der Banditen-Bekämpfung: Schutzmaßnahmen der Reeder („Best Practise Management"), hoheitliche Maßnahmen von Marine und Bundespolizei, verbunden mit privaten Sicherheitsdiensten. Das Bundestagsmandat erlaube die Entsendung von 1400 Soldaten. Derzeit seien nur etwa 300 Soldaten vor Ort. An Bord von französischen, italienischen und niederländischen Handelsschiffen würden im Einzelfall auch hoheitliche Schutzteams unter nationaler Verantwortung eingesetzt. „Soll das an Bord von Schiffen, die unter deutscher Flagge fahren, tatsächlich nicht durchführbar sein? Das wäre ein Armutszeugnis", erklärte der Minister.

Um die Größe des gefährdeten Seegebiets zu verdeutlichen, zeigte Flottillenadmiral Hans-Christian Luther auf einer Karte den Aktionsradius einer Fregatte und ihren Radarbereich: Man könne diese mit der Größe eines Medizinballs in einer Turnhalle vergleichen. Die Marine habe zwei „durchhaltefähige" Schutzteams von je zehn bis zwölf Soldaten. Neben den Fregatten „Köln" und „Bayern" wird im Seegebiet vor Somalia ein Seefernaufklärer vom Marinefliegergeschwader Nordholz eingesetzt.

Bundespolizei-Vizepräsident Wolfgang Lohmann erklärte zu einer Zertifizierung privater Sicherheitskräfte, hier gebe es „zur Zeit eine Diskussion zwischen den Ressorts, wie das aussehen soll". Während Beamte und Politiker noch diskutieren, heuern Reeder längst notgedrungen private Firmen an. Laut einer Umfrage unter 100 deutschen Reedern setzen 27 private Schutzteams ein.

Wie auf Anfrage der *PAZ* die private „Internationale Bodyguard- & Sicherheitsagentur i.b.s." in Hamburg mitteilt, ist sie seit 2005 für den Schutz deutscher und ausländischer Schiffe tätig. Geschäftsführer Horst Rütten begrüßt eine Zertifizierung von Sicherheitsfirmen; so könnten auch „Spreu und Weizen" zumal angesichts etlicher ausländischer Anbieter getrennt werden. Die Zahl der Sicherheitskräfte hänge von der Art des Schiffes ab; oft würden jeweils vier Mitarbeiter eingesetzt, erklärte Rütten. Die Reedereien wären behilflich, Einreisepapiere für die Staaten zu erhalten, in deren Häfen die Sicherheitskräfte an Bord gingen.

Der holländische Flottillenadmiral Michiel Hijmans – er führte bis Juni die Nato-Operation „Ocean Shield" am Horn von Afrika – berichtete von einem Gefecht, in dessen Folge sich einige Piraten „für immer das Rauchen abgewöhnt" hätten. Andere Marinen gehen mit Piraten auch nicht zimperlich um. Außerdem schilderte er seine Erfahrungen mit privaten Sicherheitsdiensten: „Einige sind sehr professionell und erfahren, andere würde ich als ‚Cowboys auf See' bezeichnen, der Rest ist irgendwo dazwischen." Vor allem im südlichen Roten Meer hätten private Sicherheitsdienste schon auf unschuldige Fischer geschossen. Einen ganz pragmatischen Weg gehen die US-Amerikaner bei der Lösung der Frage der Zuständigkeit zwischen der Marine und der Küstenwache, die eigentlich für die Piratenbekämpfung zuständig ist: Trifft ein Marineschiff auf Piraten, wird die Flagge der Navy eingeholt und die Flagge der Küstenwache aufgezogen, der das Schiff dann temporär unterstellt ist. Zuständigkeitsproblem gelöst. *Michael Leh*



Bei der Abfahrt noch guter Hoffnung: Vor Ort in somalischen Gewässern merkt die Deutsche Marine aber, dass sie wenig ausrichten kann
Bild:dapd

MELDUNGEN



Abrücken von Schuldenbremse

Saarbrücken – Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin und CDU-Landesvorsitzende des Saarlandes, hat in einem Interview mit der „Welt" die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse infrage gestellt. In einer Zeit, in der andere Mitglieder der Währungsunion auf deutschen Druck wegen der Schuldenkrise eine Schuldenbremse einführen, begründet die Christdemokratin ihr Abrücken mit eben dieser „Schuldenkrise und den notwendigen Rettungsmaßnahmen". Nichtsdestoweniger sprach sich die Politikerin in dem Interview für ein Festhalten an diesen „Rettungsmaßnahmen" aus. Inzwischen ist sie zurückgerudert. Bei einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz erklärte sie: „Wir wollen die Schuldenbremse an keiner Stelle außer Kraft setzen." *M.R.*

Bund gründet Homostiftung

Berlin – Das Bundeskabinett hat die Einrichtung der „Bundesstiftung Magnus Hirschfeld" beschlossen. Diese soll sich im Sinne der regierungsamtlichen Gender-Mainstreaming-Politik mit der Erforschung homosexuellen Lebens in Deutschland beschäftigen. Nach jahrelangen Debatten um die Einrichtung war die Gründung der Stiftung 2009 auf Initiative der FDP in den schwarz-gelben Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Die mit zehn Millionen Euro Stiftungsvermögen ausgestattete Institution solle der gesellschaftlichen Diskriminierung von Lesben, Schwulen und von der Geschlechterrolle abweichenden Personen entgegenwirken sowie „Anerkennung und Aufklärung für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bewirken und so für mehr Respekt und Verständnis sorgen", wie Bundesjustizminister Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) erklärte. *S.P.*

Sehnsucht nach Extremen

Skandal um »Junge Welt« offenbart Spaltung in Partei »Die Linke«

Anlässlich des Jahrestages des Baus der Berliner Mauer machte die linke Zeitung „Junge Welt" mit der provozierenden Schlagzeile: „Wir sagen an dieser Stelle einfach mal: Danke" auf und zeigte ein Foto von DDR-Grenzsoldaten. Die Aufregung und Empörung war groß und dennoch erreichte das Blatt zwei wichtige Ziele: Zum einen wurde über das Nischenblatt deutschlandweit geredet und zum anderen folgte ein Richtungsstreit in der Partei „Die Linke", den das Umfeld der „Jungen Welt" sicherlich gerne sah. Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, versuchte nach dem Skandal, einen Boykott seiner Bundestagsfraktion gegen das Blatt durchzusetzen und wurde hierbei von der Parlamentsvizepräsidentin Petra Pau unterstützt.

Der Konflikt zeigte zweierlei: 1. Die Traditionslinke mit ihrer Frontfrau Sahra Wagenknecht, aber auch der Co-Parteivorsitzenden Gesine Lötsch sind entschlossen das „kommunistisch-sozialistische Tafelsilber" der SED-Erben nicht ohne Weiteres zur Disposition zu stellen. 2. Die „Reformer" um Dietmar Batsch oder die meisten Funktionäre der Berliner Linkspartei, die sich der Sozialdemokratie als Mitregenten angebiedert haben, sind seit der Trendwende in den Umfragen auf dem machtpolitischen Rückzug.

Genau die Vorgehensweise der „Reformer" war von der „Jungen Welt" immer wieder kritisiert worden. In diesem Zusammenhang kann man auch den Kampf um den Boykott der „Jungen Welt" sehen. Denn immer mehr Funktionäre der Partei haben den Aufruf des Fraktionsvorsitzenden unterlaufen und gewissermaßen „privat" dort Anzeigen geschaltet. Nunmehr hat sich die Fraktion gewissermaßen auf einen Kompromiss geeinigt: Es werden in der „Jungen Welt" nur noch in Einzelfällen Anzeigen geschaltet. Es soll sich dann um Terminankündigungen oder Hinweise zu Publikationen handeln.

Gysi scheiterte mit seinem Boykottaufruf

Gegen die angekündigten Boykottmaßnahmen Gysis hatten die Abgeordneten Sahra Wagenknecht und Ulla Jelpke Front gemacht und in kurzer Frist 30 weitere Abgeordnete auf ihre Seite gebracht. Lötzsch argumentierte so, dass man sich auch künftig die Möglichkeit für Werbemaßnahmen ihrer Partei offenhalten wolle, denn es wäre „geradezu absurd", auf die „Junge Welt" als „Bestandteil einer insgesamt nicht sehr großen linken Medienlandschaft" zu verzichten. Lötsch sieht ihre Partei auch sonst benachteiligt. In einer „Medienanalyse", kommt sie zu dem Schluss, diese würde im „heute-journal" des ZDF zu wenig berücksichtigt.

Hinter dieser Auseinandersetzung um die „Junge Welt" steht nach Ansicht von Insidern eine Grundsatzfrage. Soll die „Linke" ideologisch klar Position beziehen, also gewissermaßen die reine Lehre verbreiten und dafür in Kauf nehmen, schlechtere Wahlergebnisse zu erzielen, oder soll die Partei mit einem „verwässerten" Programm möglichst viele Unzufriedene „mitnehmen" und Regierungsbeteiligungen anstreben, wo dies möglich ist? Zwar verspricht letztere Strategie für eine gewisse Zeit die Möglichkeit, Dienstwagen zu fahren, Personalpolitik zu gestalten und Macht auszuüben, aber sie brachte der Partei dann Stimmenverluste und schließlich auch die Oppositionsrolle ein. Die Genossen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wissen wo, das endet. *Hans Lody*

Islam als Lösung

Kapitalismuskritik als Argument für Konvertiten

Es scheint nur eine Frage der Zeit, so sieht es der Chef der in Delmenhorst ansässigen Organisation „Islamischer Weg", Mehmet Yavuz Özoguz, in einem Aufsatz der Webseite „Muslim Markt", und die deutsche Bevölkerung wird von alleine in die Ummah, die Gemeinschaft der Gläubigen, eintreten. Der umstrittene Autor, der seit den 1960er Jahren in Deutschland lebt und Geschäfte mit großen Lebensmittelkonzernen wie Kraft für Produkte mit „Halal-Zertifikat" macht, hat sich bereits mit einem Mordaufruf gegen den Orientalisten Hans-Peter Raddatz einen zweifelhaften Namen erworben. Özoguz, ein erfolgreicher Ökonom, sieht sich durch die Tatsache bestätigt, dass bereits jetzt etwa 100 000 Deutsche zum Islam übergetreten sind. Ursache ist nach seiner Meinung die Zukunftsunfähigkeit des westlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Geschickt klinkt er sich in die inzwischen salonfähige Kapitalismuskritik ein. Das westliche Zinseszinssystem könne nicht überleben, das erhelle allein eine simple Hochrechnung. Ein mit fünf Prozent Zinsen zu Zeiten Jesu angelegter Euro würde heute einen Wert erreichen, der jenem sämtlicher Güter unseres Sonnensystems übersteige. Der Westen werde also niemals in der Lage sein, seine Schulden, ja nicht einmal die Zinsen dafür, zu bezahlen. Und hier sei das Zinsverbot des Islam die einzige Antwort. Der Vorbildcharakter westlichen Denkens habe angesichts einer entfesselten, parasitären Finanzindustrie, die nach der letzten Krise mit zweifelhaften Geschäften wieder in den alten Trott verfallen sei, ohnehin ausgedient, so der Bruder der Hamburger SPD-Bundestagsabgeordneten Aydan Özoguz. Irgendwann würden die Menschen erkennen müssen, dass Alkohol schlimmere Folgen als das Rauchen nach sich ziehe und deshalb genauso – wie eben im Islam – mit einem Verbot belegt werden müsse.

Moslems werben für ihre Religion

In dasselbe Horn stößt auch Skaer Assem, der Sprecher der islamischen Befreiungspartei Hizbut-Tahir, die weltweit über 20 000 Mitglieder zählt. Er lebt in Österreich und tritt für ein Kalifat als Lösung aller Dinge ein. In Deutschland und in der Schweiz ist seine Organisation verboten.

In diesem Konsens erscheint der Aufruf des Hamburger Weihbischofs Hans-Jochen Jaschke, den Bau neuer Moscheen durch christliche Spenden zu unterstützen, in den Augen der gutmeinenden Islamkritiker blauäugig. Denn beispielsweise werden in Frankreich bereits mehr Moscheen gebaut als christliche Gotteshäuser und inzwischen mehr praktizierende Muslime als praktizierende Katholiken das Bild beherrschen. Von 2000 bis 2010 wurden in unserem Nachbarland 1000 neue Moscheen gebaut und 40 Kirchen geschlossen. Und in Deutschland gibt es bereits muslimische Angebote an die Kirchen, nicht genutzte Gotteshäuser zu kaufen und in Moscheen umzuwandeln. Das öffentliche Straßengebet, bei dem Verkehr und Handel blockiert werden, ist vielen Franzosen längst zum Ärgernis geworden und veranlasst Politiker wie Jean-Marie Le Pen zu der Feststellung, dass dies als politische Demonstration zu verstehen sei. Immerhin räumt auch die protestantische Kirche in Deutschland, etwa durch Bischof Markus Dröge in Berlin, ein, dass die zunehmende Präsenz des Islam für die Christen hierzulande Konsequenzen habe. Sie müssten sich offensiver in die Gesellschaft einbringen. *Joachim Feyerabend*

MELDUNGEN

Sofia droht mit EU-Blockade

Sofia – Eine mögliche Blockadehaltung innerhalb der EU hat Bulgariens Außenminister Nikolay Mladenov angedeutet. Auf die nicht erfolgte Aufnahme Bulgariens in den Schengen-Raum angesprochen, äußerte er in einem Interview: „Zur Umsetzung von EU-Politik wird auf vielen Bereichen unsere Kooperation benötigt." Hintergrund ist ein Veto der Vertreter der Niederlande und Finnlands auf einem Treffen der EU-Innen- und Justizminister am 22. September, durch das die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum verhindert wurde. Als Folge werden Kontrollen an den Grenzen beider Balkan-Staaten zunächst beibehalten werden. Nach Ansicht des niederländischen Einwanderungsministers Gerd Leers weisen sowohl Rumänien als auch Bulgarien noch starke Defizite in der Justiz und bei der Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität auf. „Wir wollen eine Situation vermeiden, in der wir jetzt entscheiden und später bereuen", erläuterte der niederländische Politiker den Entschluss zum eingelegten Veto. *N.H.*

»Neue« Autos aus UdSSR-Zeiten

Havanna – Kubas Staatschef Raúl Castro hat als Teil seiner neuen Reformen zur ökonomischen Öffnung des Landes neue, lockerere Bestimmungen für den Gebrauchtwagenhandel erlassen. Bislang durften Normalbürger nur jene US-Straßenkreuzer erwerben oder abstoßen, die vor der Revolution von 1959 gebaut worden waren. Die Einfuhr von neuen Autos bleibt zwar Staatsbeamten vorbehalten. Jetzt wird es aber dem Normalbürger möglich, auch von den zehntausenden von Limousinen sowjetischer Bauart, die vor 1990 ins Land kamen, ein Exemplar auszusuchen. *J.F.*

A bisserl Bakschisch hilft auch in Wien

Ehemalige und heutige Regierungsmitglieder stehen im Verdacht von Amtsmissbrauch und Korruption

Während man sich im Norden Europas anlässlich der Euro-Krise über die Neigung der Griechen zu Schmiergeld mokiert, erschüttert ein neuer Schmiergeldskandal die österreichische Politik.

Der Balkan beginnt am Rennweg, hieß es schon zu Kaisers Zeiten – bezogen auf eine nach Südosten führende Wiener Straße. Und heute beginnt sogar der Orient schon weiter westlich und nördlich. Kein Wunder also, dass die Frage „Brauchn S' a Rechnung?" nicht selten und angesichts heutiger Steuersätze auch eine echte Versuchung ist. Neben Leistung ohne Rechnung gibt es auch Rechnung ohne Leistung. Oder für fragwürdige Leistung, und da geht es um ganz andere Beträge: Verdeckte Provisionen, die strafbar sein können, sowie „Parteienfinanzierung" und „Lobbying", die – beide in einer Grauzone – derzeit Wellen schlagen. Und wie in den 1980er Jahren, als eine ähnliche Häufung von Fällen – genauer, von deren Aufdeckung – die Gemütlichkeit trübte, fallen wieder Ausdrücke wie „Skandalrepublik" und „Korruption". Obwohl sich Österreich mit Deutschland den nicht so schlechten Platz 15 auf dem „Korruptionswahrnehmungsindex" von Transparency International teilt.

Die jüngste Erregung betrifft Bundeskanzler Werner Faymann persönlich, der in seiner Zeit als Verkehrsminister bei Massenblättern eine freundliche Berichterstattung erkauft haben soll, indem der Sozialdemokrat die ihm unterstellte Österreichische Bundesbahn (ÖBB) und andere zur Vergabe von Inseraten veranlasste. Diese Praxis muss ihm schon als Wiener SP-Funktionär und späterem Wohnbaustadtrat unter seinem Mentor Bürgermeister Michael Häupl vertraut gewesen sein. Denn mit gemeindenahen Betrieben, deren jährliches Inseratenbudget man auf bis zu 180 Millionen Euro schätzt, hält man es bis heute nicht anders. Die FPÖ hat Anzeige erstattet, und – man staune – die Wiener Staatsanwaltschaft, die meist den Eindruck einer SPÖ-Filiale macht, ermittelt tatsächlich.

Die SPÖ spricht von einer Retour-Kutsche für die Aufdeckung von Fällen aus der Zeit der ÖVP/FPÖ-Koalition unter Kanzler Wolfgang Schüssel. Kommt natürlich sehr gelegen, weil dabei auch an der FPÖ etwas hängenbleibt, selbst wenn von der damaligen FPÖ-Riege keiner mehr übrig ist. In Verdacht stehen gleich fünf ehemalige Minister – die alle Anschuldigungen zurückweisen – sowie einige andere, die schon allein deshalb für schiefe Optik sorgen, weil sie mehrfach vorkommen.

Ein besonderer Fall war hier Ex-Innenminister Ernst Strasser, der nach seiner Amtszeit eine Beratungsfirma gegründet, diese aber weitergeführt hatte, als er 2009 EU-Parlamentarier und ÖVP-Delegationsleiter wurde. Ohne hier auf anderes einzugehen: Zum Rücktritt wurde er erst genötigt, als im März aufflog, dass er Journalisten der „Sunday Times" in die Falle gegangen war, die als Lobbyisten auftraten und ihm für das Betreiben bestimmter Änderungen in Finanzgesetzen Geld, Gratis-Flüge und Aufsichtsratsposten versprachen. Die Gespräche wurden heimlich aufgezeichnet. Er behauptet nun, er habe es unterlassen, den Bestechungsversuch anzuzeigen, nur „um an Hintermänner heranzukommen". Die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Steuerfahndung sind im Gange.

> Gesetzesänderungen gegen Gratis-Flüge und Aufsichtsratsposten

Brisant sind auch die Vorwürfe gegen den parteilosen Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser, den Jörg Haider in die Regierung entsandt hatte und der im zweiten Schüssel-Kabinett in der ÖVP-Riege war. Seine Leistungen als Minister sind unbestritten, aber nun ist er selber im Visier von Steuerfahndung und Staatsanwaltschaft. Es geht unter anderem um Unregelmäßigkeiten bei der Privatisierung der Bundes-Immobiliengesellschaft Buwog.

Schlüsselfigur ist ein Peter Hochegger, dessen Firmen schon mit SPÖ-Ministerien gut im Geschäft waren. Er hatte auch eine tragende Rolle beim Erwerb eines bulgarischen Mobilfunkbetreibers durch die Telekom Austria – was einem über die Gewerkschaftsbank Bawag finanzierten Konsortium als Zwischenhändler 760 Millionen und der Telekom einen entsprechend höheren Kaufpreis bescherte. Der Jahre andauernde, teure Bawag-Prozess brachte übrigens nur eine einzige Person hinter Gitter, während die für Milliardenverluste verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre unbehelligt blieben.

Über Hochegger lief auch eine Kursmanipulation der Telekom, die den Telekom-Managern satte Bonuszahlungen brachte. Desweiteren sollen bei der umstrittenen Vergabe des Behördenfunks über ihn Millionen an den internationalen Waffenlobbyisten Graf Mensdorf-Poully gegangen sein. Dieser ist der Gatte der langjährigen ÖVP-Ministerin und Abgeordneten Maria Rauch-Kallat, die als Abschiedsgeschenk das „Gendern" der Bundeshymne mit veranlasste.

Und anderes mehr, darunter Staatsbürgerschaftskauf für Parteispenden sowie mutmaßliche Unterschlagungen eines unabhängigen EU-Parlamentariers, der sich jahrelang als „Aufdecker" betätigt hatte. Die fünf Parlamentsparteien haben sich nun – wieder einmal – auf Einrichtung eines parlamentarischen Ausschusses geeinigt, der – nach langem Widerstand der SPÖ – sogar die Inseratenaffäre aufklären soll. Parallel zur Staatsanwaltschaft. *R. G. Kerschhofer*



Im Schmiergeldsumpf: In jeder Partei finden sich schwarze Schafe Bild: blickwinkel

Kontakte versilbert

Ex-Premier Tony Blair vermittelt Geschäfte

Während der ehemalige britische Premier Tony Blair lange als Vordenker einer „modernen Sozialdemokratie" galt, sorgt er in jüngster Zeit immer mehr mit seiner Geschäftstüchtigkeit für Aufsehen: Bereits seit 2007 ist Blair unter anderem für die EU und die Vereinten Nationen als unbezahlter „Sondergesandter" für den Nahost-Friedensprozess unterwegs. Doch das öffentliche Bild des unbezahlten Friedensvermittlers droht nun erheblichen Schaden zu nehmen.

> Hilfreicher Posten als Sondergesandter

Nicht durch die notorische Erfolgslosigkeit bei der Friedensvermittlung, sondern durch Blairs Vermittlungstätigkeit auf einem anderen Gebiet. Seit einer Dokumentation des britischen „Channel 4" sind die Nebentätigkeiten von Blair ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Unter dem Titel „Die wunderbare Welt des Tony Blair" wurde dargestellt, wie der Ex-Premier seine hervorragenden Kontakte im Nahen Osten für eigene Geschäftsinteressen nutzt. „Channel 4" zu Folge hat Blair im Jahr 2009 israelische Vertreter dazu überredet, der Firma Wataniya aus Katar eine Mobilfunk-Frequenz im Westjordanland zu verkaufen. British Gas war Blair wiederum behilflich, Erschließungsrechte für ein Erdgasfeld vor dem Gazastreifen zu sichern. Beide Firmen sind Kunden der Bank JP Morgan, von der Blair jährlich zwei Millionen Pfund als Beraterhonorar erhält. Sowohl die Bank als auch Blair bestreiten einen Interessenkonflikt zwischen der Arbeit als Nahost-Sonderbeauftragte und der privaten Beratertätigkeit für die Bank.

Das wird von gemeinnützigen Organisationen wie „Global Witness", die sich mit der weltweiten Korruptionsbekämpfung beschäftigen, jedoch anders gesehen. Untermauert wird der Verdacht des Lobbyismus durch weiteres Material, das „Global Witness" zugespielt wurde. Demzufolge hat sich 2009 JP Morgan bei Blair auch um die Nutzung seiner guten Kontakte zum Gaddafi-Clan bemüht. Blair sollte dafür eingespannt werden, libysche Gelder in einen bestimmten Fonds zu lenken.

Allerdings dürfte auch dies nur ein Ausschnitt der Bemühungen sein, mit denen Blair seine während der Regierungszeit geknüpften Kontakte versilbert. Die Beraterfirma des Ex-Premier „Tony Blair Associates" ist inzwischen auf mehr als 100 Angestellte angewachsen. *Norman Hanert*

Steuerzahler gegen Todesstrafe

In den überschuldeten USA führen Gegner von Hinrichtungen das Kostenargument an

Der Staat Georgia hat einen Mord begangen! Was wird die Welt von uns denken", kommentierte eine Leserin der „Los Angeles Times" verschreckt die dramatischen Umstände der Hinrichtung des schwarzen Amerikaners Troy Davis in Atlanta/Georgia am 2. September. Zu Recht, wenn man das internationale Aufsehen bedenkt, das dieser Fall ausgelöst hat.

Neben der persönlichen Tragik hat der Fall Davis jedoch auch eine andere, hoffnungsvolle Seite. Gerade weil er nicht im Verborgenen geschah und die Grausamkeit und die Ungerechtigkeit des Systems an die Öffentlichkeit brachte, hat er den Gegnern der Todesstrafe in Amerika ein äußerst wichtiges Argument geliefert. Denn das „Capital Punishment" wird immer noch von 64 Prozent der US-Bevölkerung befürwortet und ist bis heute eine „Heilige Kuh" für viele Politiker. Die Gretchen-Frage „Wie hältst du es mit der Todesstrafe?" taucht prominent in jeder Debatte der republikanischen Präsidentschafts-Kandidaten auf, wie auch bei anderen politischen Diskussionen, und wehe, einer gerät in den Verdacht „soft on crime" zu sein. Er kann seine Wahl vergessen.

Dennoch haben 14 Bundesstaaten die Todesstrafe bereits abgeschafft. 36, vor allem der gesamte Süden, praktizieren sie. (Fast alle mit der umstritten gewordenen Todesspritze.) Von den 1270 Exekutionen seit 1976 wurden 1042 in den Südstaaten vollzogen. An der Spitze Texas mit 475. Davon 235, elf allein in diesem Jahr, unter Gouverneur Rick Perry, einem gnadenlosen Anhänger der Todesstrafe. Die Bedeutung liegt bereits im Unterschied zur nächsthöchsten Quote: Virginia mit 109, während Connecticut, Idaho, New Mexiko und Colorado nur eine einzige Exekution seit 1976 hatten, und Kalifornien 13.

> Über 300 Millionen Dollar pro Hinrichtung?

Die Rasse spielt immer noch eine große Rolle. Laut Statistik wurden rund dreimal so viele Schwarze hingerichtet, die einen Weißen getötet hatten, wie Weiße, die einen Schwarzen umgebracht hatten. 98 Prozent aller dafür verantwortlichen Staatsanwälte in Staaten, die die Todesstrafe praktizieren, sind weiß, nur 1 Prozent ist schwarz.

Theoretisch könnte der Oberste US-Gerichtshof die Todesstrafe für das ganze Land verbieten. „Aber das ist nicht zu erwarten, wenn man bedenkt, wer dort zur Zeit sitzt", sagt CNN-Rechtsberater Jeffrey Tobeen. Er meint die Überzahl der konservativen Richter. Denn es gibt dort wie in der Bevölkerung eine klassische Kluft zwischen Demokraten, die größtenteils die Todesstrafe in Lebenslänglich verwandelt sehen möchten, und Republikanern wie anderen Konservativen, die sie vehement befürworten. Dies bestätigt auch Frank Newport, Chefredakteur der Gallup-Umfragen. „Den Leuten ist bewusst, dass nach offiziellen Statistiken die Todesstrafe keine Abschreckung für Morde darstellt. Aber das verändert nicht ihre Einstellung."

Eine Hauptrolle unter den Befürwortern spielen die Kirchen. Für die gilt „Auge um Auge, Zahn um Zahn". Dazu Gerald Uelemann, Rechts-Professor an der Uni Santa Clara: „Wohin man kommt", sagt Uelemann, selber Katholik, „die Kirchen-Mitglieder interessiert nicht die moralische Frage ... Es geht nur um Vergeltung, und das finde ich sehr befremdlich. Das einzige Argument, das sie umstimmen könnte, ist die praktische Frage: Was kostet uns das System? Was, vier Milliarden bisher? Über 300 Millionen Dollar pro Hinrichtung? Mein Gott, kann man da denn nicht doch sparen?"

Und genau hier setzen zurzeit die Aktivisten gegen die Todesstrafe an. „Steuerzahler für Gerechtigkeit" nennt sich ein Forum in Kalifornien, das für die Wahl 2012 eine Initiative zur öffentlichen Abstimmung über die Todesstrafe vorlegen will. Die Verschuldung von 14 Milliarden Dollar, mit der der Staat Kalifornien zu kämpfen hat und die zu drastischen Sparmaßnahmen auf wichtigsten Gebieten führt, zeigt hier ihre gute Seite.

So wird die Initiative sogar von unerwarteten Helfern befürwortet: Zum Beispiel Don Heller, ein früherer Staatsanwalt und Initiator der 1978 in Kalifornien wieder eingeführten Todesstrafe. „Ich habe vor 33 Jahren einen großen Fehler gemacht", bekennt Heller. „Aber der kann korrigiert werden. Ich rufe alle Kalifornier auf, bei der Wahl 2012 für die Abschaffung des Capital Punishment zu stimmen ... Das System funktioniert nicht. Wir haben zurzeit 712 Gefangene in Todeszellen und haben seit 1978 nur 13 hingerichtet. Das hat uns bisher vier Milliarden gekostet, und kostet weitere zirka 185 Millionen im Jahr." Und auch der frühere Oberstaatsanwalt des Gebiets Groß-Los Angeles, Gil Garcetti, in dessen 32 Jahre Amtszeit Dutzende von Todesstrafen fielen, meint: „Meine Frustration besteht in der Erkenntnis, dass die Todesstrafe in keiner Weise ihren Zweck erfüllt hat und enorm teuer ist." *Liselotte Millauer*

Der Pleite selbst so nah

Bezüglich der Euro-Krise kommen aus den USA Ratschläge, dabei haben die Amis genug eigene Probleme

Eine unverändert hohe Arbeitslosigkeit, bescheidene Wachstumszahlen, fragile Banken und überschuldete Staatshaushalte konterkarieren Tipps aus den USA.

„Die augenblickliche Politik tut so, als sei eine Liquiditätskrise zu meistern, als ginge es darum, nur ausreichend Kredite zu verteilen, bis das Wachstum wieder anspringt“, so der US-Ökonom Kenneth Rogoff zur Euro-Krise. „Aber die Diagnose ist falsch. Wir haben eine Solvenzkrise, wir haben europäische Länder und Regionen, die fundamental bankrott sind. Kein Kredit dieser Welt, und wäre er noch so groß, wird Griechenland retten, auch Portugal nicht und sehr wahrscheinlich auch nicht Irland, und man muss sich auch in Italien große Sorgen machen“, meint der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Während man als Europäer die Aussagen Rogoffs noch anzuhören bereit ist, verärgern die Ratschläge von US-Finanzminister Timothy Geithner und US-Präsident Barack Obama. Wenn Obama den Europäern die Leviten liest und betont, dass die europäische Schuldenkrise die „Welt in Angst“ versetze und nun die US-Wirtschaft bedrohe, dann ist es durchaus berechtigt zu fragen, ob er das ernst meint. „Sie haben sich nie von der Krise 2007 erholt und haben nie umfassend auf die Herausforderungen reagiert, denen ihr Bankensystem ausgesetzt war“, schreibt der Mann den Europäern ins Stammbuch, unter dessen Amtsvorgänger die US-Bankenkrise das weltweite Finanzsystem ins Schwanken brachte. Und auch wenn er Recht hat, dass die Regierungen in Europa die Banken-, Weltwirtschaft- und Euro-Krise nicht gerade vorbildlich meistern, so zeigt ein Blick in die USA, dass der US-Präsident eigentlich genug damit zu tun haben müsste, vor seiner eigenen Tür zu kehren: Nach der Einigung in letzter Minute über die dringend notwendige Erhöhung der Schuldengrenze, da sonst die Zahlungsunfähigkeit gedroht hätte, gibt es genügend Bereiche, in denen es in den USA nicht zum besten steht. Zwar heißt es, die Wirtschaft sei im zweiten Quartal um 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gewachsen, gleichzeitig stagniert aber die Arbeitslosigkeit mit neun Prozent auf einem ziemlich hohen Niveau. Und auch die weiterhin ungebremste Politik des billigen Geldes, die bereits die Bankenkrise 2007/08 ausgelöst hatte, der US-Notenbank Fed ist dazu angetan, die Zukunft der USA skeptisch zu beurteilen.

Belehrungen aus den USA vermitteln zudem den Eindruck, als ob hier jemand dem am Abgrund stehenden Euro-Raum Ratschläge erteilt, der selbst noch dichter am Abgrund steht. Aber auch Washington muss sich derzeit Belehrungen anhören – und zwar von Demonstranten im eigenen Land. „Occupy Wall Street“ – Besetzt die Wall Street – nennt sich die Bewegung, die angibt, dem Vorbild der Revolutionäre des Arabischen Frühlings zu folgen. Per Twitter und Facebook wird zu Demonstrationen aufgerufen und auch wenn es sich noch nicht um eine Massenbewegung handelt, erhöht sich Woche um Woche die Zahl der Personen, die auf die Straße gehen und ihren Unmut kundtun. Inzwischen versammeln sich in immer mehr großen US-Städten Menschen, um vor allem gegen die „Reichen“ zu demonstrieren. Waren es anfangs vor allem die von G8-Gipfeln bekannten, den Kapitalismus verfluchenden Chaoten, so schließen sich inzwischen immer mehr dem Bürgertum entstammenden Personen den Demonstrationen an. Neben US-Schauspielern und dem US-Großinvestor George Soros hat sogar der Nobelpreisträger und Ökonom Joseph Stieglitz den Demonstranten in der Sache recht gegeben. Seiner Ansicht nach würden die Banken die politischen Prozesse immer mehr bestimmen und beeinflussen.





Protest gegen Machenschaften der Wall Street: Nicht nur in New York wird demonstriert — Bild: laif

Banken: Noch immer Milliardenverluste wegen Immobilienkrise

Doch noch während die Demonstranten gegen die bösen Reichen wettern und darauf hinweisen, dass die sozialen Ungleichheiten in den USA mit denen in Entwicklungsländern wie Uganda, Kamerun und Elfenbeinküste vergleichbar seien, versucht US-Milliardär Warren Buffet die Bank of America (BofA) zu retten. Fünf Milliarden Dollar investierte er in Aktien des Unternehmens, um so den Märkten weltweit das Signal zu geben, dass er die Lage der Bank mit Zuversicht betrachte. Das tun allerdings bei weitem nicht alle. Die Ratingagentur Moody's hatte Anfang September die Bonität der BofA gleich um zwei Stufen herabgesetzt und die Ansicht geäußert, dass, sollte die größte US-Bank stürzen, es inzwischen keineswegs mehr selbstverständlich sei, dass diese von der US-Regierung gerettet würde. Was das bedeuten würde, lässt ein Blick auf die Bilanzsumme erahnen. Die Investmentbank Lehman Brothers hatte kurz vor ihrer Pleite eine Bilanzsumme von 630 Milliarden und löste ein Finanzbeben in bis dahin ungeahnter Größe aus. Die Bilanz der BofA umfasst 2260 Milliarden Dollar. Zudem ist die BofA nicht die einzige US-Bank, die immer noch als instabil beurteilt wird. Gleichzeitig mit der BofA stufte Moody's auch Wells Fargo & Co. sowie die Citigroup herab. Und auch JP Morgan and Chase wird kritisch beäugt, denn die Bank sieht sich genau wie die BofA mit Schadensersatzklagen in Milliardenhöhe konfrontiert, die noch auf die US-Immobilienkrise von 2007 zurückgehen.

Aber nicht nur Klagen aus der Zeit, sondern auch faule Hypothekenkredite in den eigenen Bilanzen plagen die US-Kreditinstitute noch immer massiv. Umso mehr klingt die Kritik Obamas, die Europäer hätten nicht umfassend auf die Krise von 2007 reagiert, wie Hohn. Aber nicht nur die US-Banken sind fragil, auch die Haushalte der Bundesstaaten, Städte und Kommunen sind nahe der Pleite. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes haben genauso unsichere Jobs wie Bank-Mitarbeiter, überall wird aus Kostengründen entlassen. Die BofA will sogar, nachdem sie nach 2007 30 000 Mitarbeiter entlassen hat, weitere 30 000 der verbliebenen 280 000 Stellen weltweit streichen. Auch sonst will die BofA schrumpfen. Ob das jedoch schnell genug geht, ist zweifelhaft, denn allein im zweiten Quartal machte die Hypothekensparte der Bank ein Minus von 14,5 Milliarden Euro. *Rebecca Bellano*

KURZ NOTIERT

Solarfabrik verdreckt Umwelt: Hunderte Anwohner haben in der ostchinesischen Provinz Zhejiang nach tagelangen Protesten das Werksgelände des Unternehmens „Zhejiang Jinko Solar“ besetzt und damit bei der Stadtverwaltung die Verhängung eines Produktionsverbots erwirkt. Dem Unternehmen wird eine massive Umweltbelastung bei der Produktion seiner Solar-Panele vorgeworfen. *N.H.*

Brüssel beschneidet Einfluss der Wirtschaftsprüfer: EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier will den Einfluss der großen Wirtschaftsprüfergesellschaften PwC, KPMG, Ernst & Young und Deloitte begrenzen. Diese hatten in den letzten Jahren verstärkt auch Unternehmensberatung angeboten und somit Beraterfirmen wie McKinsey und Boston Consulting Konkurrenz gemacht. Die EU hofft durch eindeutige Trennung von Beratung und Buchprüfung die Seriosität der Beurteilungen zu sichern. Außerdem sollen Großkonzerne zwei Unternehmensprüfungsgesellschaften beschäftigen, von denen eine nicht zu den großen Vier gehören darf. *Bel*

Verbraucherschützer warnen vor „ökologischen“ Geldanlagen: Die Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien wie Windparks und Wasserwerke ist für Privatanleger riskant. Dabei handele es sich zumeist um unternehmerische Beteiligungen oder geschlossene Fonds, wodurch der Anleger zum Eigentümer werde, so die Verbraucherschutzzentrale Hamburg. Dies bedeute nicht nur eine Gewinnbeteiligung, sondern auch eine Beteiligung an den Verlusten, für die im schlimmsten Fall mit dem Privatvermögen gehaftet werden müsste. Auf dieses Risiko würden Anbieter jedoch nicht hingewiesen. Zudem könne kein Verbraucher die Prognosen für den Ertrag der Anlagen überprüfen. *J.H.*

Sieben Milliarden mit einem Streich: Eine Kürzung aller Subventionen um 15 Prozent schlägt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vor. Dadurch ließen sich jedes Jahr sieben Milliarden Euro sparen. *Bel*

Bis hier und nicht weiter

Den Haag will keine EU-Wirtschaftsregierung

In perfektem Deutsch präsentierte der niederländische Europaminister Ben Knapen am 26. September in der Berliner Botschaft seines Landes Vorschläge zur Zukunft der Euro-Zone. Knapen ist Mitglied der christlichdemokratischen CDA. Von Haus aus Historiker, arbeitete er einige Zeit für das „NRC Handelsblad“ in Deutschland und ist seit 2010 im formellen Rang eines Staatssekretärs für die Europa-Politik der niederländischen Regierung zuständig. Seine Aussagen: Weder eine Wirtschaftsregierung noch eine politische Union werden zur Lösung der Probleme der Euro-Zone nach Meinung Den Haags benötigt. Zukünftig sollen stattdessen die bei Einführung des Euro vereinbarten Kriterien effektiver durchgesetzt werden. „Wenn sich niemand an eine Tempo-50-Begrenzung hält, dann schaffen wir doch auch nicht das Tempo-Limit ab, sondern setzen Polizisten ein, um es durchzusetzen.“ Übernehmen soll die Rolle des Ordnungshüters ein „unabhängiges europäisches Haushaltsorgan“.

Dieses soll keineswegs so wirkungslos sein wie das bisherige Instrument der „Blauen Briefe“ der EU-Kommission, die für die Empfänger bisher nahezu keine Konsequenzen nach sich zogen. „Wenn Mitgliedsstaaten ihre Staatsfinanzen ausufern lassen, geht ihre Ermessungsbefugnis in Bezug auf Empfehlungen und Sanktionen schrittweise auf einen zu diesem Zweck zu benennenden Kommissar über“, so der niederländische Vorschlag, um zukünftig Haushaltsdisziplin zu erzwingen. Bei anhaltenden Verstößen könnten dann Auflagen wie die Senkung der Staatsausgaben oder die Erhöhung der Einnahmen auferlegt werden. Sollten auch diese Schritte keine Früchte tragen, sehen die Niederländer noch weitergehenden Einschnitte vor: Strafzahlungen zugunsten des EU-Haushalts und Kürzungen von EU-Zuweisungen. Als ultima ratio sollen hartnäckige Haushaltssünder ihren Haushaltsentwurf von dem eingesetzten Sparkommissar vor Verabschiedung genehmigen lassen. Sollte dieses verweigert werden, bliebe als letzter Schritt der Ausschluss aus der Währungsunion.

Niederländer sind nicht zu weiteren Opfern bereit

Sollten sich überhaupt Mehrheiten für die niederländischen Vorschläge finden, würden Änderungen von EU-Verträgen notwendig werden. Bis in allen 17 Ländern der Euro-Zone ratifizierte Verträge vorliegen, dürfte sich die Krise in einigen der überschuldeten Staaten weiter zugespitzt haben. Trotzdem ist die nun in Berlin präsentierte „Euro-Initiative“ der Niederländer hilfreich. Sie gibt Klarheit über die grundlegende Orientierung in der Europa-Politik der Regierung unter Ministerpräsident Mark Rutte, die weder eine politische Union, noch eine EU-Wirtschaftsregierung auf der Agenda hat.

Klarheit dürfte nun auch in der Frage einer weiteren Übernahme von Bürgschaften für andere Euro-Länder durch die Niederlande herrschen. Knapen ging bei seinem Besuch davon aus, dass das niederländische Parlament einer Ausweitung des Euro-Rettungsschirms zustimmen würde. Ohne erzwingbare Haushaltsdisziplin wird es danach allerdings – „weil das die Bevölkerung nicht mehr mitmacht“ – von niederländischer Seite keine weiteren Bürgschaften mehr geben. *Norman Hanert*

Kriegserklärung an Siemens

US-Konzern General Electric will den deutschen Markt erobern

Sie gelten als ewige Konkurrenten: General Electric (GE) und Siemens. Global gesehen hat das US-Unternehmen General Electric (GE) die Nase vorn. Auf dem deutschen Markt lag GE bisher hinter Siemens. „Wir werden einen Technologiekrieg führen“: Mit solch drastischen Worten hat nun Ferdinando Beccalli-Falco, Deutschland-Chef von General Electric, ein Programm vorgestellt, das den Durchbruch auf dem deutschen Markt bringen soll. In vier bis fünf Jahren sollen sich die Umsätze verdoppeln.

Damit dies gelingt, sollen zunächst erst mal 86 Millionen Euro investiert werden. Zu den 7000 deutschen Mitarbeitern sollen 450 neue hinzukommen. Aufgebaut wird unter anderem ein „Innovationszentrum“, in dem Ingenieure spartenübergreifend Kundenprojekte betreuen sollen. Helfen soll diese Art von Kundenbetreuung auch, einen von GE selbst eingeräumten Fehler abzustellen: Während man sich in der Vergangenheit auf Großkunden konzentriert hat, wurde der in Deutschland wichtige Mittelstand kaum beachtet.

Laut US-Handelskammer lag 2010 der Umsatz von General Electric in Deutschland bei 9,5 Milliarden Euro. Im gleichen Jahr setzte Siemens auf seinem Heimatmarkt 11,43 Milliarden Euro um. Obwohl die Zahlen nahe beieinander liegen, geben sie kein realistisches Bild der industriellen Stärke der Rivalen ab, da in die Bilanz des US-Unternehmens das Privatkundengeschäft der GE-Bank mit eingeflossen ist. Ansonsten tobt der Konkurrenzkampf beider Unternehmen vor allem auf dem Gebiet der Medizintechnik und beim Bau von Kraftwerkstechnik.

Zuvor hat Siemens GE Anteile am US-Markt abgeluchst

Für wie wichtig die Amerikaner den deutschen Markt nehmen, lässt sich an einem zunächst unspektakulär aussehenden Detail erkennen. Das Deutschland-Geschäft soll in einer eigenen Organisationsform zusammengefasst werden. Derartiges praktiziert der zentralistisch angelegte Konzern sonst nur auf dem indischen Markt. Verständlich werden die verstärkten Bemühungen von General Electric vor dem Hintergrund spektakulärer Erfolge von Siemens auf dem US-Markt. Statt mit GE geht Flugzeugbauer Boeing mit Siemens eine strategische Partnerschaft bei der Entwicklung effizienter Stromnetze für das US-Militär ein. Siemens wird damit zu einem der wenigen ausländischen Lieferanten des US-Pentagons. Ein aufsehenerregender Erfolg ist Siemens auch beim US-Bahnkonzern Amtrak gelungen. Dieser orderte erstmalig für eine halbe Milliarde Dollar Lokomotiven bei Siemens, statt beim Hauslieferanten GE.

Wie wichtig der US-Markt für Siemens inzwischen ist, lässt sich an den Umsatzzahlen ablesen. Den 11,43 Milliarden Euro, die von Siemens 2010 in Deutschland umgesetzt wurden, stehen Umsätze von 5,5 Milliarden Euro in China und fast 15 Milliarden Euro in den USA gegenüber. Ein Erfolg, der immer stärker seinen Tribut fordert: Die zunehmend um sich greifende „Buy American“-Politik in den USA führt – ähnlich wie beim China-Geschäft – zu einem schleichenden Technologietransfer. Siemens gibt inzwischen ein Drittel seiner Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in den USA aus. *Norman Hanert*

Friedensprojekt?

Von Manuel Ruoff

Immer weniger Deutsche glauben, dass die Europäische Union ein Friedensprojekt sei – und das ist auch gut so. Ständig heißt es, die EU habe den Europäern Jahrzehnte des Friedens gebracht. Dabei hat das Deutsche Reich genauso wie die EU Kriege zwischen seinen Mitgliedsstaaten verhindert. Und wird dafür das Deutsche Reich als Friedensprojekt gelobt? Stattdessen wird kritisiert, wie sich das Reich gegenüber seinen Nachbarn verhalten habe. An die EU setzt kaum einer diesen Maßstab an. Dabei ist die EU tendenziell aggressiver als die Bundesrepublik, haben die Bundesbürger doch eine eher pazifistische Tradition. Ganz anders die die EU dominierenden Franzosen und auch die Briten – nicht von ungefähr sind Französisch und Englisch die Arbeitssprachen der EU. Sie verfolgen eher eine imperialistische und interventionistische Politik.

Und selbst innerhalb ihrer Grenzen wirkt die EU nicht mehr unbedingt friedensfördernd. Oder trägt es zur deutsch-griechischen Völkerverständigung bei, wenn wegen der sogenannten Euro-Rettung Deutsche sauer sind, dass sie für Griechenland bürgen müssen, und dafür Griechen sich durch Deutschland bevormundet fühlen?

Weggeschminkt

Von Jan Heitmann

Wie sich die Zeiten ändern: Sonst kamen immer Polen als Erntehelfer oder zum Spargelstechen nach Deutschland. Das lohnt sich für sie nicht mehr, weshalb sie lieber in andere Länder gehen, wo sie mehr verdienen. Dafür gehen jetzt Deutsche zum Arbeiten nach Polen. Nicht freiwillig, sondern weil die Arbeitsagentur sie dazu zwingt, sich als Ein-Euro-Jobber im Nachbarland zu verdingen. Wer nicht mitzieht, muss erhebliche Nachteile fürchten.

Es ist ganz richtig, dass die Arbeitsagenturen jugendliche Langzeitarbeitslose aus der Bequemlichkeit der sozialen Hängematte werfen und sie an die Realitäten und Pflichten des Arbeitslebens heranführen. Es hat auch noch niemandem geschadet, sich einmal aus dem Heimatdorf wegzubewegen und einen Blick über den Tellerrand zu tun. Und wer absolut unwillig ist, sich ins Arbeitsleben eingliedern zu lassen, muss Konsequenzen zu spüren bekommen.

Nicht einzusehen ist hingegen, dass deutsche Arbeitslose ins Ausland zwangsexpediert werden, um dort niedere oder wenig attraktive Arbeiten zu verrichten. Derartige Betätigungsmöglichkeiten gibt es in Deutschland, gerade nach dem Wegfall des Zivildienstes, genug. Nicht einzusehen ist, dass sie gezwungen werden, eine Fremdsprache zu lernen, mit der man außerhalb Polens nichts anfangen kann. Ein Englischkurs wäre sicherlich sinnvoller. Und nicht einzusehen ist schließlich, dass die Arbeitsagentur Merseburg Arbeitslose mit „kosmetischen Mitteln“ aus der Statistik verschwinden lässt, indem sie sie in Sondermaßnahmen über die Grenze abschiebt.

Regierungen vor dem Aus

Von Rebecca Bellano

Alt-Kanzler Helmut Schmidt wird der Satz „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“ zugesprochen, doch auch wenn die Aussage einen wahren Kern hat, so ist ohne Visionen, sprich Ziele, alles nichts, denn nur wer Ziele hat und diese auch umzusetzen versucht, erreicht Entwicklung.

Doch Entwicklung muss wiederum nicht immer positiv sein. Die Euro-Krise erreicht immer neue negative Höhepunkte, und Europas Regierungschefs halten an ihrer Gemeinschaftswährung Euro in seiner jetzigen Form fest. Die Vision einer starken Gemeinschaftswährung steht über allem, dabei sprachen schon von Beginn an gute ökonomische Gründe dagegen. Von Argumenten aus Wirtschaft und Wissenschaft hat die Politik sich nur jene herausgepickt, die ihre Positionen stützen, einen Plan B scheint es bis heute nicht zu geben.

Wer sich darüber beklagt, dass Europa über die Köpfe der Bürger hinweg politisch zwangsvereinigt wird, der kann bei einem Blick auf die Lage in den einzelnen Ländern erkennen, dass sich die Bürger durchaus zu wehren wissen, indem sie die Regierungen, denen sie die Schuld für ihre jetzige Lage geben, abwählen. In Spanien wird wegen Protesten vorzeitig neu gewählt, die Italiener sind immer unzufriedener mit ihrer Regierung, die Portugiesen haben zwar erst seit einigen Monaten eine neue Regierung, doch auch die jetzige muss Einsparungen durchsetzen, was die Bürger mit Protest honorieren. Der Frust über die Euro-Zone und die Europäische Union, wie sie jetzt ist, stürzt also bereits Regierungen.

> EU weckt auch im Süden immer öfter negative Assoziationen

Das ist allerdings alles andere als gut. Schadenfreude wäre hier fehl am Platze, schließlich sparen diese Regierungen, damit sie in der Lage sind, die Schulden ihres Landes zurückzuzahlen. Schulden, für die wir Deutsche bürgen.

Doch irgendwie scheint keiner in Brüssel diese Entwicklung wahrzunehmen beziehungsweise Konsequenzen daraus ziehen zu wollen. Natürlich sind Einsparungen der richtige Weg, nur haben immer mehr der Demonstranten offenbar das Gefühl, sie sparen für Europa beziehungsweise für jene vergleichsweise solventen Länder wie Deutschland, Österreich und die Niederlande, die das Geld für die Euro-Rettungskredite überwiegend dank ihrer noch guten Bonität beschaffen.

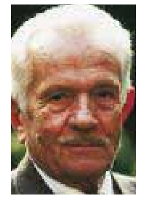
Da alle Regierungen, egal in welchem Land und welcher Partei sie angehören, sparen müssen, und immer mehr der von Einsparungen betroffenen Bürger Brüssel die Schuld geben, spricht vieles dafür, dass vorzeitige Neuwahlen wie in Spanien oder in Portugal vor einigen Monaten alltäglicher werden, ohne dass jedoch eine seriöse Regierung den Wünschen der Bürger entsprechen kann. Die Folge: Radikalisierungen wird Tür und Tor geöffnet.



Keine Lust auf weitere Kürzungen der Rente: Während in den letzten Wochen in Spanien junge Arbeitslose protestierten, gingen in Portugal die Senioren auf die Straße, in Griechenland waren es dieser Tage die Taxi-Fahrer und im Grunde erfasst die Unzufriedenheit alle Altersklassen und Berufsgruppen

Bild: pa

Moment mal!



Hitler sitzt immer mit am Tisch

Von Klaus Rainer Röhl

Letzte Woche hatte Fernseh-Moderator Frank Plasberg von „Hart aber fair!“ Leute eingeladen, um noch ein letztes Mal vor der Abstimmung im Bundestag über die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms EFSF II auf 780 Milliarden Euro zu plaudern. Das sei eine wichtige Entscheidung, sagte er. Fein beobachtet. Es ging um die Bürgschaft Deutschlands für insgesamt 211 Milliarden Euro. Keiner hat so viel Geld, nicht mal die Familie Onassis, aber wenn sie es hätten, würden sie nicht bürgen. Deutschland aber bürgt. Manchmal schwirrt einem der Kopf, und man denkt, die spielen da bloß Monopoly. Spielen tun sie tatsächlich, aber mit echtem Geld. Das versteht niemand. Die meisten Deutschen, nämlich 72,2 Prozent der vom Plasberg dazu Befragten, lehnten die Bürgschaft ab. Drei Tage später, am Donnerstag, dem 29. September 2011, nahm der Bundestag den Gesetzentwurf an. Angela Merkel brauchte dazu nicht einmal mehr die ihr bereitwillig angebotenen Stimmen der SPD und der Grünen, ihre eigene Mehrheit, die Kanzlermehrheit, war nie wirklich in Gefahr: Obwohl es 15 der entschlossenen Rebellen im Lager der CDU, CSU und der FDP gegeben hatte, die dagegen stimmten oder sich enthielten, konnten die anderen „Abweichler“ zurückgepfiffen werden. Der von der SPD beherrschte Bundesrat segnete das Vabanque-Spiel inzwischen ebenfalls ab. Nun können wir nur noch beten, dass die Bürgschaft nie in Anspruch genommen wird. Sicher ist das nicht – sonst würde es nicht so oft betont werden.

> NS-Vergangenheit belastet jede rechte Parteineugründung schwer

Aber was ist mit der Mehrheit der Deutschen, jenen 72,2 Prozent, die die neue Milliardenbürgschaft nicht wollten? Pech gehabt, sagen die Zyniker, die gern mal kein Blatt vor den Mund nehmen, so funktioniert nun einmal Demokratie. Die Abgeordneten sind frei und nur ihrem Gewissen verpflichtet. Einmal in vier Jahren wird ja gewählt, sollen doch die Rebellen gegen Frau Merkel und ihren Rettungsplan und die vielen anderen Deutschen doch eine eigene Partei gründen und beim nächsten Mal diese wählen. Das wäre dann allerdings, dreimal durften alle in der Diskussionsrunde schlucken, eine – oh Gott! – „rechtspopulistische“ Partei, wie sie überall in Europa auf dem Vormarsch sei, von Finnland bis zur Schweiz. Nur nicht in Deutschland.

Und dann kam etwas Unerwartetes: „Ich zeig Ihnen mal was“, sagte Plasberg zu den verdutzten Diskussionsteilnehmern, und ich denke, ich sehe nicht recht – als hätte der Moderator das Schlusskapitel meines neuen Sarrazin-Buchs schon gelesen – flimmert da, am helllichten Abend, eine Fotomontage über eine neue demokratische Partei über den Bildschirm, zu schön, um wahr zu sein. Vom Baron zu Guttenberg bis zu Sarrazin, von Paul Kirchhof zu Roland Koch bis Friedrich Merz bis zum ohne Begründung, aber unter Protest verschwundenen Bundespräsidenten Horst Köhler, alles kluge, sehr geschätzte und erfahrene Männer, die in den letzten Jahren von der Merkel-Administration sanft aus dem Verkehr gezogen wurden.

Eine neue demokratische Partei für die deutschen „Euro-Skeptiker“. Die, die diesen Namen als Schimpfwort erfanden, haben sicher nicht daran gedacht, dass skeptomai nichts weiter heißt als „nachdenken“. Die Nachdenklichen haben seit langem eine ziemlich solide Mehrheit in der Bevölkerung. Von den Wählern der Piratenpartei fühlten sich nach einer Forsa-Umfrage 81 Prozent von keiner der bestehenden Partei mehr vertreten. So wählten sie, besonders Jugendliche und Erstwähler, aus Frust und Jux die Spaßpartei der Piraten. Die große, schweigende Opposition der Nachdenklichen hat also, wenn es Ernst wird, keine Partei, die sie vertritt, wie es sie überall in Europa gibt, von Finnland bis Österreich. Nur nicht in Deutschland.

Und das hat seinen Grund, den das Mitglied der „Stern“-Chefredaktion Ulrich Jörges in der gleichen Sendung von „Hart, aber fair“ offen und nicht ohne Zynismus aussprach: „Jedesmal, wenn sich Leute zusammensetzen, um eine solche Partei zu gründen, sitzt Hitler mit am Tisch. Und das ist gut so.“

Das wollen wir doch mal hinterfragen: Warum kommen die nachdenklichen Deutschen und die nachdenklichen Vordenker nie zu einer Partei zusammen? Hat da irgendjemand mit den Verbrechen der Nationalsozialisten was am Hut? Sitzt da wirklich Hitler mit am Tisch oder jemand ganz anders? Und wer hat ein massives Interesse daran, eine demokratische Rechte in Deutschland zu verhindern?

Tatsächlich sitzt eher die Antifa mit am Tisch. Schickt ihre Krawall- und Schläger-Kommandos los, die bei jedem Ansatz einer nationalen Diskussion in Marsch gesetzt werden. Die selbst Sarrazin-Lesungen zum Abbruch zwangen, ja schon Auftritte Martin Walsers verhinderten, als seine politischen Ansichten für nicht korrekt erklärt worden waren. Schon die erste Diskussionsveranstaltung der prominenten, aber ängstlichen Nachdenklichen würde von den Rollkommandos besetzt. Wie immer.

> Mehrheit der Deutschen gegen Euro-Rettung, aber keine Partei vertritt sie

Immer, wenn in Deutschland einer den Mund aufmacht und aus der Front der politisch Korrekten ausscheidet, wird er gejagt. Von einer Gruppe, die sich Antifa nennt. Der Begriff ist in Italien entstanden. Gegen die mit schwarzen Hemden uniformierten „Faschisten“ (= aus fasci di combattimento, ein Kampfbund von Kriegsteilnehmern) bildete sich unter kommunistischer Initiative schon 1922 ein „antifaschistisches“ Bündnis, konnte aber den Sieg Mussolinis im Oktober nicht verhindern. Die antifaschistischen Gruppen wirkten von Paris aus weiter, erfolglos. Ab Juni 1929 soll nach dem Willen Stalins und seiner „Internationale“ in Moskau der „Antifaschismus“ zu einer Waffe werden, um den Kommunisten zu größeren Erfolgen zu verhelfen. Dann folgte der Angriff Hitlers gegen die Sowjetunion. Die sowjetische Propaganda, die eben noch im Bündnis mit Hitler Polen überfallen hatte und die „westlichen Kriegstreiber“ angegriffen hatte, erklärte die Alliierten über Nacht zu Verbündeten einer „antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“.

Nach dem Ende des Krieges begann die Sowjetunion sogleich, den ihr in Jalta zugesprochenen Teil Europas in kommunistische Satellitenstaaten umzuwandeln. Im ersten Stadium dieser Gleichschaltung wurden sogenannte „antifaschistisch-demokratische“ Koalitionsregierungen gebildet, was den Völkern Osteuropas und vor allem den Westmächten suggerieren sollte, hier seien ähnliche Bündnisse zwischen Demokraten und Kommunisten möglich wie im Krieg gegen Hitler. Als der Westen das durchschaute, war es bereits zu spät. Der Ostblock war in der Hand der Kommunisten, auch der deutsche Anteil an Stalins Kriegsbeute, genannt DDR.

Sie bezeichnete sich als antifaschistisch, nannte deshalb auch die in der ganzen Welt verabscheute Mauer ihren „antifaschistischen Schutzwall“. Alles schon vergessen, liebe Genossen von der Linken? Die dreimal umgetaufte SED, nunmehr als die Partei „Die Linke“, steht immer fest an der Spitze des Kampfs gegen den „Rechtspopulisten“. Die Presse mit „Spiegel“, „Stern“ und all ihren Mitläufern immer mit dabei.

Also: Gegen Hitler mit Stalin? Gegen „Rechtspopulisten“ mit Stalin-Verehrerin Sahra Wagenknecht und den Schlägern der Antifa? Nein, Herr Jörges: Bei der Gründung einer neuen demokratischen Partei sitzt nicht Hitler, sondern Stalin mit am Tisch. Denken Sie nach. Ein Blick ins „Stern“-Archiv hilft.

Neues von K. R. Röhl: „Höre Deutschland: Wir schaffen uns nicht ab“, Universitas.

Den Menschen für die Kunst entdeckt

Lange Zeit in der Szene nur belächelt, weckt das Porträt heute wieder die Begeisterung der Kunstfreunde

Gleich drei große Ausstellungen widmen sich derzeit der Darstellung des Menschen in der Kunst. Meister wie Leonardo da Vinci, Sandro Botticelli, Albrecht Dürer oder Vater und Sohn Lucas Cranach wecken die Begeisterung des kunstinteressierten Publikums.

Was lange Zeit in der Kunstszene milde belächelt wurde, findet jetzt wieder größere Beachtung: das Bild des Menschen. So wird ab Anfang Oktober der herausragende Bestand an Cranach-Gemälden der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) in einer neuen Dauerausstellung im Jagdschloss Grunewald gezeigt. Die Meisterwerke der

Eindrucksvolles Bild des Kunstschaffens am Berliner Hof

Maler Lucas Cranach d. Ä. (um 1475–1553) und d. J. (1518–1568) sowie aus deren Werkstatt, kehrten nach fünfjähriger Abwesenheit an ihren angestammten Platz zurück.

Die Gemälde wurden während dieser Zeit erstmals umfassend erforscht und restauriert. Ein Teil der Sammlung war in der erfolgreichen Cranach-Ausstellung 2009 / 2010 im Schloss Charlottenburg und der St. Marienkirche in Berlin-Mitte zu sehen. Die fast 30 Werke vermitteln ein eindrucksvolles Bild der Herrscher und des Kunstschaffens am Berliner Hof des 16. Jahrhunderts. Bedeutsam für die Entwicklung der Renaissance in Berlin war Joachim II., Bauherr des Jagdschlosses. Beide Cranachs haben ihn in unterschiedlichen Lebensabschnitten gemalt – als Kurprinz (um 1520) und als Kurfürst (um 1570).

„Seine umfangreichen Aufträge an Lucas Cranach d. Ä. und dessen Werkstatt schließen die Passionstafeln für die Berliner Stiftskirche ebenso ein, wie die Serie von Herrschertugenden (Exemplum-Tafeln), die für die Ausstattung des Berliner Schlosses bestimmt war", so die Stiftung. „Im Jagdschloss Grunewald, 1542 als Wasserschloss ‚Zum Grünen Wald' errichtet, werden sie nun ergänzt durch den Bestand an altdeutschen und altniederländischen Gemälden des 15. und 16. Jahrhunderts." Weitere Räume sind der Berliner Porträtmalerei von der Kurfürstenzeit bis ins 19. Jahrhundert vorbehalten.

Das Bode-Museum zeigt derzeit mit der Ausstellung „Gesichter der Renaissance" 170 Meisterwerke italienischer Porträtkunst mit Leihgaben renommierter Museen aus aller Welt vom Louvre in Paris über die Uffizien in Florenz bis zum Metropolitan Museum of Art in New York. Zu sehen sind Gemälde, Skulpturen, Medaillen und Handzeichnungen aus der Zeit zwischen 1440 und 1500, eine Ausstellung, für die Menschen Schlange stehen, um sie zu sehen.

Nach Deutschland führt eine Ausstellung, die zur Zeit in der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München gezeigt wird. Unter dem Titel „Die Entdeckung des Menschen: Das deutsche Porträt um 1500" sind Meisterwerke von Albrecht Dürer, Lucas Cranach d. Ä. und Hans Holbein d. J. sowie von deren Zeitgenossen zu sehen.



Bildnisse deutscher Maler: Hochmeister Albrecht, gemalt um 1511 von Lucas Cranach d. Ä., Jane Seymour, porträtiert von Hans Holbein d. J. um 1536 Bilder: Katalog

Die erste große Überblicksschau zu diesem Thema präsentiert hochkarätige Kunstwerke, neben Gemälden auch Meisterwerke der Bildhauerei und Zeichenkunst. Sie zeigen, wie der Mensch um 1500 in den Fokus des künstlerischen Interesses rückte. Ab etwa 1460 entstanden die ersten autonomen Porträts in Deutschland. Dabei lag die besondere Stärke der Meister in der authentischen Darstellung der Person und in der Erfassung ihres Charakters. In seinem Lehrbuch der Malerei schrieb Dürer, ein Porträt erhalte „dy gestalt der Menschen nach jrem sterben".

Der Adel, später aber auch das aufstrebende Bürgertum, nutzte die Bildnisse zur Repräsentation. Wenn der Besucher in den Museen heute meist einzelnen Porträts gegenübersteht, entspricht das nicht der damaligen Realität, denn die meisten Bildnisse entstanden entweder als Serie oder zumindest als Paar.

„Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land", wird sich so manche edle Dame oder junges Fräulein gefragt haben, wenn sie von einem der großen Meister ihrer Zeit porträtiert wurde. Vor allem dann, wenn es darum ging, dass das fertige Gemälde schließlich der Brautwerbung dienen sollte.

Nicht immer entsprach der oder die Dargestellte tatsächlich der Realität. Das musste auch der in Frauenangelegenheiten sehr wählerische englische König Heinrich VIII. erfahren. Er hatte sich unsterblich in Anna von Kleve verliebt, als er deren Bildnis, gemalt von seinem Hofmaler Hans Holbein d. J. sah. Allerdings verschwieg das Gemälde, dass das Gesicht der holden Jungfrau durch Pockennarben entstellt war. Als er Anna erblickte, war Heinrich schockiert: „Ich schäme mich, dass Männer sie so gepriesen haben." Das Eheversprechen musste er aus politischen Gründen dennoch erfüllen. Die Ehe hielt allerdings nur sechs Monate und wurde nicht vollzogen. Mehr Glück hatte Heinrich mit Jane Seymour, die ihm den ersehnten Thronerben schenkte. Auch sie wurde von Holbein gemalt, ob das ausgestellte Bildnis erst nach ihrem Tod entstand, darüber rätseln die Experten.

Anziehend sah auch Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach nicht aus, als Lucas Cranach d. Ä. ihn vor 500 Jahren malte. Das Bildnis muss kurz nach seiner

Nicht immer entsprach das Bildnis der Realität

Ernennung zum Hochmeister des Deutschen Ritterordens entstanden sein. Die Wiedergabe der extremen Augenfehlstellung galt damals als Erkennungszeichen, wenn es auch heute eher irritiert.

Damals wie heute gilt: Wenn der Dargestellte selbst der Auftraggeber war, dann musste das Bildnis „schön" ausfallen. So kann man keineswegs davon ausgehen, dass die Bildnisse der Realität entsprechen. Schön anzusehen sind sie dennoch, oder gerade deshalb. *Silke Osman*

Das Jagdschloss Grunewald ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 4 Euro.

Die Ausstellung im Bode-Museum „Gesichter der Renaissance" ist bis zum 20. November montags bis mittwochs von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis zum Wochenende 10 bis 22 Uhr geöffnet, Eintritt 14 / 7 Euro.

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München ist bis 15. Januar 2012 täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet, Eintritt 11 / 5 Euro, Katalog Hirmer Verlag, München, 39,90 Euro.

In Kürze

Landschaft und Architektur



Christopher Lehmpfuhl: Das Käthe-Kollwitz-Museum und Literaturcafé in Berlin

Christopher Lehmpfuhl – Neue Wege" ist der Titel einer Ausstellung mit neuen Arbeiten des Berliner Malers, die jetzt in der Düsseldorfer Galerie Ludorff zu sehen ist. Fast 50 Ölgemälde vermitteln einen Überblick über das Werk des 1972 geborenen Künstlers. Im Zentrum der Ausstellung stehen Arbeiten der vergangenen drei Jahre, in denen Lehmpfuhl auf die am Rhein gelegenen Landstriche besonderes Augenmerk gelegt hat.

Bei der Auswahl seiner Bildthemen beschränkt er sich aber nicht auf die reine Natur als Motiv, sondern widmet sich verstärkt auch der Architektur kulturhistorisch bedeutsamer Bauten. Neben eindrucksvollen Landschaftsdarstellungen ist so vor allem die auf den ersten Blick abweisend erscheinende Indus–triearchitektur des Ruhrgebiets.

Eine weitere wichtige Motivgruppe im Werk Lehmpfuhls bilden die Gebäude und Straßenzüge Berlins. Den Höhepunkt der Ausstellung bilden Großformate, die Teil eines 2008 und 2009 entstandenen Zyklus zum Rückbau des Palastes der Republik sind. Die Werke zeigen, dass sich der Künstler in den vergangenen Jahren eine neue Art der Auseinandersetzung mit der baugeschichtlichen Bedeutung bestimmter Orte erschlossen hat, die sein Werk in die Linie bedeutender Vedutenmalerei einreiht. *PAZ*

Die Ausstellung in der Düsseldorfer Galerie Ludorff, Königsallee 22, ist bis zum 28. Januar 2012 zu sehen.

In Frankreich erlernte er sein Handwerk

Bis heute wirken die im 13. Jahrhundert geschaffenen Bauten und Skulpturen des Naumburger Meisters nach

Dass ich lebe, ist nicht nötig, wohl aber, dass ich tätig bin." Friedrich der Große soll dies gesagt haben. Passen würde der Ausspruch fast noch besser zu einem weltberühmten Künstler des Mittelalters: zum Naumburger Meister. Oder sollte man sagen: zum sogenannten Naumburger Meister? Über dessen Leben ist nichts bekannt, weder ein Name noch Daten, ein Bild schon gar nicht. Wirkmächtig bis auf den heutigen Tag sind hingegen die im 13. Jahrhundert geschaffenen bildhauerischen und architektonischen Arbeiten des Naumburger Meisters.

Ausbildung und Anregungen erhielt er in Frankreich, vermutlich war er bereits am Bau der Burg von Coucy beteiligt. Dann zog er weiter gen Osten.

An drei bedeutenden Bischofssitzen war er an der Spitze seiner Bauhütte tätig: Zunächst im Dom von Mainz, wo der leider nur fragmentarisch erhaltene, 1239 vollendete Westlettner von ihm geschaffen wurde, später in Meißen. Hier geht der zwischen 1250 und 1268 erbaute Ostchor auf ihn zurück. Sein bekanntestes Werk ist jedoch der 1249/50 zum Abschluss gebrachte gotische Westchor des Naumburger Doms.

In Mainz und in Meißen gewirkt

Vieles war damals neu, vieles besonders, nicht alles ist abschließend erforscht: Eine Innovation, die auf die französische Ausbildung des Meisters zurückgeht, war die Verbindung von Architektur und Bildhauerei, die Tatsache, dass er sowohl den Raum als auch die Figuren schuf, einem Gesamtkonzept folgend. Neben einer Vielzahl von dargestellten Personen, etwa auf dem Lettner, müssen natürlich die bekannten Stifterfiguren genannt werden, und hier vor allem Markgraf Ekkehard II. von Meißen mit Gemahlin Uta.

Die Stifterfiguren stehen an der Stelle, die in anderen zu dieser Zeit geschaffenen Kathedralen Heiligen vorbehalten ist. Zudem tragen die beiden zu den Erststiftern des Doms zählenden Figuren erstaunlich individuelle Züge – allerdings auch vom Meister frei erfunden, denn Ekkehard und Uta lebten im 11. Jahrhundert, zu der Zeit, als der Bischofssitz von Zeitz nach Naumburg verlegt worden war.

„Der Naumburger Meister – Bildhauer und Architekt im Europa der Kathedralen" ist es, der im Mittelpunkt der Landesausstellung Sachsen-Anhalt 2011 steht.



König Childebert I.: Leihgabe aus dem Louvre

Die Stadt Naumburg und der Dom sind eigentlich immer eine Reise wert, wie auch vieles andere in diesem Bundesland, welches über eine äußerst große Dichte von gerade mittelalterlichen Baudenkmalen verfügt. Sollte es dennoch nötig gewesen sein, Schönheit und Bedeutung des „Meisterwerks des Naumburger Meisters" noch einmal zu unterstreichen, so ist dies durch die Landesausstellung rundum gelungen.

Viele seiner bedeutendsten Werke sind erstmals an einem Ort versammelt. Einige Objekte sind als Abguss in der Ausstellung zu sehen, erstaunlicherweise aber vieles auch im Original. Allein die Transportkosten belaufen sich auf einen sechsstelligen Betrag. Von den etwa 500 Objekten der Ausstellung sind etwa 300 Leihgaben. Einige Stücke haben ihr Land noch nie zuvor verlassen, so beispielsweise die Stifterfigur des Königs Childebert I. aus dem Museum des Louvre.

Ergänzend zur Hauptausstellung im Domkomplex – hier sei noch ausdrücklich auf den rekultivierten Domgarten verwiesen – sind Teile der Schau an weiteren Orten innerhalb der Stadt Naumburg zu sehen, alles jedoch im Abstand weniger Gehminuten. Und vieles wurde eigens für die jetzige Präsentation instand gesetzt. So zum Beispiel das Stadtmuseum im Haus „Zur Hohen Lilie". Dort kann man so manches über die Rezeptionsgeschichte der Naumburger Stifterfiguren erfahren, allen voran Uta. Sie soll sogar Walt Disney als Vorlage für seine Zeichentrickfigur der bösen Königin im Film „Schneewittchen" gedient haben. Auch wenn dieser Zusammenhang mitunter von der kunsthistorischen Forschung bestritten wird, so zeigen doch allein diesbezügliche Überlegungen und nicht von der Hand zu weisende Parallelen, wie weit der Einfluss der vor über 700 Jahren geschaffenen Steinskulptur reichen kann.

Uta diente Walt Disney als Vorlage

Wie die ganze Ausstellung, so lohnt sich auch der zweibändige, insgesamt über 1500 Seiten umfassende Katalog: In 19 Kapiteln werden nicht nur die einzelnen Objekte in Bild und Text präsentiert, sondern es erfolgt auch jeweils eine umfassende Ausleuchtung der Hintergründe und Zusammenhänge.

Mit der Landesausstellung Sachsen-Anhalt hat der namenlose Naumburger Meister eine unbedingt sehenswerte Würdigung erhalten. Aber vielleicht ist diese Formulierung nicht ganz richtig, man müsste eher sagen: Das Denkmal hat er sich selbst gesetzt. Dadurch, dass er tätig war. *Erik Lommatzsch*

Die Ausstellung ist noch bis zum 2. November täglich geöffnet. Im Michael Imhof Verlag sind ein Katalog (49 Euro) sowie ein Kurzführer (5 Euro) erschienen. Weitere Informationen im Internet www.naumburgermeister.eu

Ein beispielhafter Gottesstaat auf Erden

Salzburger Emigranten wanderten nicht nur nach Ostpreußen, sondern auch nach Georgia aus

Mancher, vor allem Preußen im allgemeinen und Ostpreußen im besonderen, wissen um die Salzburger Glaubensflüchtlinge, die der der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. von Preußen nach Ostpreußen holte. Weniger bekannt dürfte sein, dass es einige der Vertriebenen nicht nur in ein anderes Territorium, sondern mit Amerika sogar auf einen anderen Kontinent verschlug. Dort versuchten sie nicht mehr und nicht weniger, als einen beispielhaften Gottesstaat auf Erden zu errichten.

Vor 280 Jahren, im Herbst des Jahres 1731, geriet Europa, soweit es protestantisch war, in hellste Aufregung. Denn selten zuvor waren auf einem Schlag derart viele Glaubensbrüder außer Landes getrieben worden. Ab Oktober 1731 verließen rund 20000 Salzburger ihre Heimat; der auf rigorose Re-Katholisierung drängende Fürstbischof Salzburgs, Anton Freiherr von Firmian, wollte endlich reinen Tisch und sein Territorium – wie vielerorts in Österreich – wieder zu einem rein katholischen Land machen. Der Exodus der Salzburger war der Höhe- und Schlusspunkt von Vertreibungen und Exilierungen protestantischer Gläubiger in Österreich.

Die meisten Salzburger wurden damals von Preußens „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. aufgenommen und in Ostpreußen angesiedelt. Ein kleiner Teil aber verließ Europa und emigrierte nach Nordamerika, und zwar in das gerade erst 1732 zur Kolonie erklärte Georgia. Unter Leitung des vom Pietismus der Franckeschen Stiftungen in Halle geprägten Predigers Johann Martin Boltzius (1703–1765) wurde dort eine Siedlung mit dem biblischen Namen Ebenezer errichtet. Der Name war Programm: Den das Projekt generös fördernden Pietisten in Halle und Glaubensbrüdern in London ging es um nichts Geringeres, als einen beispielhaften Gottesstaat auf Erden zu errichten. Die Salzburger waren ihnen nicht weniger als das neue Volk Israel.

Während die Geschichte der in Ostpreußen heimisch gewordenen Salzburger relativ gut erforscht ist, gab es zu den „amerikanischen Salzburgern“ bislang nur spärliche Informationen. Dem hat nun die an der Universität Dortmund lehrende Historikerin Charlotte E. Haver abgeholfen. In einer großen Arbeit hat sie erstaunliche Quellen vor allem in Salzburg, Halle und Augsburg gefunden und dieses in der europäischen Religions- und Kolonialgeschichte ebenso einmalige wie spannende Projekt geschildert.



Auf einem der „Salzburger festivals“: Nachkommen der Glaubensflüchtlinge im US-Bundesstaat Georgia

Nach der (immerhin unblutigen) Ausweisung aus dem Salzburger Land schlug den Flüchtlingen eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft entgegen. Boltzius, der gar nicht aus Salzburg, sondern aus der Niederlausitz stammte und dem ersten Transport von Halle aus zugeordnet wurde, konnte durch ständige Berichte diese Hilfsbereitschaft über mehrere Jahrzehnte aufrecht erhalten, indem er geschickt der allgemeinen Vorstellung, die Salzburger seien das wandernde Volk Gottes, entgegenkam. Denn trotz der teils phantastischen Vorstellungen in Europa über das „Paradies Amerika“ war das Leben in der neuen, völlig ungewohnten Umgebung außerordentlich hart. Buchstäblich aus dem Nichts mussten erste Unterkünfte errichtet werden, und nur durch ständige Hilfe aus Europa war ein Überleben in den Anfangsjahren überhaupt möglich.

Eine eigene politische Verwaltung gab es in der neuen britischen Kolonie kaum. Die britische Krone hatte die Kolonie einer religiös bestimmten Vereinigung von „Trustees“ übertragen, deren menschenfreundlicher Eifer den Ausgewanderten sehr entgegenkam. Insgesamt vier Transporte kamen zwischen 1733 und 1741 in Amerika an, danach noch drei weitere mit freiwilligen Auswanderern vorwiegend aus Süddeutschland.

Schon bald kam es dann wegen der rigoros-pietistischen Religionsutopie, wie sie Boltzius unermüdlich, aber letztlich nur mit temporärem Erfolg verwirklichen konnte, und den Bestrebungen der meisten Salzburger, Ackerland in möglichst großer Menge zu erhalten, zu Spannungen. Nach und nach entglitt dem Prediger, der, wie Charlotte Haver zeigt, allerdings auch in weltlichen Dingen ein außerordentliches Organisationstalent war, seine Gemeinde. Die Siedler zogen allmählich weg von Ebenezer, kamen nach und nach, besonders als ab 1750 der Kauf von Sklaven erlaubt wurde, zu Wohlstand und glichen sich in den folgenden Generationen mehr und mehr dem englischen Lebensstil an. Als der Unabhängigkeitskrieg gegen das britische Mutterland siegreich zu Ende ging, durchflutete eine patriotische Welle den jungen, unabhängig gewordenen Staat; um 1800 waren „the Salzburgers“ fast schon Geschichte.

Über all die Ereignisse haben Boltzius und seine Nachfolger im Predigeramt ihre europäischen Glaubensbrüder und – so würde man heute sagen – „Sponsoren“ unermüdlich informiert. Boltzius' Berichte, fast 7000 Blatt, finden sich vor allem in Bibliotheken in Halle und in Augsburg, damals ebenfalls ein Zentrum des Pietismus. Für die Forschung sind diese „Diarien“ eine Fundgrube ersten Ranges, sowohl zum religiösen Leben wie auch zur harten Alltagsgeschichte. Über keine andere Gruppe deutschsprachiger Emigranten des 18. Jahrhunderts sind wir so genau informiert wie hier über die Salzburger.

Die britischen Kolonien in Nordamerika waren ohnehin ein religiöser Zufluchtsort. Am bedeutendsten waren die Puritaner, die schon im frühen 17. Jahrhundert aus Großbritannien emigrierten. Zu nennen wären ferner die Quäker und zahlreiche Sekten, aus Deutschland noch die von Zinzendorf geprägten Herrnhuter (die übrigens nach 1945 generös im besiegten Deutschland geholfen haben). Dieser gemischte religiöse „Humus“ ist zweifellos eine Erklärung für die tiefsitzende, mitunter ins Abwegige gleitende Religiosität auch heute noch in den USA.

Kontakte zwischen Amerikanern und Ostpreußen

Die Erinnerung an die Salzburger Religionsflüchtlinge ist bei den Nachkömmlingen in den USA lebendig geblieben. Sie haben Brücken nach Europa geschlagen und Verbindungen zu den Nachkommen der ehemaligen Salzburger in Ostpreußen geschaffen. Dort waren die Salzburger in Königsberg, Gumbinnen, Tilsit und Deutsch-Eylau angesiedelt worden. In Gumbinnen wurde 2006 mit amerikanischen und deutschen Spenden ein Diakoniezentrum mit Kirche eingeweiht – gleichsam ein Symbol für die fortlebende Erinnerungsgemeinschaft der Salzburger Religionsflüchtlinge. *Dirk Klose*

Vertriebene leider ignoriert

Landesausstellung über »Wiederaufbau und Wirtschaftswunder« in München

In München wird derzeit im Gebäude der Obersten Baubehörde des Bayerischen Innenministeriums die Bayerische Landesausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ gezeigt.

Mit ausgewählten Schlaglichtern an einzelnen Ausstellungssäulen spannt die Schau den Bogen von Kriegszerstörungen über das Leben in Trümmern bis hin zum Wiederaufbau. Exemplarisch werden Bilder von Ruinenlandschaften und zerbombten Häusern mit offenen „Wohnhöhlen“ gezeigt. Care-Pakete der Amerikaner und erste Wahlplakate sollen den Neubeginn symbolisieren. Dass bereits wenige Jahre später die westdeutsche Wirtschaft wieder blühte, erschien wie ein Wunder. Dagegen wird der Anteil der Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten an diesem „Wirtschaftswunder“ leider in der Ausstellung nicht dargestellt.

In der bayerischen Obersten Baubehörde, die am Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich beteiligt war, wird das Hauptaugenmerk auf die bauliche Neugestaltung gerichtet. 1945 lagen auch in Bayern viele Städte in Trümmern: München glich nach über 60 Bombenangriffen einer Schutthalde. Der Wiederaufbau der bayerischen Städte gelang jedoch in erstaunlich kurzer Zeit und prägt das Gesicht des Freistaates bis heute. Die Oberste Baubehörde unterstützte ihn bis 1962 mit beachtlichen Fördersummen. 1,2 Milliarden D-Mark standen für staatliche Hochbaumaßnahmen bereit, 3,5 Milliarden wurden in den Straßen- und Brückenbau investiert, weitere 3,7 Milliarden Mark in die Wohnraumförderung. Über eine halbe Million Wohnungen wurden damals wieder bewohnbar gemacht oder neu geschaffen.

Schautafeln erläutern die schwierige Gratwanderung zwischen dem Anspruch eines „modernen Bauens“ und der Rekonstruktion zerstörter Architekturschätze wie der Würzburger Residenz oder des Münchner Maximilianeums.

Der ökonomische Aufschwung in den 50ern und 60ern wird eher rührend mit einzelnen Exponaten von damaligen „Technikwundern“ wie Waschmaschine, Radio und Fernseher dokumentiert. Die neu gewonnene Mobilität wird mit Bildern von „Isetta“ und „Goggomobil“ sowie mit Strandszenen von der Adria bewiesen.

Bieten akkustische Zusatzinformationen: Stelen mit Hörstationen Bild: Habel

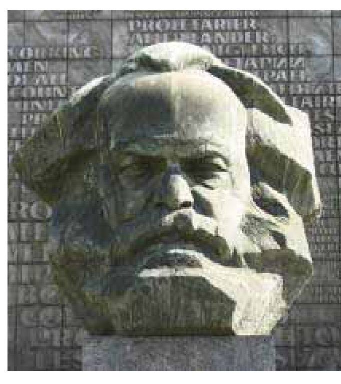
„Eine Ausstellung, die Geschichte zum Anfassen präsentiert“, heißt es in der Katalogbeschreibung. Allerdings darf der Besucher fast nichts anfassen. Eine Ausnahme bildet neben den Hörern an den Audio-Stationen und den Touchscreens der Filmdokumentationen ein zeitgenössisches Tischfußballspiel, das im Zeitalter von elektronischen Spielen schon anachronistisch erscheint. *Susanne Habel*

Die Ausstellung „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ ist in der Landeshauptstadt noch bis zum 28. Oktober montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei. Nähere Informationen erteilt die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Franz-Josef-Strauß-Ring 4, 80539 München, Telefon (089) 2192-02, E-Mail: poststelle@stmi-obb.bayern.de.

Stadt mit Köpfchen

Seit 40 Jahren steht »Nischel« in Chemnitz

Im Rahmen der ZDF-Serie „Unsere Besten“ ist Karl Marx von den Zuschauern nach Konrad Adenauer und Martin Luther zum drittgrößten Deutschen gewählt worden. Die Mehrheit der Deutschen macht Marx also offenkundig nicht für Bolschewismus, Stalinismus und die russische Unterdrückung der östlichen Hälfte des europäischen Kontinents zu Zeiten Josef Stalins und seiner Nachfolger verantwortlich.



Größte Porträtbüste der Welt Bild: Archiv

Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis der Chemnitzer Volksabstimmung über den Namen der Stadt vom 23. April 1990 denn wohl auch weniger als Entscheidung gegen Marx denn für den angestammten Namen zu interpretieren. Von daher ist es nicht unbedingt ein Widerspruch, dass das berühmte Karl-Marx-Monument in Chemitz im Gegensatz zu dem Namen „Karl-Marx-Stadt“ nach der friedlichen Revolution nicht eliminiert wurde. Der Karl-Marx-Kopf trat nämlich nicht an die Stelle von etwas, das den Bürgern vertraut war und war auch nicht willkürlich, wie die Benennung einer Stadt nach einem Mann, der zu seinen Lebzeiten nie etwas mit ihr zu tun hatte. Bei dem Kopf ist eher das Gegenteil der Fall. Er bildet nämlich mit der hinter ihm stehenden Marx-Forderung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ eine sinnvolle Kombination.



Statt ihn zu entfernen, hat Chemnitz mit „Nischel“, so sein lokaler Spitzname, sogar geworben, war er sogar identitätsbildend. „Stadt mit Köpfchen“ nannte sich Chemnitz zeitweise – und das wohlgemerkt nach der „Wende“. 40 Jahre nach ihrer Einweihung am 9. Oktober 1971 gehört die größte Porträtbüste der Welt immer noch zu den Sehenswürdigkeiten von Chemnitz. Und westdeutsche Städte wie Münster oder Kiel, die ihn für immer oder auch nur leihweise haben wollten, haben statt ihm eine Abfuhr erhalten. *Manuel Ruoff*

Das erstes Diakonissenhaus der Neuzeit

Am 13. Oktober 1836 gründete Pastor Theodor Fliedner in Kaiserswerth eine »Bildungsanstalt für evangelische Pflegerinnen«

Wer heute das Florence-Nightingale-Krankenhaus in Düsseldorf-Kaiserswerth betritt, ahnt kaum etwas von der Pionierrolle dieses Ortes als Urzelle der evangelischen Diakonie in Deutschland. Im damals preußischen Kaiserswerth begannen vor 175 Jahren die ersten evangelischen Diakonissen als „Kaiserswerther Schwestern“ ihr gemeinsames Leben und ihren Dienst an Kranken, Behinderten und Schulkindern.

In diesem Oktober wird neben dem 175. Jubiläum der Schwesternschaft auch das 150. Jubiläum der „Kaiserswerther Konferenz“ gefeiert, einer Dachorganisation von diakonischen „Mutterhäusern“.



Im Jahre 1850: Das Diakonissenhaus der Kaiserswerther Schwestern

Bild: Fliedner-Kulturstiftung

Doch wie hat alles begonnen? Der junge Kaiserswerther Gemeindepfarrer Theodor Fliedner (1800–1864) und seine Frau Friederike (1800–1842) eröffneten 1836 eine kleine Krankenstation, die Nöte der Menschen im beginnenden Industriezeitalters lindern sollte; teilweise unbeschreibliche Not herrschte in vielen Gegenden des Ruhrgebietes, als Dampfmaschinen, Bergwerke und Fabriken wie Pilze aus dem Boden sprossen. Doch das erhoffte Paradies in den Städten erwies sich oftmals als reine Hölle. In einer Zeit, in der es noch keine Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- oder Unfallversicherung gab, sahen sich die Menschen weitgehend schutzlos allen Gefahren des Lebens ausgesetzt. Unter teilweise unsäglichen Umständen lebten auch Gefangene in Gefängnissen; verwaiste Kinder verwahrlosten auf den Straßen und erhielten keine Bildung.

In dieser Situation wollte das Pfarrerehepaar Fliedner zumindest etwas tun, was zunächst jedoch nur wie der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein erschien. Niemand konnte ahnen, dass aus diesem kleinen Anfang einmal einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik Deutschland werden würde. Bei ihrer Suche nach Menschen, die sich der Behinderten, Kranken und Ungebildeten annehmen könnten, stießen die Fliedners auf eine Reihe gläubiger Frauen, die ehelos, unausgebildet und ohne Berufstätigkeit waren. Sie boten diesen Frauen eine Unterkunft, Ausbildung und eine neue Tätigkeit an. Sie sollten in einer Gemeinschaft von „Diakonissen“ in einem „Mutterhaus“ leben, eine Berufsausbildung erhalten, um später Kranke zu pflegen oder im Schulwesen zu arbeiten.

Das Modell der „Kaiserswerther Schwestern“ erwies sich bald als überaus erfolgreich; überall im Land, von der Memel bis an den Rhein, von Flensburg bis Konstanz, entstanden „Diakonissenanstalten“. Diese Entwicklung war keineswegs selbstverständlich. Christliche Krankenhäuser, Hospize oder Schulen hatte es schon seit urchristlichen Zeiten gegeben; neu war die Berufung der evangelischen Diakonissen. In der protestantischen Christenheit galt die „Möncherei“ seit Martin Luthers Zeiten und damit seit 300 Jahren als Tabu. Der Reformator, der selbst einmal Mönch gewesen war, hatte das Leben der (katholischen) Mönche und Nonnen scharf gegeißelt. Seither galt das Klosterleben im Protestantismus als unchristlich, als Zeichen einer falschen „Werkgerechtigkeit“.

Doch von diesem lutherischen und protestantischen Verdikt ließ sich das Pfarrerehepaar Fliedner nicht beeindrucken. Sie sammelten die ersten Frauen, die bereit waren, als Diakonissen zu leben und in der Nächstenliebe zu dienen. Die Attraktivität dieses Modells beruhte auch auf den Aufstiegsmöglichkeiten für die beteiligten Frauen. Wer wollte und konnte, erreichte in den neuen diakonischen Einrichtungen Führungspositionen, die Frauen in der damaligen Zeit nicht offen standen. Alleinstehende Frauen, die sonst nur geringe gesellschaftliche Anerkennung erlebten, fanden in dem neuen Modell des gemeinschaftlichen Lebens einen Weg, das Alltagsleben miteinander zu teilen, das tägliche Gebet zu pflegen und einer gemeinsamen und erfüllenden Aufgabe nachzugehen. Zwar legten die Diakonissen keine „Gelübde“ (vor Gott) wie ihre katholischen Mitschwestern ab, aber sie lebten im Grunde genommen nach dem gleichen Modell und praktizierten persönliche Armut, Ehelosigkeit und Gehorsam im Dienst. Diese Idee nahmen Frauen wie Regine Jolberg oder Amalie Sieveking, Männer wie Franz Heinrich Härter, Wilhelm Löhe oder Johann Hinrich Wichern auf, die dann jeweils eigene Akzente einer Diakonie in Gemeinschaft setzten. Mutterhäuser entstanden in lutherischen und reformierten Gegenden, im ländlichen wie im industrialisierten Raum.

Vor 150 Jahren fand die »Kaiserswerther Konferenz« statt

Nur 25 Jahre nach der Gründung der ersten Schwesternschaft waren 1861 schon 27 Mutterhäuser in Mitteleuropa entstanden. Am 9. und 10. Oktober 1861 trafen sich unter der Leitung von Pfarrer Fliedner am Ursprungsort die „Deputierten von 13 Diakonissen-Mutterhäusern“ und gründeten die „Kaiserswerther Generalkonferenz“. Nach einem Bericht des Mitteilungsblattes, des „Armen- und Krankenfreundes“, erschienen auf diesem Forum Vertreter aus Straßburg, Utrecht, Karlsruhe, Basel, Darmstadt, Hamburg, Hannover, Speyer und Halle an der Saale. Der Präses der Diakonissenanstalt Bethanien in Breslau gab sich ebenso die Ehre wie der Königsberger Superintendent Wilhelm Kahle oder der Stettiner Consistorialrat Leopold Hoffmann, die ihre leitenden Schwestern und Pastoren mitgebracht hatten.

Die Aufgabe, die sich Theodor Fliedner mit dieser Konferenz gestellt hatte, war nicht einfach. Die Mutterhäuser hatten sich in protestantischer Freiheit sehr unterschiedlich entwickelt. Jetzt galt es, das Netzwerk der Mutterhäuser enger zu knüpfen und die Bewegung nach innen und außen einheitlicher zu gestalten. Auf der Tagesordnung standen Themen wie die innere Leitung der Diakonissenschaft, die Ausbildung der Schwestern, das Verhältnis zu Staat und Kirche, Gehalt und Urlaub der Schwestern.

Als der spätere Kaiser Friedrich III. am 11. September 1884 die Kaiserswerther Diakonie besuchte, war von diesen Anfangsschwierigkeiten kaum mehr etwas zu spüren. Rund 20 Jahre nach dem Tod des Gründers war die Einrichtung in Kaiserswerth zu einem großen Komplex gewachsen. Ein Denkmal erinnert bis heute an den Besuch des damaligen Kronprinzen. Ein Foto zeigt ihn mit einem vierjährigen Patienten des Kinderkrankenhauses, den er auf dem Arm trägt.

Bleibt noch zu erklären, warum das heutige Krankenhaus in Kaiserswerth mit seinen 600 Betten nicht Theodor-Fliedner-, sondern Florence-Nightingale-Krankenhaus heißt. Im Jahr 1851 machte Florence Nightingale (1820–1910) ein dreimonatiges Praktikum in Kaiserswerth, um die Grundlagen der Wundversorgung und der Medikamentenherstellung zu erlernen. Diese Grundlagen wandte sie dann im Krimkrieg von 1854, dem ersten Stellungskrieg der Moderne, zum Segen der Verwundeten an. Heute gilt Nightingale als Pionierin der modernen Krankenpflege als eigenständigem Bereich neben der ärztlichen Kunst. Für die Kaiserswerther Diakonie war daher die Namensgebung des heutigen modernen Krankenhauses im Jahr 1970 Ehre und Verpflichtung zugleich.

Hinrich E. Bues

Verkörperung Preußens

Am 29. September starb der Historiker Wolfgang Stribrny

Am 29. September 2011 ist Wolfgang Stribrny, einer der wichtigsten Preußenhistoriker unserer Zeit, nach kurzer schwerer Krankheit in seinem 77. Lebensjahr in Bad Sobernheim verstorben. Im hessischen Gelnhausen 1935 als Sohn eines Militärarztes geboren, verbrachte er die ersten zehn Jahre seines Lebens in Frankfurt an der Oder auf altem brandenburgischem Boden. Die Liebe zu Preußen prägte sein Leben von Anfang an. Mit einer bedeutenden Arbeit über die Russlandpolitik Friedrichs des Großen schloss Stribrny 1963 sein Studium der Geschichte, Geografie und Politischen Wissenschaft ab, das ihn nach Göttingen und Freiburg im Breisgau geführt hatte. Die erste Station seiner Karriere war die Position des Studienleiters der Evangelischen Akademie Hofgeismar: Viele namhafte Geister der jungen Bundesrepublik konnte er dort zu Disput und Gespräch zusammenführen. 1974 wurde Stribrny dann als Ordentlicher Professor für Geschichte nach Flensburg berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung lehrte.

Sein Leben galt Preußen und in der Folge von Hans-Joachim Schoeps der Rehabilitierung der Ehre Preußens. Seit der Gründung im Jahr 1969 bis zu seinem Tode war er federführend am Preußeninstitut/Zollernkreis beteiligt, als Sprecher, Erster Vorsitzender und bis 2010 als Präsident. Stribrny wirkte ausgleichend, souverän und zugleich tief menschlich. Er ging mit berühmten Akademikern im selben offenen Geist um wie mit sehr einfachen Menschen. Das preußische Votum „mehr sein als scheinen“ lebte er, wie er auch andere preußische Tugenden geradezu verkörperte. Stribrny war ein bedeutender Historiker und Gelehrter: Mit großer Klarheit und unerschöpflichem Kenntnisreichtum widmete er sich der preußischen Geschichte. Wenig bekannte Elemente preußischer Geschichte förderte er aus den Quellen ans Licht und er vermochte, am Detail große geschichtliche Zusammenhänge deutlich zu machen. Ideologische Geschichtsschreibung hatte vor dieser Genauigkeit keinen Bestand. Es gab kaum einen Flecken und keinen Kirchturm in preußischen Landstrichen, über den Stribrny nicht ein glänzendes Extemporale halten konnte.

Wolfgang Stribrny

Bild: Archiv

Preußen war für Stribrny die „Idee mit Zukunft“. Auch eine moderne Demokratie kann, davon war er überzeugt, ohne preußisches Staatsethos und preußische Tugenden nicht bestehen. Dass Preußen Kulturstaat war, erster Flächenstaat mit Schulpflicht, Hort der Glaubensfreiheit und der Übernationalität hat Stribrny nachdrücklich betont. Er setzte sich daher auch unermüdlich für die Wiedererrichtung eines Bundesstaates Preußen ein und für die Wiedererrichtung geschändeter oder zerstörter Bauwerke.

Stribrny war überzeugter Monarchist. Eine enge Freundschaft verband ihn mit dem Prinzen Louis Ferdinand, dessen reich bebilderte und hervorragend dokumentierte Biographie er (zusammen mit Angelika Wonschik) 2007 vorlegte. In der Monarchie sah Stribrny die maßgebliche erste und letzte Legitimierung staatlicher Ordnung und Freiheit: Man wird in den Krisen der Gegenwart diesen Einsichten vielleicht künftig wieder mehr Aufmerksamkeit widmen.

In Stribrny begegnete man den besten Zügen des alten Preußen, einschließlich einer tiefen christlichen Fröhlichkeit. Der Abschied von ihm schmerzt auch deshalb tief, weil wir seinesgleichen wohl nicht mehr sehen werden.

Harald Seubert

»Der Führer lebt«

Erich Fellgiebels Meldung war der Gau für seine Mitverschwörer

Es ist etwas Furchtbares passiert, der Führer lebt.“ Mit dieser Meldung aus dem Führerhauptquartier trug Erich Fellgiebel nach dem Attentat auf Adolf Hitler in der „Wolfsschanze“ maßgeblich zur Verwirrung seiner Mitverschwörer vom 20. Juli 1944 bei. Seine Botschaft, deshalb den Putsch abzubrechen und den Plan „Walküre“ nicht auszulösen, befolgten nur einige. Die Folge war, dass der Putschversuch nicht mit der Vehemenz durchgezogen wurde, die notwendig gewesen wäre, um überhaupt eine Chance zu haben, er andererseits aber auch nicht abgebrochen wurde, was vielleicht die Chance zu einem zweiten Versuch geboten hätte.

Fellgiebel galt als „Meister operativer Nachrichtenverbindungen“ und war der erste General der Nachrichtentruppen. In dieser Funktion kam ihm im Kreis der Verschwörer die Aufgabe zu, das Führerhauptquartier nach dem Anschlag auf Hitler nachrichtlich zu isolieren. Die in der „Wolfsschanze“ versammelte Spitze um Hitler sollte weder Informationen erhalten noch Befehle nach außen senden können.

Schließlich muss Fellgiebel die von ihm verhängte Nachrichtensperre aufheben, hat sich jedoch durch sie als Mitverschwörer entlarvt. Noch am Tage des Hitlerattentats wird er an seinem Arbeitsplatz im Führerhauptquartier verhaftet. Er wird vor den Volksgerichtshof gestellt und von Roland Freisler am 10. August 1944 für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Am 4. September 1944 wird das Urteil im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee vollstreckt. Damit endete das Leben eines der



Erich Fellgiebel

Bild: Archiv

kreativsten Nachrichtenköpfe der deutschen Streitkräfte.

Der vor 125 Jahren in Pöpelwitz bei Breslau geborene Spross eines bürgerlichen Rittergutsbesitzers und dessen ebenfalls dem Bürgertum entstammenden Ehefrau war vielseitig begabt. Doch seine besondere Stärke waren die Naturwissenschaften. 1905 begann seine militärische Karriere als Offiziersanwärter und damals bereits bei einem Nachrichtenbataillon. Im Ersten Weltkrieg bewährte er sich, sodass er in die Reichswehr übernommen wurde. Das 100 000-Mann-Heer ließ ihm nur wenige Aufstiegschancen.

Das änderte sich nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten – nicht nur wegen der nun einsetzenden vermehrten Rüstungsanstrengungen, sondern auch wegen des nationalsozialistischen Hangs zu modernen Mitteln. Während der Weltkriegshauptmann in der Weimarer Zeit nur ein einziges Mal befördert worden war, machten die Nationalsozialisten ihn, kaum dass sie an der Macht waren, zum Oberstleutnant und Chef des Stabes des Inspekteurs der Nachrichtentruppen. Nachdem er die Aufgabe des Inspekteurs zuerst nur vertretungsweise wahrgenommen hatte, übernahm er schließlich dieses Amt. 1938 wurde ihm die Leitung des Heeresnachrichtenwesens und der Wehrmachtnachrichtenverbindungen im Oberkommando der Wehrmacht übertragen, was ihn schließlich in die „Wolfsschanze“ brachte. Der Beförderung zum Oberst im Jahre 1934 folgte 1938 die zum Generalmajor und 1940 die zum Generalleutnant, bevor er 1940 schließlich zum General der Nachrichtentruppen ernannt wurde.

Manuel Ruoff

»Spare, lerne, leiste was«

Zu: Reichensteuer

Fast alle Politiker, besonders die mit sozialistischem Gehabe, fordern eine Reichensteuer. Dahinter verborgen ist natürlich der Slogan „Gleicher Lohn für alle“ und es entspricht der kommunistischen/sozialistischen Denkart; das haben die Deutschen – in besonderem Maße die Mitteldeutschen – doch schon alle hinter sich.

Gleiche Leistung – gleicher Lohn (oder vielmehr umgekehrt) ist eine Gleichschaltung, die im Niedergang des Wohlstandes und in der Verarmung der Leistungsgesellschaft endet, welche ja schließlich dem Staat die dringend benötigten Steuern bringt, die wiederum von den (un)verantwortlichen Politikern ungehemmt in der Welt verteilt werden.

Unsere „Reichen“ zahlen doch wohl auch Steuern, oder liege ich da falsch? Der Ruf unserer Volksvertreter nach mehr Geld zum Ausgeben hat grundsätzlich einen anderen, aber gravierenden Grund: Diese Politiker haben das Maß verloren und haben sich zu notorischen Verschwendern und Schuldenmachern entwickelt, mit steigender Tendenz. So lag 1980 die Verschuldung der Bundesrepublik bei 30 Prozent des Sozialprodukts, während sie heute bei 80 Prozent angekommen ist! Daran ist sicher der Computer Schuld, denn damals haben wir noch mit simplen Rechenmaschinen gearbeitet.

Meine dringende Bitte geht an den Finanzminister (denn einer muss ja schließlich bei klarem Verstand geblieben sein): Keine Steuererhöhung, gleich welcher Art, sonst werfen diese politischen Gutmenschen noch mehr Geld zum Fenster raus. Den Schuldenmachern gebe ich einen Rat mit, den uns in der Volksschule unser Lehrer eingebleut hat: Spare, lerne, leiste was, dann haste, kannste, giltste was. Kapiert, ihr Politiker?

Bert Jordan, Landstuhl

Raus aus der Windkraft!

Zu: Gefahren der Windkraft

Am 14. September war es wohl nur das Glück des Zufalls, dass nicht gerade Waldbrand-Warnstufe 4 herrschte. Die Feuerwehr sah hilflos dem Brand in fast 100 Metern Höhe zu, als bei Herzberg/Elster ein Windrad brannte. Die brennenden Kunststoff- und Verkleidungsteile flogen 250 Meter weit und die örtlichen Feuerwehren eilten von Sekundärbrand zu Sekundärbrand, um wenigstens die Ausbreitung des Feuers zu verhindern.

Eine überregionale Erwähnung dieses Desasters vermisse ich bis heute. Der (unlöschbare!) Brand setzte alle Sicherungen außer Kraft, so dass bei hierzulande üblichen Windstärken die in 100 Metern Höhe abgerissenen Flügel sogar Häuser treffen könnten. Seither vermisse ich nur unsere grünen „Besorgnisträger“, die im Vorgriff auf brennende Kiefernwälder mit Mahnwachen in den Hauptnachrichten Zeter und Mordio schreien.

Derweil werden Atomkraftwerke, die ohne Weiteres Erdbebenstärke 8 aushalten, stillgelegt. Wir müssen ernsthaft über den Ausstieg aus der Windkraft nachdenken, denn die Umrüstung allein auf Brandsicherheit würde so energieintensiv, dass man sie nicht verwirklichen könnte.

Dr. Sven von Erichsen, Lebusa

Keinerlei Beweis

Zu: Leserbrief „Ganz verheerend für seine politische Stellung“ (Nr. 37)

Für die in dieser Zuschrift geäußerte Behauptung, Adenauer habe eine Wiedervereinigung unbedingt verhindern wollen, gibt es keinerlei Beweis. Eine eigenmächtige Behauptung des deutschen Botschafters in London, Herwarth von Bittenfeld, im Dezember 1955 gegenüber dem britischen Staatssekretär Kirkpatrick ist allerdings durchaus vorstellbar.

Es darf daran erinnert werden, dass Herwarth von Bittenfeld als Zweiter Sekretär der deutschen Botschaft in Moskau noch in der Nacht der Unterzeichnung des sogenannten Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion im August 1939 alle Einzelheiten dieses Abkommens im Wortlaut der amerikanischen Botschaft in Moskau zugespielt hat, sodass Roosevelt das am kommenden Morgen auf seinem Schreibtisch hatte. Diese Tatsache sollte genügen, um hinter alle Äußerungen dieses „Diplomaten“ große Fragezeichen zu setzen.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Verurteilen?

Zu: „Höhen und Tiefen eines bewegten Lebens“ (Nr. 38)

Vielleicht gehörte Heinrich George in die Reihe jener Männer, die auch im Dritten Reich eine Möglichkeit zu sehen glaubten, ihrer Berufung zu folgen. Sie werden oft scheel angesehen, aber man kann sie doch verstehen, wenn sie dem Regime gegenüber gewisse Konzessionen machten. Der Pilot Ernst Udet wollte fliegen, der Architekt Albert Speer wollte bauen, der Dirigent Wilhelm Furtwängler wollte Musik machen, der Schauspieler Gustaf Gründgens wollte Theater spielen, Heinrich George ebenso. Muss man sie deswegen verurteilen?

Übrigens hat es auch manche Prominente gegeben, die sich später genauso mit dem Regime in der „Deutschen Demokratischen Republik“ arrangierten.

Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall



Er wollte halt fliegen: Der Kunstflieger und spätere Generalluftzeugmeister der Luftwaffe Ernst Udet in einem „Flamingo“-Doppeldecker (1931) Bild: pa

Tilsit oder Ragnit

Zu: „Nur im Kreuzworträtsel“ (Nr. 38)

Liebe Frau Patzelt-Hennig, vielleicht sollten Sie bei sechs freien Feldern im Kreuzworträtsel nicht unbedingt gleich „Tilsit“ einsetzen. Eile mit Weile! Es könnte auch mal schiefgehen.

Zumindest sollten Sie einen der ersten vier Buchstaben ermitteln. Was halten Sie von Ragnit?

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim weiteren Raten.

Einen freundlichen Rat noch an die Kreuzworträtsel-Autoren: Denken Sie bei der Frage „Stadt an der Memel mit sechs Buchstaben“ auch mal an Ragnit.

Oder noch besser: Es gibt so viele andere schöne, berühmte, altehrwürdige ostpreußische Städte, nach denen auch mal gefragt werden könnte.

Norbert Haack, Duderstadt

Haarspaltereien

Zu: „Präventivkrieg und kein Überfall“ (Nr. 32) sowie dem Leserbrief „Deutsche Geschichte objektiv beurteilt“ (Nr. 36)

In vielen ihrer Beiträge zu diesem Thema werden immer wieder Spitzfindigkeiten zu der Frage hervorgesucht, ob die Sowjetunion 1941 von Deutschland überfallen wurde oder der deutsche Angriff „nur“ ein notwendiger Präventivschlag war. Solche Haarspaltereien lassen an beharrliche Rechtfertigungsversuche der Autoren für diesen Krieg denken. Die gibt es aber nicht. Alles, was wir über Hitler wissen, spricht dagegen. Sein Bestreben zu Gebietserweiterungen im Osten („Volk ohne Raum“) und seine Vorstellung von „minderwertigen Menschenrassen“, insbesondere der jüdischen und slawischen Völkerschaften, sind hinreichend bekannt.

Hitler wollte diesen Krieg um jeden Preis. Bei einem ihm unterstellten strategischen Denken über die Abwehr eines möglichen sowjetischen Angriffs wäre es ja politisch geradezu idiotisch gewesen, den zwischen Deutschland und Russland liegenden und mit westalliierten Garantien versehenen „Pufferstaat“ Polen zu liquidieren. Die zweifellos vorhandenen deutsch-polnischen Verwerfungen, zu denen auch Polen schon zurzeit der Weimarer Republik in nicht unerheblichem Maße beigetragen hat, hätte man auch anders ebnen können, kriegsbegründend waren sie jedenfalls nicht.

Auch wenn Briten und Franzosen einem sowjetischen überfallartigen Marsch durch Polen in Richtung Deutsches Reich erst einmal genau so wie im September 1939 militärisch tatenlos zugesehen hätten, hätte die Vorstellung der Roten Armee am Rhein mit Sicherheit entsprechende französische und britische Reaktion hervorgerufen. (Wie von Adenauer in einem Wahlkampf zum deutschen Nato-Beitritt gesprochen: „Dat wär' für die Soffjets ein ganz großes Risiko.“) Hitler war eben kein außenpolitisch diplomatisch geschickter Staatsmann wie Bismarck, sondern eben nur ein „An- und Ver-Führer“.

Helmut von Binzer, Hamburg

Bevölkerungsüberschuss exportiert – Türkisch-arabische Landnahme

Zu: „Islamophobie contra soziale Vielfalt“ (Nr. 37)

Im Vorfeld des Besuchs des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül sagte Bundespräsident Christian Wulff (CDU) in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, dass Einwanderer aus der Türkei Deutschland vielfältiger, offener und der Welt zugewandter gemacht hätten. Indirekt sagt er damit aus, dass die Deutschen eine homogene und abgeschlossene Gesellschaft bilden. Das ist aber eine unhistorische Darstellung.

1685 gewährte Kurfürst Friedrich Wilhelm den nach Brandenburg-Preußen geflüchteten französischen Protestanten mit dem „Edikt von Potsdam“ besondere Privilegien. Die Hugenotten trugen zum Aufschwung des Landes bei und es war damals bestimmt unvorstellbar, dass diese Einwanderer soziale Leistungen beziehen, auf deren Zahlung aber laut Bündnis 90/Die Grünen heutige Immigranten einen Anspruch haben. Personen wie der Naturforscher Alexander von Humboldt, der Physiker Werner Heisenberg oder der deutsch-amerikanische Maler George Grosz sind der Beweis für die Weltoffenheit Deutschlands in den vergangenen Jahrhunderten. Und wer die Unterschiede zwischen Hamburg und München kennt, wird eine Vielfalt an hiesiger Kultur kaum bezweifeln dürfen.

Auch Wulffs Behauptung, dass die Türken in „den vergangenen 50 Jahren das deutsche Wirtschaftswunder mit ermöglicht“ hätten, muss angezweifelt werden. Die Karlsruher Wirtschafts- und Sozialhistorikerin Heike Knortz kommt in ihrem Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte“ zu einem anderen Ergebnis. Die Initiative zur Gastarbeiteranwerbung ging in allen relevanten Fällen von den Entsendeländern aus, die ihre Devisenbilanz mit der exportstarken Bundesrepublik verbessern und ihre eigenen Arbeitslosen unterbringen wollten. Die Bundesrepublik gab diesem Drängen zuerst aus außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus nach, erst später kamen arbeitsmarktpolitische Erwägungen hinzu.

Inzwischen aber herrscht eine falsche Darstellung der eigenen Leistungsfähigkeit in der Öffentlichkeit vor. Nicht anders lässt sich das Ausbleiben kritischer Nachfragen der Medien auf die Meinungen Wulffs oder Güls interpretieren, dass die Türken den Deutschen geholfen hätten, wieder auf die Beine zu kommen.

Wie weit oder vielmehr wie wenig die türkische und arabische Kultur offener macht, zeigt ein Bericht der „WAZ“-Mediengruppe über einen Dönerladen in Essen, der Männer und Frauen durch eine Trennscheibe getrennt essen lässt. Männer würden den Frauen nachschauen, so die Begründung des Inhabers.

Nicht nur, dass damit das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verletzt wird; die Einwanderer werfen den Deutschen eine machohafte Haltung vor, die sie aber erst aus ihren Herkunftsländern mitbringen. Auch das Tragen eines Kopftuchs aufgrund der islamischen Kultur zeugt wenig von Offenheit und dem Verständnis der deutschen Kultur, in der Frauen und Männer Gleichberechtigung genießen. Gleichzeitig werden damit auch diejenigen diskriminiert, die aus der ganzen Welt hierher kommen und keine Ansprüche stellen oder nicht unter dem Kampfwort „Islamophobie“ Vorteile für sich erreichen wollen. Ich selber habe beispielsweise einen Ingenieur aus Südamerika kennengelernt, der in Hannover einen Aufbaustudiengang belegte, und freute mich, dass er in Hamburg eine Arbeitsstelle fand.

Meiner Meinung nach darf es nicht sein, dass die eigene Kultur und eigene wirtschaftliche Leistungen derart verneint werden, um ausschließlich die Etablierung des türkisch-arabischen Kulturkreises zu fördern. Mit Vielfalt hat das nichts zu tun.

Ulrich Blode, Langenhagen

Erinnerung und Gehörtes

Zu: „Die Ostpreußische Familie“ (Nr. 35)

Ich wurde 1930 in die Hippelschule eingeschult, aber meine erste Schulstunde erlebte ich in der „Hippel-Mädchen-Volksschule Königsberg“, dem Gebäude in der Luisenallee. Ich entsinne mich noch, wie wir nach der Begrüßung in der Hippelschule in einem großen Raum (Aula, Turnhalle?) namentlich aufgerufen wurden – alle, die in die Schule in der Luisenallee kommen sollten. Danach marschierten wir Hand in Hand zu zweit, flankiert von unseren Müttern, in langer Reihe zur Luisenallee.

Mein letztes Zeugnis von dort, erstes Halbjahr 1934/35, trägt als Schulbezeichnung „Mädchen-Volksschule Luisenallee Königsberg/Pr.“. Nach der Versetzung meines Vaters wurde ich in die Evangelische Volksschule in Heilsberg eingeschult, bis im April 1935 die Aufnahme in das dortige Lyceum, später Oberschule für Mädchen, Agnes-Miegel-Schule erfolgte.

Ich weiß, dass die Schule in der Königsberger Luisenallee später (frühestens 1935) den Namen Johanna-Ambrosius-Schule erhielt. Bei meinem ersten Besuch in Königsberg 1991 war dieser Name noch an der Schule erkennbar. Frau Pfeiler-Iwohn hat als Waisenkind nach Kriegsende auch diese Schule besucht. Daher vielleicht die Annahme von Jutta Nitsch, es könnte ein Waisenhaus gewesen sein. Da sind wohl Erinnerung und später Gehörtes ineinander gekommen.

Eve-Maria Ludwig, Hamburg

Masseneinwanderung nimmt uns Geborgenheit

Zu: „Bunte Phrasen statt echter Lösungen“ (Nr. 37)

Zur Sicherung des Friedens gründeten sich die Vereinten Nationen (UN). Europäischen Politikern erschien die Friedenssicherung durch die UN offenbar nicht ausreichend und so schufen sie parallel dazu die Europäische Union (EU) mit der zusätzlichen Aufgabe, Kriege in Europa unmöglich zu machen. Erreicht werden soll dieses unter anderem durch die unausgesprochene Auflösung völkischer Solidargemeinschaften in einer multi-ethnischen Gesellschaft. Zu diesem Zweck wird Zuwanderung auch aus fremden Kulturkreisen gefördert. Diese Politik der mit Staatsgewalt durchgesetzten gesellschaftlichen Umformung ist radikal und destruktiv, nimmt Menschen die Geborgenheit in einer vertrauten Gemeinschaft, macht sie heimatlos und entwurzelt sie. „Man müsste dahin ziehen, wo nur Deutsche wohnen“, klagte ein von ausländischen Mitschülern unter Stress gesetzter deutscher Schüler. Überfremdungspolitiker überhören solche Hilferufe.

Politik wird in Deutschland auf der Basis „politischer Korrektheit“ gestaltet, das heißt unter Einschränkung des Grundrechts zur freien Meinungsäußerung. Als Tabu gelten insbesondere Fundamentalkritik an der europäischen Einigung und die Bekundung einer nationalen Gesinnung. Medien, politische Parteien, Gewerkschaften, christliche Kirchen und Vertreter jüdischer Gemeinden treten als Meinungsdiktatoren auf und bestimmen den Zeitgeist. Bürger, die sich ihrem Meinungsdiktat nicht beugen, verlieren ihren Arbeitsplatz, erhalten Berufsverbot oder sehen ich durch Hetze über die Medien zu Aufgabe ihres Amtes gezwungen. Prominente, die auf diese Weise ins gesellschaftlich Abseits gedrängt wurden, sind: Thilo Sarrazin, Eva Herman, Martin Hohmann, General Reinhard Günzel, Steffen Heitmann, Günter Deckert, Richter Dr. Rainer Orlet, Horst Mahler. Diese Liste ließe sich durch weniger prominente Opfer bis hinab zu Lehrlingen weit fortsetzen. „Politische Korrektheit“ und Demokratie schließen sich gegenseitig aus, auch wenn Meinungsdiktatoren sich für Musterdemokraten halten.

Dieter Bliesener, Hamburg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 40 – 8. Oktober 2011

MELDUNGEN

Restaurierung des Theaters

Tilsit – Aus Moskau und Königsberg sind 64 Millionen Rubel (knapp eineinhalb Millionen Euro) für eine Generalrestaurierung des Tilsiter Theaters bewilligt worden. Die Modernisierung des Zuschauersaals sowie der Einbau neuer Licht- und Tontechnik sind bereits ausgeschrieben worden. Das „Theater Tilsit", wie die Russen es seit einiger Zeit nennen, soll in neuem Glanz erstrahlen, gewinnt doch wegen der zukünftigen Ansiedlung der Belegschaft des unweit im Bau befindlichen Atomkraftwerkes das kulturelle Angebot in Tilsit stark an Bedeutung. *H.Dz.*

Konsulin in Allenstein

Allenstein – Die Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Danzig, Annette Klein, hat erstmals Allenstein einen Besuch abgestattet, wobei sie auch mit dem Woiwoden von Ermland und Masuren, Marian Podziewski, zusammentraf. Einen Schwerpunkt der Gespräche bildete dabei der Tourismus. Klein verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass das südliche Ostpreußen nicht nur schön, sondern auch ein beliebtes Reiseziel der Bundesbürger ist. Der deutsche Honorarkonsul in Allenstein, Wojciech Wrzecionkowski, hob in diesem Zusammenhang lobend hervor, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der Woiwodschaft und der Bundesrepublik nicht nur im touristischen Sektor, sondern auf allen Gebieten entwickle und von Jahr zu Jahr besser werde. So würde die Restaurierung historischer Bausubstanz im südlichen Ostpreußen nicht nur mit polnischen, sondern auch mit deutschen Geldern finanziert. *PAZ*

Von Grund auf modernisiert

Braunsberg – Die Unterkunft der polnischen Grenzschutzbeamten in Braunsberg ist für rund fünf Millionen Zloty (über eine Million Euro) von Grund auf erneuert worden, um EU- beziehungsweise Schengen-Normen zu entsprechen. Wie die Pressesprecherin des ermländisch-masurischen Grenzschutzes, Justyna Szubstarska, mitteilte, seien von dem alten Gebäude nur die Fundamente geblieben, der Rest sei neu gebaut worden. Zu dem Komplex gehörten Verwaltungsgebäude, technische Räume, Garagen, Fahrzeug-Waschanlage, Kraftstoff-Magazin und Zwinger für Diensthunde, sagte sie. Beim Grenzschutz in Braunsberg arbeiten 150 Personen. Diese Abteilung ist zuständig für einen Landstreifen von 14 Kilometern Länge an der innerostpreußischen Grenze. Dazu gehören zwei Grenzübergänge, der Eisenbahnübergang Braunsberg–Heiligenbeil und der Straßenübergang Gronau–Heiligenbeil. *PAZ*

Die Stafette weitertragen

8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein: Deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag diskutiert

Das Medieninteresse ist groß: Auf dem Fernsehbildschirm in der Hotellobby läuft über Stunden eine Direktübertragung vom Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Warschau. Die EU will die Beziehungen mit ihren östlichen Anrainern vertiefen.



Hörten interessiert zu: Stephan Grigat, Ortfried Kotzian, Arkadiusz Zukowski, Krzysztof Gladkowski (erste Reihe v. l.) Bild: Rudolf

Alle Großen aus der Union sind da, EU-Kommissionspräsident Barroso, EU-Ratspräsident Van Rompuy und Bundeskanzlerin Merkel. Gastgeber ist der polnische Regierungschef Donald Tusk, der ernst und angespannt wirkt. Vielleicht ist es der Ärger über das notorisch renitente Weißrussland, das seine Teilnahme am Gipfel platzen ließ und weder Außenminister noch Botschafter nach Warschau schickte. Vielleicht machen ihm insgeheim aber auch die jüngsten Prognosen zu schaffen, nach der ein Sieg seiner Bürgerplattform bei den Parlamentswahlen am Sonntag keineswegs als sicher gilt, ihr vielmehr ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Kaczynski-Partei Recht und Gerechtigkeit bevorsteht.

Ein Ost-West-Gipfel ganz anderer Art fand unterdessen im Tagungsraum des Hotels statt: Die Landmannschaft Ostpreußen hatte zu ihrem nunmehr achten Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress in die Copernicus-Stadt Allenstein geladen. Die Einladung fiel auf fruchtbaren Boden: Viele Vorsitzende der Deutschen Vereine in Ermland, Oberland und Masuren, einige Bürgermeister süd-ostpreußischer Gemeinden, Vertreter ostpreußischer Kreisgemeinschaften aus dem Bundesgebiet sowie Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums hatten eine teils weite Anreise auf sich genommen, um dabei sein können. Dieses Jahr stand ein aktuelles geschichtspolitisches Thema auf der Tagesordnung: Der zwanzigste Jahrestag des „Deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit", den die Politik schon im Juni ausgiebig gefeiert hatte, legte es nahe, Bilanz zu ziehen – Bilanz eines Verhältnisses zweier schwieriger Nachbarn, die doch seit Tausend Jahren „Tür an Tür" leben, wie der stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Gottfried Hufenbach, in seiner Einführung auf den Titel der jüngst in Berlin eröffneten Ausstellung über deutsch-polnische Kunst und Geschichte anspielte.

Hufenbach rief die rasante Entwicklung der letzten zwanzig Jahre in Erinnerung: Polen ist heute Mitglied der Europäischen Union, trägt zurzeit „die Last der Ratspräsidentschaft" und gehört dem westlichen Militärbündnis der Nato an. Deutschland exportiert mehr Waren nach Polen als in das unvergleichlich viel größere Russland. Im Juni kamen polnische und deutsche Abgeordnete zu einer gemeinsamen Parlamentssitzung zusammen. Noch vor zwei Dekaden, kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation, schien ein solcher Lauf der Dinge noch als Sphärenmusik einer ferneren Zukunft.

Ziel des Kongresses sei es, so Hufenbach, den Dialog zwischen den Vereinigungen der heimatverbliebenen Deutschen, den Kreisgemeinschaften sowie polnischen Stellen zu verstetigen, wozu die Landsmannschaft Ostpreußen mit der Plattform der Kommunalpolitischen Kongresse beitragen wolle.

Eine „Genese und Bewertung" des Nachbarschaftsvertrages nahm zum Auftakt der Veranstaltung der Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Ermland und Masuren vor. Arkadiusz Zukowski rief das „Trauma des Zweiten Weltkrieges" auf, das das Verhältnis zu Deutschland jahrzehntelang bestimmte und auch heute noch im Hintergrund wirkmächtig sei. Ein Glücksfall für die Wende in den gegenseitigen Beziehungen waren dann die weltanschaulichen Übereinstimmungen zwischen dem Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Ministerpräsidenten Volkspolens, Tadeusz Mazowiecki. Deren gemeinsame christliche Werte, die im verbindenden Katholizismus gipfelten, schufen eine Grundlage für vertrauensvolle Zusammenarbeit. Zukowski erinnerte an die Gemeinsame Erklärung beider Regierungschefs vom 14. November 1989, die von der Fachliteratur oft übergangen werde. Das Dokument, nur wenige Tage nach dem Mauerfall unterzeichnet, riss viele Punkte an, die später im Nachbarschaftsvertrag wieder aufgegriffen wurden. Die Grenzfrage war noch ausgespart, weil Kohl nur für die Bundesrepublik, nicht aber für ein Gesamtdeutschland sprechen konnte.

Oder-Neiße-Linie nicht 1945, erst 1990 als Grenze festgelegt

„Die Anerkennung der Grenze war ein fundamentaler Punkt für den Beginn neuer Beziehungen", gab Zukowski die polnische Interessenlage wieder. Nicht von ungefähr habe dem Nachbarschaftsvertrag der Grenzvertrag vom 14. November 1990 vorausgehen müssen, wobei Zukowskis Darstellung darauf hinauslief, die Oder-Neiße-Grenze sei endgültig bereits mit dem Potsdamer Abkommen anerkannt worden – eine in Polen gängige Auffassung. Aus dem Publikum folgte prompt entschiedener

Glückliche Zeiten der Geschichte

Widerspruch unter Hinweis auf den Friedensvertragsvorbehalt.

Raunen und Unruhe rief auch Zukowskis Redeweise von einer „polnischen Minderheit" in Deutschland hervor, in deren Behandlung gegenüber der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen eine „Asymmetrie" herrsche: „Das sind noch offene Fragen, deren Klärung sich lohnen würde." Eine Wortmeldung stellte klar, dass es sich bei den deutschen Bürgern polnischer Abstammung um eingewanderte Bevölkerung, nicht aber um Autochthone handele.

Die Historiker Albert Kotowski (Bonn und Bromberg) und Peter Chmiel (Breslau) weiteten in ihren Analysen den engen zeitgeschichtlichen Horizont und wiesen nachdrücklich auf die „glücklichen, goldenen Zeiten" der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte hin: Die Reise Kaiser Ottos III. zum Piasten-Herzog Boleslaus den Tapferen nach Gnesen im Jahre 1000, die Vermählungen polnischer Herrscherssprosse mit deutschen Prinzessinnen im Mittelalter, der polnische König Johann III. Sobieski und dessen Sieg über die Türken bei Wien 1683, die sächsischen Kurfürsten, die als gewählte Könige in Polen herrschten. Die Grenze zwischen der Rzeczpospolita und dem Heiligen Reich war zwischen dem 14. und 18. Jahrhundert stabil und unumkämpft. „Deutsch-polnische Gemeinsamkeiten und friedliche Zeiten sind in der Geschichte leicht aufzufinden", so Kotowski. Das Unbill ließ er, was Wunder, mit dem „preußisch-polnischen Antagonismus" und Bismarck beginnen; Chmiel argumentierte hier objektiver und nannte den um 1850 aufkommenden den Panslawismus als Quelle des nachhaltigen Zerwürfnisses beider Nationen, das zunächst in den Abstimmungskämpfen nach dem Ersten Weltkrieg gipfelte.

„Vertreibungen soll man auch so nennen", verwahrte er sich gegen „Sprachmanipulation", wie sie in Polen mit den Begriffen „Aussiedlung" und „Repatriierung" bis heute betrieben wird. Indessen übergingen sowohl Chmiel als auch Kotowski die Verdrängung und Vertreibung der Deutschen aus den nach 1918 verlorenen Gebieten und ließen diese erst 1945 beginnen – einzig als Folge Hitlers.

Die Westverschiebung des polnischen Staates auf Kosten des Deutschen Reiches, über deren verschiedene Optionen Chmiel detailliert referierte, war zwar Ergebnis der durch Polen nicht direkt beeinflussbaren Entscheidungen der Siegermächte des letzten Weltkrieges, kam jedoch, wie der Historiker Roland Gehrke vor Jahren nachwies, einer schon lange vor dem Krieg existenten politischen Strömung entgegen, „in der sich eine feindselige Grundhaltung gegenüber dem deutschen Nachbarn mit Gebietsansprüchen im

»Polnischer Westgedanke« wurde verschwiegen

Westen verband und deren ideologisches Fundament bereits unter den Bedingungen der Teilung gelegt worden war".

Zu dieser Tendenz vom Beginn des 19. Jahrhunderts, die als „Polnischer Westgedanke" *(polska mysl zachodnia)* inzwischen zum Begriff der Geschichtsforschung geworden ist, hätte man von beiden Historikern gerne etwas gelernt. So aber lieferten Chmiel und Kotowski, wenn auch in Abstufungen, doch nur wieder die sattsam bekannte nationalpolnische Sicht auf die Zeitläufte, deren selektive Darstellung ein wahrhaftiges Verstehen verhindert. Von Bismarck zu reden, aber von Dmowski („Endecja") und Wojciechowski (Posener „West-Institut"), *den* geistigen Wegbereitern der Totalvertreibung der Deutschen, zu schweigen, grenzt an Manipulation.

Marcus Dräger vom Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaften erzählte von seinen Erfahrungen beim Aufbau einer Partnerschaft zwischen seinem Heimatort Engelskirchen und dem polnischen Mogilno. Durch die ungezählten deutsch-polnischen Städtpartnerschaften bauten sich „Vorurteile quasi von selber ab".

Über künftige Perspektiven des Nachbarschaftsvertrages referierte Krzysztof Gladkowski, wie Zukowski vom Institut für Politische Wissenschaften an der Allensteiner Universität. Eine der Thesen lautete, die Umbruchzeit, geprägt von den „magischen Begriffen Vergebung und Versöhnung", sei vorüber. Jetzt gehe es darum, sich mit dem gleichen Enthusiasmus des kulturellen Erbes der Region Ostpreußen zu versichern. Die Arbeit der Allensteiner Stiftung Borussia, welche die Kultur Ermlands und Masurens erforscht und vermittelt, gleiche meist der „Entdeckung der versunkenen Atlantis": „Die Jugend weiß kaum etwas vom kulturellen Erbe dieser Region."

Zum Abschluss des zweitägigen Kongresses, dessen Vorträge lebhaft und kontrovers mit dem Publikum diskutiert worden waren, schöpfte der Direktor des Münchner Hauses des Deutschen Ostens, Ortfried Kotzian, mit der Thematik Vertreibung, Heimatverlust, Identitätsfindung noch einmal aus dem Vollen und fesselte die Zuhörer ganz. Im „Zwischen-Europa" zwischen den Linien Stettin-Triest und Narva-Schwarzes Meer lebten 1939 16 Millionen Deutsche. Heute sind es nurmehr eine halbe Million. Trotz dieser Auslöschung des Deutschtums im Osten versprühte Kotzian einen Optimismus, der ansteckte. An die Zuhörer gewandt, rief er: „Jeder Ostpreuße muss Fachreferent für seine Heimatregion sein!" Die Stafette weitertragen – das geht, wenn wir „selbstbewusst unsere Identität vertreten".

Fazit des Kongresses: Herkunft und Identität sind Schlüsselbegriffe für die Zukunft. *Christian Rudolf*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nach den beiden Geschichten in unserer letzten Folge, die unsere ganze Kolumne füllten, sind heute die weniger Platz benötigenden Zuschriften an der Reihe. Denn da hat sich sehr viel angesammelt, Fragen, Wünsche, Angebote und vor allem Berichte über erfreuliche Reaktionen aus unserer Leserschaft. Ich hatte schon den Dankesbrief von Herrn **Pavel Floss** aus Wülfrath erwähnt, der in der Folge 35 nach den früheren Bewohnern der „Doppelvilla Dorsch" in der Körteallee in Königsberg gefragt hatte. Er hatte umgehend einen Anruf erhalten, der aber unterbrochen wurde, sodass er sich weder den Namen noch die Telefonnummer der anrufenden älteren Dame merken konnte. Er bat uns deshalb prompt um einen Hinweis in unserer Kolumne, der auch erfolgte. Aber da kam auch schon der nächste Hilferuf von Herrn Floss, denn es hatte sich wenige Tage später eine Duplizität des Falles ergeben. Herr Floss war gerade unterwegs, als er den Anruf einer über 90 Jahre alten Königsbergerin erhielt, die sich als Jugendfreundin von **Dieter Dorsch** bezeichnete. Da er sie wegen des Straßenlärms nicht verstehen konnte, bat er um einen weiteren Anruf. Auf den hat er leider vergeblich gewartet und bittet nun auch diese Dame, die wahrscheinlich in Hamburg wohnt, sich noch einmal bei ihm zu melden. Angekommen ist dagegen der Anruf einer Freundin von Frau **Henke**, einer ehemaligen Bewohnerin der Dorsch-Villa, die ihm mitteilen konnte, dass diese heute 93-Jährige in Berlin lebt. Über solch eine rege Anteilnahme ist Herr Floss sehr erfreut und dankbar und er hofft, dass er einmal die Chronik der Doppelvilla als „Geschichte eines Hauses durch Jahrhunderte" verfassen kann. (Pavel Floss, Havemannstraße 10 in 42489 Wülfrath, Telefon 0151/41285453, E-Mail: pavel floss@gmx.de)

Herrn **Wilhelm Fuehrer** aus Köln hat der Bericht über die Doppelvilla Dorsch veranlasst, in alten Erinnerungen zu kramen und dies sogar im wahrsten Sinn des Wortes: Er fand unter den erhalten gebliebenen Fotos aus seiner Jugendzeit auch ein Bild, auf dem sein Klassenkamerad Dieter Dorsch abgebildet ist. Die Aufnahme wurde im Sommer 1938 in Rossitten gemacht, als die Klasse der Oberrealschule aus Amalienau in der Jugendherberge einquartiert war und die Schüler mit ihrem jungen französischen Gastlehrer diese unbeschwerten Tage sehr genossen. Das kann man schon dem Foto entnehmen, das am Rossitter Seestrand aufgenommen wurde und auf dem links im Bild Wilhelm Führer über dem in der Brandung liegenden Dieter Dorsch zu sehen ist. Die Familie Führer wohnte, nachdem der Vater 1927 an das Oberlandes-Finanzamt versetzt worden war, in der Metgether Straße in Ratshof. Der tägliche Schulweg des Jungen führte auch durch die Körteallee. Dieter Dorsch kam erst in der Sekunda an die Schule, er wechselte aber noch vor dem Abitur wohl zur Oberschule in der Kneiphöfischen Langgasse, und war ein begeisterter Handballer. Herzlichen Dank, lieber Herr Fuehrer, für Ihre immer rege Mithilfe bei unseren Fragen, mit der Sie nun ein nicht unwichtiges Mosaiksteinchen zu dem „Villa-Dorsch-Puzzle" beisteuern. Herr Floss wird sich freuen.



Bild: privat

Badefreuden einer Schulklasse am Rossitter Seestrand 1938

Einen ausführlichen Bericht über die Georgenburger Deckstationen im nordöstlichen Ostpreußen übersandte uns Herr **Hellmut Jucknat** aus Kiel. Der in der Heimatgruppe Kiel/Schleswig-Holstein der Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt und Land tätige Nordostpreuße – er wurde 1934 in Georgenburg geboren, der Erbhof der Familie Jucknat befand sich in Georgental – hat seine jahrelangen Nachforschungen nun beendet und kann seine dokumentarische Arbeit als erfolgreich bezeichnen. Er schreibt: „Was mit einem Aufruf in der *PAZ* begann, später dann von mir mit vielen Kontakten bei Mitgliedern der einzelnen Kreisgemeinschaften erweitert wurde, hat mein Wissen über die ostpreußische Heimat vertieft." Aus seinen neuesten Informationen kann ich heute nur eine entnehmen, die für unsere Leser interessant sein dürfte. Da sich Herr Jucknat auch mit der kirchlichen Geschichte seiner Familie befasst hat, konnte er feststellen, dass durch glückliche Umstände in der Krefelder Heimatstube der Insterburger Heimatgruppe ein Seelenregister der Altlutheraner Gemeinde erhalten blieb. Dieses Exemplar wird gegenwärtig von Fachleuten aus NRW einer sorgfältigen Restaurierung unterzogen.

Keine Erinnerungen geweckt hat der in Folge 33 abgebildete Bernstein-Wecker. Aber Herr **Ulrich Wiegandt**, der dieses kostbare Stück im Nachlass seines Onkels gefunden hat, ist auch schon mit den Informationen, die ich ihm über die Preußische Zeitung und die Königsberger Bernstein-Manufaktur geben konnte, ganz zufrieden und glaubt nun, den Wecker als Geschenk zum 60. Geburtstag seines Onkels im Jahre 1942 zuordnen zu können. Weil es sich bei dem Wecker nicht um eine Serienanfertigung handelt, da der Rahmen ja aus Bernsteinstückchen in Handarbeit gefertigt werden musste, hat es wohl nicht viele dieser „Werbegeschenke" gegeben. Vielleicht ist der sich im Besitz von Herrn Wiegandt befindende Wekker sogar der einzige seiner Art, der erhalten geblieben ist.

Immerhin sind es 13 Jahre her, dass Herr **Bernhard Ax** aus Halle-Neustadt sich an uns gewandt hat, als er etwas über seinen Geburtsort Auertal (Stumbern) erfahren wollte, weil er erst drei Jahre alt war, als er die Heimat verlassen musste. Er hatte Glück, denn es meldete sich eine Frau aus dem Nachbarort Grenzhöhe, die sogar noch seine Mutter **Charlotte** Ax geborene **Holland** gekannt hatte und ihm somit einiges mitteilen konnte. Darüber hat sich Herr Ax sehr gefreut, denn er hat schon sehr früh seine Mutter verloren. Frau Ax verstarb im Juli 1945 in Berlin an Typhus und Lungenentzündung. Da sein Vater seit dem Februar 1944 in der Ukraine vermisst ist, wuchs das Kind als Waise auf. Mit den schlimmen Kriegs- und Nachkriegserlebnissen wurde Bernhard Ax nie fertig – bis heute nicht. Er kam während der DDR-Zeit wegen Staatsverleumdung in ein Straflager, das er erst 1972 nach siebenjähriger Lagerzeit verlassen konnte. Er wurde, wie er schreibt, nie rehabilitiert, bekam auch keinerlei Entschädigung. Seine kleine Rente hat nie für eine Reise in die Heimat gelangt, obgleich es immer sein größter Wunsch war, seinen Geburtsort zu sehen und vielleicht auch noch den Hof in Auertal zu finden, den seine Großmutter **Minna Veit** geborene Holland bewirtschaftete und auf dem er seine ersten Lebensjahre verbrachte. Er möchte aber so gerne wissen, wie es heute dort aussieht, und bittet deshalb unsere Leserinnen und Leser, die in den letzten Jahren dort waren. ihm zu berichten. Auertal, das frühere Stumbern, liegt im Kreis Schloßberg (Pillkallen) und gehörte zum Kirchspiel Schillfelde (Schillehnen), der Ort bestand aus mehreren kleinen Höfen. Herr Ax kann sich noch erinnern, dass seine Großeltern von den Nachbarn **Bugenings** und **Karwetat** gesprochen hatten. Wer kann Herrn Ax von seiner Heimat berichten? (Bernhard Ax, Daniel-Defoe-Straße 11 in 06126 Halle-Neustadt, Telefon 0345/6871088.)

Ach ja, die ostpreußischen Ortsnamen. Ich pflege mich ja immer abzusichern, aber manchmal kann man nur schwer die handgeschriebenen Namen entziffern oder glaubt jedenfalls, sie richtig gelesen zu haben. Gut, dass es da aufmerksame Leser gibt. Wie Herrn **Klaus-Dieter Metschulat**, der mich auf einen Irrtum hinwies, der sich in die Suchfrage von Frau **Christel Rau** in Folge 36 eingeschlichen hatte. Es ging um das Gut ihres Großvaters **Franz Stadie**, dessen richtiger Name Pleinlauken (Insterbrück) lautet. Vielen Dank für diese Korrektur, lieber Landsmann, auch auf Ihren Hinweis in Bezug auf den Namen Stadie, den ich an Frau Rau weiterleite.

Verwechslungen kann es schon geben, wenn ein Ort gesucht wird, dessen Name mehrfach im ostpreußischen Ortsregister verzeichnet ist. Um allen Irrtümern vorzubeugen, hat Frau **Erika Pastowsky** aus Winsen gleich einen falschen Ort genannt – „der ist es nicht!" – aber es gibt insgesamt sieben Ortschaften dieses Namens. Nennen wir keinen von den falschen, sondern allein den richtigen, um den es hier geht: Eichenberg im Kreis Insterburg-Land, das frühere Dwarischken. Frau Pastowsky sucht ehemalige Bewohner, die ihr über den Ort und das Leben dort berichten können. Viel Mut kann ich ihr da nicht machen, denn das elf Kilometer östlich von Insterburg gelegene Eichenberg hatte nur 350 Einwohner. Und ob es auch alte Aufnahmen von dem Ort gibt, ist zweifelhaft. Aber wir reichen die Bitte gerne weiter. (Erika Pastowsky, Waller Straße 12 in 29308 Winsen/Aller, Telefon 05143/8443.)



Ruth Geede Bild: Pawlik

Alte Fotos sucht auch Frau **Brigitte Havertz**, allerdings wird hier das Finden noch schwieriger sein, denn es handelt sich um den in der Provinz Posen gelegenen Ort Birnbaum. Dort wurde ihre Schwiegermutter **Marie Bahro** geboren, und für sie möchte Frau Havertz zum Geburtstag ein Buch anfertigen zur Erinnerung an deren nie vergessene Heimat. Deshalb sucht sie nicht nur Fotos, sondern auch Postkarten, Zeitungen, Schriften, Auszüge aus Büchern und andere Unterlagen über Birnbaum, auch Informationen über den heute in der Republik Polen gelegenen Ort. Frau Bahro wurde als Marie **Pogorzelsky** am 4. Dezember 1925 in Birnbaum geboren und hat seit Kriegsende ihre Heimat nicht wieder gesehen. Sie lebte bis 1951 in Neustrelitz in der Sassenstraße unter dem Familiennamen **Krüger**. Nach der Flucht aus der DDR kam sie über Leutkirch im Allgäu nach Remscheid, wo sie seit 1963 wohnt. Frau **Havertz-Krüger**, die dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Gerdauen angehört, würde sich freuen, wenn unsre Leserinnen und Leser helfen könnten. (Brigitte Havertz, Büchelstraße 22 in 42855 Remscheid, Telefon 02191/5923487.)

Dieser Wunsch ist sicherlich erfüllbar, da ja Familiengeschichte bei uns groß geschrieben wird: Frau **Liselotte Rehaag** aus Köln sucht die Publikation 23 der Familienforschung in Ost- und Westpreußen mit dem Titel „Amtsbauern und Kölmer im nördlichen Ostpreußen um 1736" von **Horst Kenkel**, zweite Auflage. Bei dem Verein ist die Auflage nicht mehr lieferbar, und auch sonst waren Frau Rehaags Bemühungen vergeblich. Jetzt setzt sie auf unsere Ostpreußische Familie und fragt, wer diese Publikation besitzt und bereit ist, sie abzugeben. (Lieselotte Rehaag, Weinheimer Straße 13 in 51107 Köln, Telefon 0221/891454.)

Seit wir vor zwei Jahren begannen, die Ahnensuche von Herrn **Michael Wiesemann** aus Hitzacker zu unterstützen, sendet er mir ab und zu neue Ergebnisse und Erkenntnisse zu. So auch diesmal, denn inzwischen liegen ihm authentische Nachweise seiner väterlichen Linie vor, die sich bis zu seinen Urgroßeltern zurückverfolgen lässt. Es ließ sich nun einwandfrei ermitteln, dass der seinerzeit von ihm gesuchte Großvater der Stallupöner **Carl Wiesemann** aus der Goldaper Straße 4 war. Er wurde am 7. Juni 1878 in Gumbinnen geboren, die Taufe fand dort in der lutherischen Kirche statt. Seine Ehefrau, also Michaels Großmutter, war **Amalie Helene Steiner**, *9. Juli 1881. Es lässt sich jetzt die Familiengeschichte bis zurück auf 1835 belegen. Im Mai hat Herr Wiesemann die drei noch heute bewirtschafteten Wiesemann-Höfe in Südtirol besucht. Die Wiesemann-Geschichte endet bei allen um 1680. Aus einem Atlas mit historischen Karten hat er herausgefunden, dass alle drei Orte um 1410 noch zum Erzbistum Salzburg gehörten. Die Vorfahren von Michael Wiesemann sind also schon vor dem großen Treck aus Österreich ausgewandert oder vertrieben. Er versucht jetzt, über die Mormonen in Hamburg oder andere Familien – wie die Steiners – weiter zu kommen.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

Orden für Gaida

Silberner Verdienstorden verliehen

Polens Vizeinnenminister Wlodzimierz Karpinski hat stellvertretend für Präsident Bronislaw Komorowski Bernhard Gaida als Vorsitzendem des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) das Silberne Verdienstkreuz verliehen. Zur Begründung wurde auf seinen Einsatz für Schutz, Erhalt und Förderung der kulturellen Identität nationaler und ethnischer Minderheiten verwiesen.

Gaida engagiert sich als Vorsitzender des Guttentager Stadtrates, Vorsitzender des Kreises Rosenberg und Vizevorsitzender des Oppelner Sejmiks seit Anfang der 90er Jahre für die deutsche Volksgruppe.

Die Verleihung der Auszeichnung erfolgte im Rahmen einer internationalen Konferenz mit dem Titel „Nationale und ethnische Minderheiten in der Europäischen Union", die unter der Schirmherrschaft des Sejmmarschalls Grzegorz Schetyna und des Verteidigungsministers Tomasz Siemoniak stand.

Zweite von insgesamt drei Klassen

Das Silberne Kreuz ist nach dem Goldenen und vor dem Bronzenen die zweite von insgesamt drei Klassen des Verdienstkreuzes der Republik Polen, das am 23. Juni 1923 vom damaligen Staatspräsidenten gestiftet wurde. Das Kleinod des an einem Band an der Brust getragenen Ordens ist bei der Gaida verliehenen Klasse ein rot emailliertes Tatzenkreuz. In den Winkeln des Kreuzes befinden sich silberne Strahlen. Das Mittenmedaillon zeigt in weißem Feld mit roter Umrahmung das Monogramm „RP" für Rzeczpospolita Polska. Das Mittenmedaillon ist von einem silbernen Lorbeerkranz umgeben. *PAZ*

Kandrzin auf CD-ROM

Scheibe von Alfons Rataj mit 300 Fotografien

Die unlängst veröffentlichte zweisprachige CD-ROM „Kandrzin im Objektiv" umschließt über 300 Fotografien aus Gegenwart und Vergangenheit, die mit Kommentaren versehen sind. Kandrzin ist ein Stadtteil der 64 000 Einwohner zählenden Stadt Kandrzin-Cosel in der Woiwodschaft Oppeln. Die auf der CD-ROM gespeicherten Fotografien, Karten und Dokumente entstammen alle aus der Sammlung von Alfons Rataj. Außer Abbildungen von Ämtern, Kirchen und Straßen sind auch vom Kandrziner Bahnhof sowie von Verbänden und Gesellschaften Darstellungen zu sehen. Dargestellt ist unter anderem der Junggesellenverein von 1915 und der „Rauchklub Eintracht" aus dem Jahre 1920. Des Weiteren findet man eine Illustration der Gesanggruppe des Deutschen Freundeskreises (DFK) von Kandrzin-Mitte.

Alfons Rataj kam 1931 in Schlesiengrube zur Welt. Er war von 1954 bis 1963 in den Stickstoffbetrieben „Kandrzin" beschäftigt. Darauf folgte bis 1997 eine leitende Position am „Institut für Schwere Organische Synthese" in Kandrzin-Cosel. 1979 erwarb er seinen Doktortitel an der Gleiwitzer Technischen Hochschule.

Rataj beschäftigte sich als leidenschaftlicher Hobbyhistoriker über Jahre hinweg engagiert mit der Kandrziner Stadtgeschichte. Unter anderem schrieb er zu diesem Thema das Werk „Entstehung und Entwicklung der Gemeinde Kandrzin bis 1945" und wirkte bei der Veröffentlichung von „Kandrzin-Cosel. Herkunft – Gegenwart – Zukunft" mit.

Rataj hält Vorträge in Schulen und Bibliotheken und veröffentlicht in deutschsprachigen Zeitschriften in der Republik Polen.

Laut Dr. Rataj ist die CD-ROM sein Vermächtnis, damit die Geschichte der Stadt, die seine Heimat wurde, nicht vergessen wird. Die Einnahmen durch den Verkauf werden in die Renovierung der St.-Nikolaus-Kirche in Kandrzin investiert. Die CD-ROM kann man im Kandrziner Pfarramt kaufen. *Malin Johansson*



Station als Eisenbahnknotenpunkt Bild: Archiv

Bild da Vincis in Berlin

Die „Dame mit dem Hermelin", das wertvollste Gemälde im Besitz der Republik Polen, hängt zurzeit im Berliner Bode-Museum aus. Es bildet den Glanzpunkt der Ausstellung „Gesichter der Renaissance", in der die bedeutendsten Bilder aus jener Zeit gezeigt werden. Seinen hohen Stellenwert erhält das Gemälde durch seinen Maler Leonardo da Vinci. Nach der „Mona Lisa" ist die „Dame mit dem Hermelin" das bekannteste Werk des italienischen Künstlers. Das Bild ist Teil der Sammlung im Czartoryski-Museum in Krakau, nachdem es 1800 von Fürst Adam Czartoryski erworben und danach von den Nationalsozialisten geraubt worden war. Der Ausstellung in Berlin wird eine besondere Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis beigemessen, zumal es bereits einmal in Berlin ausgestellt war, damals jedoch als Beutekunst der Nationalsozialisten. Die Ausstellung ist noch bis zum 31. Oktober im Berliner Bode-Museum zu sehen. *M.J.*

Wir gratulieren ...

ZUM 105. GEBURTSTAG

Kalinat, Martha, geb. **Hopp**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Erbhaistraße 2 A, 37441 Bad Sachsa, am 10. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Baufeld, Frieda, geb. **Nickel**, aus Rastenburg, jetzt Dorfstraße 22, 24327 Flehm, am 10. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hotow, Lieselotte Agnes, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Hinsbleek 12, Alten- und Pflegeheim, 22391 Hamburg, am 14. Oktober

Stegmann, Käte, geb. **Schulz**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt c/o Reiter, Barenbleek 37, 22179 Hamburg, am 2. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Blaas, Irmgard, geb. **Wick**, verw. **Sablowski**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Gertrud-Woker-Straße 31, 40589 Düsseldorf, am 11. Oktober

Prawitt, Ella, geb. **Schalmann**, aus Kumehnen, Kreis Samland, jetzt Am Sandberg 2, 21220 Seevetal, am 13. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Herrmann, Erika, geb. **Budzinski**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Finkenried 6 I, 22844 Norderstedt, am 13. Oktober

Riehl, Henny, geb. **Biesemeier**, aus Treuburg, jetzt Bentweg 14, 32791 Lage, am 16. Oktober

Sadlowski, Charlotte, geb. **Brandt**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Döringskamp 18, 38518 Gifhorn, am 15. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bartel, Erna, geb. **Siebert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Spieringshorster Straße 26, 23564 Lübeck, am 10. Oktober

Bartzik, Martha, geb. **Nowak**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Brinkstraße 92, 49080 Osnabrück, am 12. Oktober

Schattner, Bruno, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, jetzt Kleybredde 63, 44149 Dortmund, am 10. Oktober

Wiskandt, Helene, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Markgrafenstraße 13, 69226 Nußloch, am 15. Oktober

TERMINE DER LO

Jahr 2011

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bollack, Marianne, geb. **Wenck**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Am Wall 6, 33790 Halle, am 12. Oktober

Fisch, Charlotte, geb. **Reinhardt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Heine-Straße 18, 65201 Wiesbaden, am 10. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bork, Irmgard, geb. **Karp**, verw. **Jobst**, aus Treuburg, jetzt Wenzelsring 5, 06618 Naumburg, am 11. Oktober

Hoppe, Gerda, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, jetzt Dornbreite 5, Altenheim, 23556 Lübeck, am 16. Oktober

Neubauer, Martha, geb. **Kühn**, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Auf dem Berge 2, 27607 Langen, am 14. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Armbruster, Herta, geb. **Piechottka**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, und Prostken, Kreis Lyck, jetzt In den Galleien 23, 47533 Kleve, am 12. Oktober

Augustin, Luise, geb. **Toll**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Beetstraße 28 A, 32105 Bad Salzuflen, am 15. Oktober

Bendokat, Else, geb. **Tilch**, aus Ebenrode, jetzt Missionsweg 5, 24306 Bösdorf, am 16. Oktober

Bittlingmayer, Klara, geb. **Jonseck**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Eichhagener Straße 19, 57462 Olpe, am 10. Oktober

Hass, Hildegard, geb. **Nitschkowski**, aus Lyck, jetzt Berliner Straße 13 A, 61348 Bad Homburg, am 10. Oktober

Jucknischke, Gertrud, geb. **Makowka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf der Schlenke 10, 51709 Marienheide, am 10. Oktober

Kruck, Walter, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Lobsienstraße 32, 28201 Bremen, am 13. Oktober

Kühl, Friedrich, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Heidebad 9, 21614 Buxtehude, am 10. Oktober

Merkel, Herta, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Rabensteiner Straße 14, 09224 Chemnitz, am 16. Oktober

Plasswich, Hildegard, geb. **Pieczkowski**, aus Lötzen, jetzt Finkenstraße 3, 27239 Twistringen, am 5. Oktober

Posdziech, Kurt, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Wickedestraße 16, 23554 Lübeck, am 10. Oktober

Templin, Rosemarie, geb. **Bekker**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Düsterhauptstraße 8, 13469 Berlin, am 2. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Drockner, Dora, geb. **Selleneit**, aus Schanzenkrug, Kreis Tilsit-Ragnit, und Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, jetzt Walterhöferstraße 35, 14165 Berlin, am 10. Oktober

Jost, Emma, geb. **Nicolay**, verw. **Mootz**, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Pickertstraße 36, Seniorenheim, 24148 Kiel, am 12. Oktober

Kobelun, Irmgard, geb. **Flick**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Edgar-Bennert-Straße 37, 19057 Schwerin, am 13. Oktober

Neumann, Horst, aus Gnottau, OT Paplacken, Kreis Insterburg, jetzt Wendenring 14, 38114 Braunschweig, am 15. Oktober

Schlichtiger, Edith, geb. **Schmidtke**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, jetzt Am Bahnhof 7/76, 38448 Wolfsburg, am 13. Oktober

Stange, Horst-Heinz, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Malteserstift, Am Wasserturm 8-14, 40668 Meerbusch, am 14. Oktober

Wirth, Edith, geb. **Herbig**, aus Ortelsburg, jetzt Möllerstraße 23, 58119 Hagen, am 14. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boehl, Charlotte, geb. **Samusch**, aus Lötzen, jetzt Anton-Bruckner-Straße 11, 66793 Saarwellingen, am 15. Oktober

Coehn, Hildegard, geb. **Ritter**, aus Kleinweiler, Kreis Gumbinnen, jetzt Adersbacher Straße 52 A, 74906 Bad Rappenau, am 9. September

Fexer, Ewald, aus Tilsit und Allenstein, jetzt Im Ruschdahl 4, 28717 Bremen, am 2. Oktober

Glagau, Erika, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Wesendorfer Weg 53, 16792 Zehdenick, am 16. Oktober

Homp, Albert, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Krümmgensfeld 7, 45277 Essen, am 16. Oktober

Kukla, Heinrich, aus Chelchen, Kreis Treuburg, jetzt Flaspoete 67, 44388 Dortmund, am 15. Oktober

Lohmann, Klara, geb. **Topeit**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Ulrich-von-Hutten-Straße 6, 47445 Moers, am 11. Oktober

Metzdorf, Gerda, geb. **Borbe**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Haus Wittelsbach, Rosenheimer Straße 49, 83043 Bad Aibling, am 16. Oktober

Naudszus, Gertrud, geb. **Holzke**, aus Mohrungen, jetzt Dorfstraße 22, 21407 Deutsch Evern, am 14. Oktober

Paetsch, Erika, geb. **Kattanek**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Sinabronner Straße 8, 89173 Lonsee, am 11. Oktober

Peterson, Hildegard, geb. **Liedtke**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Unter den Eichen 17, 27729 Axstedt, am 13. Oktober

Pingel, Alois, aus Graiwen, Kreis Lötzen, jetzt Kastanienstraße 4, 78628 Rottweil, am 16. Oktober

Schaible, Frieda, geb. **Bartsch**, aus Kingitten, Kreis Samland, jetzt Neubulacher Straße 17, 72213 Altensteig, am 13. Oktober

Steindorf, Anna, geb. **Czech**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Straße der Befreiung 69, 06886 Lutherstadt Wittenberg, am 10. Oktober

Woltersdorf, Edith, geb. **Dolinski**, verw. **Lingnau**, aus Treuburg, jetzt Hasseldieksdammer Weg 55, 24114 Kiel, am 16. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Düver, Irma, geb. **Pilsdzus**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Am Paaschberg 3, 21376 Salzhausen, am 11. Oktober

Dzienian, Werner, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Eichenweg 1, 39291 Friedensau, am 12. Oktober

Jung, Helene, geb. **Dotzek**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, jetzt Hofer Straße 5, 09224 Mittelbach, am 16. Oktober

Katzwinkel, Ilse-Lore, geb. **Glodeck**, aus Aweyden, Kreis Sensburg, jetzt An der Rennbahn 58, 58323 Schwelm, am 14. Oktober

Kottler, Hedwig, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Friedensstraße 26, 39171 Sülzetal, OT Altenweddingen, am 10. Oktober

Krause, Ilse, aus Lyck, jetzt Pommernring 7 A, 23569 Lübeck, am 16. Oktober

Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Rehwiese 7, 21755 Hechthausen, am 16. Oktober

Lichtleitner, Hedwig, geb. **Weidemann**, aus Ortelsburg, jetzt Neuenhagenstraße 28, 59955 Winterberg, am 15. Oktober

Mecklenburg, Herbert, aus Marienthal, Kreis Rastenburg, jetzt Steinbecker Straße 50, 21244 Buchholz, am 11. Oktober

Meyer, Traute, geb. **Saparautzki**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrich-Krapoth-Straße 8, 51647 Gummersbach, am 13. Oktober

Noesch, Irmgard, geb. **Kecker**, aus Caspershöfen, Kreis Samland, jetzt Ritterstraße 6, 27283 Verden, am 11. Oktober

Olschewski, Ursula, geb. **Ernst**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, jetzt Rehhecke 3, 53783 Eitorf, am 13. Oktober

Penkwitz, Helmut, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mittenbrink 1, 32052 Herford, am 14. Oktober

Politz, Erich, aus Liebstadt, Kreis Mohrungen, jetzt Im Winkel 9, 21524 Brunstorf, am 14. Oktober

Reisgies, Gisela, geb. **Sado**, aus Lindenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Kantstraße 20, 14471 Potsdam, am 3. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Andersen, Klaus, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Papenstraße 99 C, 22089 Hamburg, am 12. Oktober

Boettcher, Magdalena, aus Buttken, Kreis Treuburg, jetzt Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, am 10. Oktober

Dietrich, Werner, aus Rautersskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Sohnreystraße 22, 37586 Dassel, am 10. Oktober

Gotzhein, Heinz, aus Heiligenbeil, Egerländer Weg 2, jetzt Hauptstraße 2, 29646 Bispingen, am 15. Oktober

Anzeige

Herzlichen Glückwunsch

Ihren 80. Geburtstag

feiert am 12. Oktober 2011

Dora Bender

geb. Rosteck
aus Lomp Abbau
Kreis Preußisch Holland (Ostpreußen)
jetzt Beckestraße 56
51647 Gummersbach-Becke
Telefon 0 22 61 / 2 84 09

In Liebe und Dankbarkeit gratulieren Dir ganz herzlich und wünschen weiterhin Gesundheit und alles Gute

Dein Ehemann Willi
Sohn Frank und Ina mit Julian
Tochter Marion und Ralf mit Melvin und Mirko



9. 10. 1921 – 9. 10. 2011

Als **Helga Krämbring**
wurd' sie geboren,
hat ihr Herz dann an
Paul Apfelbaum verloren.

Nun wird sie **90**
und die Welt freut sich!

Alles Liebe nicht nur zum
Geburtstag wünschen
Kirsten, Colette und Daniel

Großmann, Eva, geb. **Kapteina**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, jetzt Paul-Klee-Straße 6, 45883 Gelsenkirchen, am 14. Oktober

Jungk, Elfriede, aus Waiblingen, Kreis Lyck, jetzt Brühler Berg 8, 42657 Solingen, am 10. Oktober

Kiel, Heinz-Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Mohrsche Koppel 5, 24787 Fockbek, am 13. Oktober

Klinke, Rosemarie, geb. **Wedler**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Kleberkoppel 11, 29456 Hitzacker, am 10. Oktober

Knoth, Adelheid-Maria, aus Lyck, jetzt Regensburger Straße 69, 72760 Reutlingen, am 10. Oktober

Liedtke, Manfred, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Claudiusstraße 132, 22043 Hamburg, am 15. Oktober

Lux, Dr. med. Christa, aus Gittau, Kreis Neidenburg, jetzt Heideweg 3, 44267 Dortmund, am 12. Oktober

Pfeiffer, Gerhard, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Schillerstraße 9, 17348 Woldegk, am 12. Oktober

Press, Agnes, geb. **Kloss**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 227 B, 47139 Duisburg, am 12. Oktober

Vormelker, Dora, geb. **Stanschus**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, jetzt Altenpflegeheim, Prassekstraße 6, 23566 Lübeck, am 15. Oktober

Waszilowsky, Bernhard, geb. **Wassilowski**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Bielefelder Straße 143, 44625 Herne, am 15. Oktober

Woelke, Horst, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 106, jetzt PO Box 139, 12 Clarville Road, Uki / NSW 2484, Australien, am 15. Oktober



Korthals, Horst, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 9 A, und Frau Hannelore, geb. **Prante**, jetzt Welschenweg 60, 33813 Oerlinghausen, am 5. Oktober

Wichmann, Günter, und Frau Johanna, geb. **Czarnetta**, aus Brödienen, Kreis Sensburg, jetzt Am Stadtfeld 35, 39218 Schönebeck, am 11. Oktober



Link, Erhard, aus Lohberg, Kreis Preußisch Holland, und Frau Elke, jetzt Am Schmiedeholz 19, 23845 Borstel, am 7. Oktober

Veranstaltungen rund um den Roman „Hoffnung heißt Nadjeschda" der freien Autorin Stephanie Kuhlmann:

Ausstellung bis 26. November in den Schaufenstern der Adler Apotheke in Hamburg-Wandsbek und Eilbek.

Lesungen: 2. November, 19 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg, Ritterstraße 10, Eintritt 4 Euro, 24. November, 19 Uhr, im Kulturschloss Wandsbek in HH-Wandsbek, Königsreihe 4, Eintritt 4 Euro

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Freitag, 14. bis Sonntag, 16. Oktober: **BJO-Bundesversammlung in Bad Ems** mit Wahlen zum Bundesvorstand. Nach Besprechung der inhaltlichen Fragen trifft sich die Gruppe zur ersten Billardmeisterschaft des Bund Junges Ostpreußen! Anmeldungen bei Stefan Hein unter bjo@ostpreussen-info.de.

Sonnabend, 22. bis Sonntag, 23. Oktober: Denkmalpflege in Ostpreußen – Internationale Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen im Bad Pyrmonter Ostheim; weitere Informationen erhältlich unter: http://www.kulturstiftung-der-deutschen-vertriebenen.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Pforzheim, Mittwoch, 19. Oktober, 19 Uhr, Parkhotel, Deimlingstraße 36: 130. Preußische Tafelrunde. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert der Historiker und Publizist Enno Eimers über „950 Jahre Haus Hohenzollern". 1061 werden die Zollern zum ersten Mal erwähnt. Damals wie heute besitzen sie die Burg Hohenzollern. Die jüngere Linie ging über Nürnberg und Brandenburg (1415) nach Königsberg in Preußen (1618). Die ältere, fürstliche Linie lebt nach wie vor zwischen Neckar und Donau (Hohenzollernsche Lande). Seit dem 15. Jahrhundert spielen die Hohenzollern eine wichtige Rolle in der deutschen Geschichte. Keine andere Familie auf der Erde hat drei Genies hervorgebracht: den Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen. Dazu kommen eine Fülle nachgeborener Prinzen und Prinzessinnen. Nach 1871 wurde Berlin Reichshauptstadt, weil es die Residenz des Königs von Preußen war. Weltgeschichtlich wichtige Entwicklungen in der weltweiten Geschichte des freiheitlichen Gedankens sind mit den Hohenzollern verbunden. Beide Häuser haben bis in die Gegenwart überzeugende Persönlichkeiten hervorgebracht. Für das Abendessen sind 16 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, Konto 133221, BLZ 642 510 60, Kreissparkasse Freudenstadt. Anmeldungen bis zum 15. Oktober an: Klaus-Peter Okun, Augustenstraße 27, 70178 Stuttgart, unter Telefon (0711) 4898879, Fax (0711) 4898881 oder unter Email: Klaus-Peter.Okun@t-online.de – Mittwoch 26. Oktober, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag: **„Zur Wiederkehr des 400. Geburtstags von Johannes Hevelius, Astronom aus Danzig".** Der Referent, Hans-Jürgen Kämpfert, Oberstudiendirektor a. D., gebürtig aus Danzig-Langfuhr, studierte Mathematik, Physik, Philosophie und Pädagogik an der Universität Hamburg. Für seine Veröffentlichungen und Vorträge über ostdeutsche Naturforscher, Schriftsteller und Institutionen und seine Mitarbeit im Bildungspolitischen Ausschuss des schleswig-holsteinischen Philologenverbandes, in den Gremien der LM Westpreußen und des Bundes der Danziger, wurden ihm die Westpreußen-Medaille und das Bundesverdienstkreuz verliehen. – Johannes Hevelius stammte aus einer reichen Danziger Patrizier-Brauerfamilie und war Bierbrauer, Kaufmann, Ratsherr und Astronom. Er war der bedeutendste Astronom in der Mitte des 17. Jahrhunderts, der „Fürst der Astronomie", wie ihn seine Kollegen nannten, der beste Beobachter mit bloßem Auge, besser als mit den damaligen Fernrohren, die er zwar selber baute, aber wenig benutzte. Er besaß in Danzig die beste Sternwarte der damaligen Zeit. Hevelius beobachtete Sonnenflecke, führte neue Sternbilder ein, erstellte Mondkarten und entdeckte die Libration des Mondes. Seine Untersuchungen des Mondes veröffentlichte er 1647 in seinem ersten größeren Werk „Selenographia". Eine Gedenktafel vor dem Rathaus in Danzig zeigt folgenden Text: „Johannes Hevelius 1611-1687. Hervorragender Gelehrter und Astronom, Schöpfer des Himmelsatlasses, Entdecker vieler Kometen und Sternbilder, genialer Konstrukteur und Erfinder, bekannter Danziger Brauer". In diesem Jahr hatte er am 28. Januar seinen 400. Geburtstag. Die Teilnehmer erwartet ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion.

Ludwigsburg – Montag, 24. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Herbstfest der Gruppe.

Pforzheim – Sonntag, 9. Oktober, 14.30 Uhr, Ev. Gemeindehaus Eutingen, Friedrich-Neuert-Straße 32: Heimattreffen. Nach dem Kaffeetrinken wird ein unterhaltsames Programm geboten. Die Gruppe singt gemeinsam ostpreußische Volkslieder, hört Gedichte und Geschichten. Ein Videofilm über eine Ostpreußenreise wird gezeigt. Zum Erntedank wird eine Tombola angeboten.

Stuttgart – Dienstag, 25. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal: Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich zum Thema „Herbst und Erntedank". – Dienstag, 25. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Die Badische Landesbühne Bruchsal führt das Theaterstück „Herztier" auf, eine Inszenierung nach dem gleichnamigen Roman der Literatur-Nobelpreisträgerin Herta Müller.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 12. Oktober, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Bei dieser Zusammenkunft geht es um die bezaubernde Anna Neander (1615–1689) aus Tharau. Sie war die einzige Tochter des Pfarrers Andreas Neander und seiner Gattin. Anna wurde durch das Lied „Ännchen von Tharau" bekannt, das heute mit zu den schönsten deutschen Volksliedern gehört. Der Text stammt von Simon Dach (1648), in der Mundart des Samlandes lautet er: „Anke von Tharaw". Ins Schriftdeutsche wurde er von Johann Gottfried Herder übertragen. Anschließend wird es einen Bericht vom Tag der Heimat am 18. September in Heidelberg geben.



BAYERN

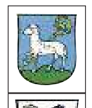
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 19. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Treffen der Gruppe zum Vortrag über das Thema „Die Entwicklung zum Staat Preußen".



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



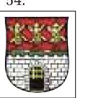
Heilsberg/ Rößel – Sonnabend, 8. Oktober, 15 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 721 5570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600 oder Elisabeth Müller, Telefon (030) 693 57 21.



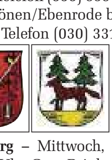
Rastenburg – Sonntag, 9. Oktober, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Erntedankfest. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (0222) 322 10 12.

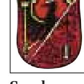


Frauengruppe – Mittwoch, 12. Oktober, 13.30 Uhr, „Die Wille", Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Erntedank mit Tombola. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 771 23 54.



Ebenrode / Schlossberg – Dienstag, 18. Oktober, 13.30 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers", Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg bei Helga Rieck, Telefon (030) 659 68 22, für Stallupönen/Ebenrode bei Günter Kropp, Telefon (030) 331 25 90.









Gumbinnen / Johannisburg /Lötzen/ Sensburg – Mittwoch, 19. Oktober, 14 Uhr, Oma Brinks Kartoffelhaus, Gradeschützenweg 139, 12203 Berlin: Erntedankfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 40 32 681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75 63 56 33.

Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 22. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für Tilsit-Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Hans-Günther Meyer, Telefon 275 1825.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 27. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Saal, 20459 Hamburg: Bezirks- und Gruppenleitertreffen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 24. Oktober, 12 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe lässt das traditionelle „Schmand-Schinken-Essen" wieder aufleben. Der Preis pro Portion beträgt 13 Euro. Zu der Veranstaltung gehört wieder ein schönes Unterhaltungsprogramm. Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich bis zum 14. Oktober unter Telefon (040) 754 58 78.

FRAUENGRUPPE

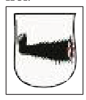


Hamburg/Bergedorf – Freitag, 28. Oktober, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47: Treffen der Frauengruppe. Thema: Geschichten zum Erntefest.

KREISGRUPPE



Osterode – Sonnabend, 8. Oktober, 14 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße, Nähe Bahnhof Ohlsdorf: Erntedankfest. „Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder und der Herbst beginnt", aber das Grün ist trotzdem noch in der Natur zu erkennen. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel möchte die Gruppe unter der Erntekrone Lieder zur Jahreszeit gemeinsam mit allen Teilnehmern singen. Eine Spende für den Erntetisch wäre wünschenswert. Gäste sind herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 16. Oktober, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Die Gruppe feiert das Erntedankfest. Gäste sind herzlich willkommen!

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 8. Oktober, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Einladung zum Treffen mit folgendem Programm: 1. Bildvortrag Ostpreußen-Reise des SV nach Gumbinnen und Königsberg 2011 (Foto-Serie Berger), 2. Vortrag: Schicksale des Schlosses Steinort (Lehndorff) und der Ordensburg Lötzen in Masuren. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.

Darmstadt – Sonnabend, 15. Oktober, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel Erntedank mit dem Weiterstädter Seniorenkreis.

Gelnhausen – Sonntag, 9. Oktober, 10 Uhr, Martin-Luther-Kirche, Bad Orb: Heimat-Gottesdienst 2011. Die Martin-Luther-Kirche in Bad Orb ist mit dem Schicksal der Heimatvertriebenen eng verbunden, bietet sie doch den Glocken aus Pillkallen/Schlossberg, Ostpreußen und aus Reichenbach, Schlesien, schon seit 1953 ebenso eine neue

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 8. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Mit dem U-Boot in die Arktis?
SONNABEND, 8. Oktober, 21 Uhr, 3sat: Wie aus Franz LISZT wurde — Ein Bub aus dem Burgland.
SONNABEND, 8. Oktober, 22.30 Uhr, 3sat: Liszt: Schweizer Pilgerjahre.
SONNTAG, 9. Oktober, 18 Uhr, Phoenix: Der Altenberger Dom.
SONNTAG, 9. Oktober, 22.15 Uhr, N24: Feuerball am Himmel – Der Absturz der Hindenburg.
MONTAG, 10. Oktober, 14.45 Uhr 3sat: Entdecker, Gold und Sklaven, Das ehemalige Weltreich Portugal.
MONTAG, 10. Oktober, 18.30 Uhr, Phoenix: Flucht in die Freiheit, Mit dem Mut der Verzweiflung: Mit allen Mitteln.
MONTAG, 10. Oktober, 21.15 Uhr, N24: Planeten-Killer: Die Erde im Visier.
MONTAG, 10. Oktober, 22.15 Uhr, Arte: Elisabeth Schwarzkopf: Porträt einer Sängerin.
DIENSTAG, 11. Oktober, 13.15 Uhr, 3sat: Stromlinien der Geschichte
DIENSTAG, 11. Oktober, 20.15 Uhr, WDR: Manú – Perus verborgener Regenwald.
MITTWOCH, 12. Oktober, 18.30 Uhr, Phoenix: Immer ostwärts – Von Berlin nach Wladiwostok.
MITTWOCH, 12. Oktober, 20.15 Uhr, Arte: Schattenkampf – Europas Résistance gegen die Nazis (1+2/6).
MITTWOCH, 12. Oktober, 20.45 Uhr, MDR: Die Spuren der Ahnen.
DONNERSTAG, 13. Oktober, 21 Uhr, 3sat: Gert Scobel berichtet von der Frankfurter Buchmesse.
DONNERSTAG, 13. Oktober, 23.30 Uhr RBB: Sozialdemokraten, 18 Monate unter Genossen.
FREITAG, 14. Oktober, 20.15 Uhr Phoenix: Mein erstes Westauto.
FREITAG, 14. Oktober, 21 Uhr Phoenix: Die Opel-Geschichte.
FREITAG, 14. Oktober, 20.15 Uhr Arte: Mogadischu.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Heimat wie vielen Landsleuten aus dem deutschen Osten. Die Gruppe lädt alle Landsleute und Freunde zu diesem Gottesdienst herzlich ein.

Osnabrück – Dienstag, 25. Oktober, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Donnerstag, 27. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonntag, 9. Oktober, 15 bis 16 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Parksaal: Traditionelles **Erntedankfest verbunden mit der Feier zum 60-jährigen Bestehen** der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. – Mittwoch, 19. Oktober, ab 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch der Gruppe.

Dortmund – Montag, 17. Oktober, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – 22. Oktober: Herbst-, Kultur- und Frauentagung.

Essen – Freitag, 21. Oktober, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth: Erntedankfeier. Informationen bei Bernhard Kehren, Telefon (0201) 62 62 71 oder Julius Wermter, Telefon (0201) 959 98 77.

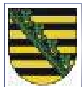
Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesverband – Sonnabend, 15. Oktober, 10 bis 15.30 Uhr, Platner Hof, Platnerstraße 36, Chemnitz: Tag der Heimat der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Freistaat Sachsen. Alle Heimatfreunde sind recht herzlich eingeladen!

Gardelegen – Freitag, 21. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Zum Krug, Weteritz: Herbstfest mit Schlachtfest und Programm.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

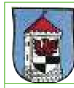
Mölln – Erntedank bei den Ostpreußen. Am 28. September trafen sich Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen im Quellenhof Mölln zu einer Erntedank-Feier. Die 1. Vorsitzende Irmingard Alex freute sich, so viele Gäste begrüßen zu dürfen. Propst Erwin Horning wies in seiner Ansprache darauf hin, dass die Gruppe mit diesem Fest dem Schöpfer für die Ernteerträge und für alle geschenkten Gaben dankt. In den christlichen Kirchen gibt es das Erntedankfest seit dem 3. Jahrhundert. Angesichts des bei dieser Feier reichlich gedeckten Tisches sollten die Teilnehmer nicht vergessen, dass viele Menschen in der Welt Hunger leiden. Probst Horning war kürzlich in seiner Heimat, der Ukraine, wo der Unterschied zwischen Arm und Reich sehr groß ist und viele Menschen nicht immer satt werden. Er wies auf die neutestamentliche Geschichte vom reichen Kornbauern hin, der nur für sich sorgte. Wir aber sollten die Augen vor den Nöten in der Welt nicht verschließen. Margit Kindermann vom Bund der Vertriebenen (BdV) erzählte, wie sie als Kind bei der Ernte mitgeholfen und das nicht als Arbeit empfunden habe. Irmingard Alex las das Gedicht zur Erntezeit vor und auch das bekannte Rilke-Gedicht „Herr, es ist Zeit …“ Außerdem trug Monika Palis ein Gedicht von Georg Trakl vor. Die musikalische Gestaltung nahm Günther Marschke vor, der das gemeinsame Singen von Herbstliedern auf dem Klavier begleitete. Am Schluss der Veranstaltung wurde das Erntedank-Essen serviert, das aus Kassler mit Sauerkraut und Erbsenpüree bestand.

Neumünster – Masuren in Neumünster: Ein besonderer Tag findet am Sonnabend, 15. Oktober, im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster statt. Ab zehn Uhr sind die fünf Ausstellungsräume des Lötzener Heimatmuseums in der Brachenfelder Straße 23 (alte Schule unweit des Rathauses) geöffnet. Zu sehen ist noch die Sonderausstellung „Das Ermland und Masuren in allen vier Jahreszeiten“ – Fotografien von M. Wieliczko (Allenstein). – Das Ehepaar Hergenhan, Kiel, zeigt Scherenschnitte und gewebte Bänder (Jostenbänder) und bietet sie zum Kauf an. Es wird ein Scherenschnitt-Märchenfilm gezeigt (um 16.15 Uhr), mit Erläuterungen über die Kunst des Scherenschnitts. – Eintritt frei.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATKREISEN

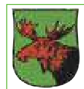
Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Siegfried Kugies erhält Angerburger Kulturpreis 2011 – Zu den Höhepunkten der diesjährigen Angerburger Tage in Rotenburg/Wümme gehörte die Verleihung des Angerburger Kulturpreises 2011 durch den stellvertretenden Landrat Reinhard Brünjes in der Rotenburger Theodor-Heuß-Schule. Den Kulturpreis des Landkreises Rotenburg/Wümme erhielt Siegfried Kugies für seine Biografie „Der ostpreußische Eisenbahner und die Amerikaner“. Reinhard Brünjes zitierte aus der Begründung des Kuratoriums: „Das Buch von Siegfried Kugies ist eine optisch gelungene, illustrierte, ausführliche Darstellung des Lebenslaufes eines Angerburgers. In seiner neuen Heimat gelang es ihm besonders für die Völkerverständigung zu wirken.“ Der stellvertretende Landrat Reinhard Brünjes überreichte dem Preisträger eine Urkunde und einen Scheck über 500 Euro. Der Kulturpreis wird seit 1973 alle drei Jahre vergeben. Siegfried Kugies, 1926 in Eschingen im Kreis Angerapp geboren, besuchte in Klein Budschen im Kreis Angerburg die Volksschule und danach die Hindenburgschule in Angerburg. Schließlich gehörte auch er zu Hitlers letztem Aufgebot und geriet bei der Ardennenoffensive 1945 in amerikanische Gefangenschaft. Über die USA und Wales gelangte der Autor ins hessische Trebur, wo er sich in fremder Umgebung neu orientieren musste. In dem 455 Seiten umfassenden Buch wird der weite Weg geschildert, den der inzwischen 85-jährige Autor in seinem Leben gegangen ist. Dazu gehört auch sein soziales Engagement für die Sozialstation in Angerburg, dem heutigen Wegorzewo, sowie der Schüleraustausch zwischen Trebur und Benkheim [Banie Mazurskie]. Das Buch enthält viele Fotos und Dokumente und ist im Mai erschienen. Es ist zum Preis von 20 Euro zusätzlich Versandkosten beim Autor Siegfried Kugies, Tannenweg 40, 65468 Trebur, erhältlich.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Mitgliederversammlung der ehemaligen Bewohner des Kreises Elchniederung und deren Nachfahren – Das diesjährige Kreistreffen der Elchniederunger fand vom 16. bis 18. September im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf statt. Nach der vorangegangenen Delegiertenversammlung am Freitag trafen bereits etliche Teilnehmer ein, um sich gegenseitig in Gesprächen und Erinnerungen auszutauschen. Am Sonnabend, 17. September, eröffnete Kreisvertreter Manfred Romeike pünktlich um 14 Uhr offiziell das diesjährige Treffen. Erfreut konnte er feststellen, dass auch in diesem Jahr der Saal im Tagungshotel fast bis auf den letzten Platz gefüllt war. Erfreulich war auch die Tatsache, dass etliche Teilnehmer der Generation der Nachgeborenen angehören, von denen sich einige aktiv in die Gemeinschaft einbringen. Zu Beginn der Versammlung wurde der Toten gedacht, hier insbesondere den Kirchspielvertretern von Heinrichswalde und Skören, Manfred Grusdt und Wolfgang Klemens. Dazu erklang das Geläut der Glocke der Heinrichswalder Kirche. Als besonderen Ehrengast konnte Manfred Romeike den Landrat des Kreises Grafschaft Bentheim, Friedrich Kethorn, begrüßen. Dieser betonte in seinem Grußwort die Bedeutung der bestehenden Patenschaft und stellte die Vorzüge seines Landkreises heraus. Er regte an, doch das nächste Kreistreffen im Patenschaftskreis zu veranstalten. Darüber hinaus seien alle herzlich eingeladen, die Schönheit und Vielfältigkeit der Landschaft dort kennenzulernen. Anlässlich des 125-jährigen Bestehens des Landkreises überreichte Landrat Kethorn eine umfangreiche Chronik an Kreisvertreter Romeike. In seinem Bericht betonte Manfred Romeike, dass die Kreisgemeinschaft Elchniederung nach wie vor das Potenzial zur Eigenständigkeit besitze, eine Fusion mit benachbarten Kreisgemeinschaften sei derzeit nicht erforderlich, wenngleich man den Tilsitern und Ragnitern freundschaftlich verbunden bleibe. Ein besonderer Dank galt dem Geschäftsführer Hartmut Dawideit, der erneut eine dreijährige Freistellung des Vereins Kreisgemeinschaft Elchniederung e.V. beim Finanzamt Borna erreichen konnte. Für ihr überaus engagiertes Mitwirken in der Kreisgemeinschaft wurden Gabriele Bastemeyer und Peter Westphal mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Gabriele Bastemeyer betreibt Familienforschung und hat an mehreren Büchern und Bildbänden maßgeblich mitgewirkt. Peter Westphal wurde ausgezeichnet für die vielen von ihm organisierten Busreisen in die Heimat, die sich nach wie vor großer Beliebtheit erfreuen. Bei den anschließenden Wahlen für den verstorbenen Kirchspielvertreter von Skören wurde als Nachfolger Dr. Günter Spilgies gewählt. Für Rauterskirch erklärte sich Martin Jankowski bereit, als Ersatzvertreter zur Verfügung zu stehen. Für Heinrichswalde wurde als Stellvertreter Fritz Klingsporn gewählt. Als neuer Kirchspielvertreter für Heinrichswalde stellte sich Ralf Möllering zur Verfügung. Die Wahlen erfolgten in den einzelnen Kirchspielen einstimmig, das beweist das große Vertrauen der stimmberechtigten Mitglieder an die Bewerber. Danach stellten sich die gewählten Personen einzeln vor. Im Programm-Teil wurden die Filme aus der Elchniederung gezeigt und die Homepage vorgestellt. Die verbleibende Zeit wurde für vielfältige Gespräche genutzt. Am Sonntag, 18. September, klang das Treffen mit dem Gottesdienstbesuch in der Kirche Steinhude aus.

Kalender zum Vorzugspreis

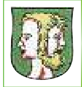
Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler“ kann ab sofort zu den bekannten Konditionen von Landesgruppen und Kreisgemeinschaften bei der LO, Bundesgeschäftsstelle, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0 vorbestellt werden.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Ulrich Demke, Mittelstr. 9a, 49143 Bissendorf. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Freitag, 14. bis Sonnabend, 15. Oktober: **59. Jahreshaupttreffen der Insterburger in Krefeld** – Gesamtprogramm: Freitag, 14. Oktober, 15 Uhr: Öffentliche Sitzung der Ratsversammlung und des Kreisausschusses im Sitzungssaal C2 im Rathaus Krefeld, Von-der-Leyen-Platz 1. Die Tagesordnung kann bei der Geschäftsstelle in Krefeld angefordert werden. Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen für Gäste im Rathaus zur Verfügung steht, wird um rechtzeitige Anmeldung in der Geschäftsstelle gebeten, Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Postanschrift: Kreisgemeinschaften Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld. ab 18 Uhr Treffpunkt Brauerei Gleumes, Sternstraße 12-13, 47798 Krefeld: Plachandern und Schabbern mit allen, die schon da sind. Sonnabend, 15. Oktober, 11 Uhr ‚Gottesdienst in der evangelischen Friedenskirche Krefeld, Mariannenstraße 106 / Luisenplatz 1, 47799 Krefeld (Zentrum). Anschließend besteht in der Kirche die Möglichkeit, in einem separaten Raum der Toten zu gedenken (dies ist während der gesamten Veranstaltung möglich). Ab 12 Uhr Mittagessen im Gemeindesaal der evangelischen Friedenskirche Krefeld, Mariannenstraße 106 / Luisenplatz 1, 47799 Krefeld, www.friedenskirche-krefeld.de, ab 14.30 Uhr Festveranstaltung_ Begrüßung, Programm mit Vorträgen und Musik sowie mundartlichen Gedichten und Geschichten mit Ursel Schubert, Carola Maschke und Bruno Romeiks. Vortrag von Frau Vohland zum Insterburger Wandteppich. Ausstellung zur Insterburger Architektur von Frau Audlind Vohland mit Gelegenheit zu Gespräch und Diskussion. Anschließend gemütliches Beisammensein und Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen. – Evangelische Friedenskirche, Mariannenstraße 106 / Luisenplatz 1 , 47799 Krefeld, Öffentliche Verkehrsmittel: Krefeld-Rheinstraße (210 m) U 70, U 76, Parkmöglichkeiten im nahe gelegenen Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Ostwall 155, 47798 Krefeld, Einfahrt Neue Linner Straße 81, geöffnet Sonnabend 8 bis 19 Uhr, Ausfahrt mit dem Parkticket ist 24 Stunden möglich. Eine Anmeldung wäre für die Planung hilfreich. Dazu können Interessierte sich gerne jederzeit mit dem Büro der Kreisgemeinschaft in Krefeld in Verbindung setzen. Telefon (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Postanschrift: Kreisgemeinschaften Insterburg e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld. (Programmänderungen bleiben vorbehalten).. Alle Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen! Auch Kinder, Enkel und Gäste, die die Kreisgemeinschaft kennen lernen möchten, sind herzlich willkommen!



LYCK

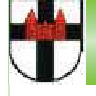
Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Lycker Kreistreffen 2011 – Am 28. und 29. August traf sich die Kreisgemeinschaft zum 56. Kreistreffen in der Patenstadt Hagen/Westfalen. Das Treffen begann mit einer Feierstunde, zu der Kreisvertreter Gerd Bandilla den Oberbürgermeister der Stadt Hagen, Jörg Dehm, den Bezirksbürgermeister Voss von Hohenlimburg, den Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, Wolfgang Freyberg sowie Pfarrer Hans-Joachim Welz begrüßte. Das „Geistliche Wort“ zur Feierstunde hielt Pfarrer Welz. Musikalisch umrahmt wurde die Feierstunde durch den Ostdeutschen Heimatchor unter dem Vorsitz von Alfons Jung und der Leitung der Chordirigentin Ingrid Struck. In seinem Grußwort versicherte der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Oberbürgermeister der Stadt Hagen der Gruppe weiterhin seine volle Unterstützung bei der Realisierung von Aufgaben in der Zukunft. In seiner Ansprache betrachtete Wolfgang Freyberg einige Aspekte zum Thema „Die Bewahrung des ostpreußischen kulturellen Erbes“. Ein Thema, das in den nächsten Jahren auch auf die Kreisgemeinschaft zukommt. Zum Treffen in der Stadthalle konnten 373 Landsleute begrüßt werden. Schnell war die Tischordnung aufgehoben und überall in der Stadthalle sah man freudige Begegnungen alter Bekannter, auch neue Freundschaften wurden geknüpft. Das Kreistreffen 2012 findet am ersten Wochenende im September statt. Ein ausführlicher Bericht über das diesjährige Treffen wird im nächsten Hagen-Lycker Brief veröffentlicht.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Ehrenzeichen für Ingrid Laufer – Das langjährige Kreistagsmitglied Ingrid Laufer wurde am 29. Januar 1936 in Ulleschen im Kreis Neidenburg geboren. Im Jahre 1998 hat Ingrid Laufer von Elli Ruhstein das Verschicken der Glückwunschkarten zu besonderen Geburtstagen übernommen. Gegenwärtig werden monatlich rund 125 Stück versandt. Das heißt, jeden Tag wird ein Spaziergang zum Briefkasten getätigt. Außerdem hat Frau Laufer im Laufe von Jahrzehnten eine Menge an Ostpreußischer Literatur beschafft und sich bestens eingelesen. Publikationen über „Flucht und Vertreibung“, „Köpfe der Heimat“ u. a. wurden von ihr erarbeitet. So ist sie nicht nur für Neidenburger, sondern darüber hinaus auch für viele andere Interessierte eine kompetente Ansprechpartnerin. Ihr umfangreicher Literaturversand erfolgt auf Nachfrage umgehend. Ferner hat Frau Laufer einigen Studenten des Germanistikstudiums mit fachbezogenen Büchern helfen können, die ihr stets anerkennend dankbar waren. Darunter sind auch polnische Studierende. Die Gruppe wünscht und hofft, dass Frau Laufer noch viele Jahre in der Kreisgemeinschaft tätig sein kann. Deshalb verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen auf Initiative der Kreisgemeinschaft Ingrid Laufer in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland das Ehrenzeichen. Anlässlich des diesjährigen Heimattreffens überreichte der Kreisvertreter die Urkunde und Ehrennadel mit allen guten Wünschen für Gesundheit und Zufriedenheit.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Ziegen im Trend

Die Kuh des kleinen Mannes trägt Gold im Fell

Meine Tante hatte einen Teil der Werkstatt ihres Mannes, der bereits seine Rente bezog und nur noch gelegentlich für Kundschaft arbeitete, zu einem Ziegenstall umfunktioniert, denn die Werkstatt lag abseits des Hauses neben der Garage. Und die Tante achtete auch darauf, ihre Schürze, die Strickjacke und ihr Kopftuch in der Freiluftgarage aufzubewahren, denn den „Duft der Ziegen“ mochte auch sie nicht im Hause haben – obgleich sie gern und immer wieder betonte, ihre Ziegen trügen „Gold im Fell“. Sie nannte sie „Angoraziegen“, schnitt ihnen im Frühjahr Bart und Mähnen ab und gerbte die abgezogene Haut, wenn die Tiere geschlachtet worden waren.

Die zarten Zicklein – so behaupten manche Leute – seien auch eine Gaumenfreude. Da will ich lieber nicht mitreden! Ich mied den Verschlag des „Stinkepeters“ schon aus der Ferne, obgleich er ja auch zur angesehenen Familie gehörte! Wenn meine Mutter ankündigte, wir wollten die Tante einmal wieder besuchen, rümpfte ich bereits die Nase. Denn schon bei dem Gedanken witterte ich den Geruch in der Nähe ihres Hauses, obgleich die kostbaren Tiere eigentlich nur in kalten Wintertagen im Stall gehalten wurden. Aber auch die Tante, die eine Freundin von „4711“ war, trug dennoch den Duft der kostbaren Tiere an Haut und Haaren. Aber Mutter beschwor mich, darüber nicht zu sprechen, denn die Tante sei doch sehr lieb. Und zudem auch eine fürsorgliche Arbeitgeberin, denn in ihrer Freizeit strickte Mutter Mützen und Schals aus der kostbaren Angorawolle von den Ziegen. Denn die wurden von Rheumakranken außerordentlich geschätzt. Denn nachdem Wolle und Strickwaren ganz vorsichtig gewaschen, gespannt und getrocknet worden waren, mochte ich mein Näschen hineinkuscheln, denn sie waren herrlich weich. Meine Mutter erzählte mir, die Ziegenböcke trügen unter ihrem Schwanzansatz eine Duftdrüse, die das eigenartige „Parfüm“ absonderte. Daraufhin betrachtete ich mir Tantes großen, schneeweißen Ziegenbock genau und entdeckte, dass die Unterseite seines kurzen Schwanzes unbehaart und rosa war.

> Die Angorawolle der Zicklein war besonders weich

„Stinkepeter“ half der Tante beim Geldverdienen. Besonders im Januar und Februar war der Ziegenbock viel beschäftigt. Dann wurde er oft von Nachbarn abgeholt, um die Ziegen der Umgebung zu decken. Ab Ende Mai sprangen dann etliche kleine weiße Zicklein herum und bewiesen, dass der „Stinkepeter“ gute Arbeit geleistet hatte.

Die Kinder im Dorf halfen schon beim Tränken der Zicklein. Die Muttertiere ließen sich gut melken, denn ihr Nachwuchs wurde per Fläschchen aufgezogen und kannte keine Muttermilch. „Meine Ziegen liefern mir bis zu 300 Liter Milch im Jahr“, sagte die Tante. „Jede?“ fragte ich ungläubig. „Ja, jedes Muttertier!“ bestätigte die Tante und hielt auffordernd ein Gläschen Ziegenmilch hin. „Trink nur, Kind, trink! Diese Milch ist nahrhaft und sehr gesund!“

Meine Mutter freute sich sehr, wenn sie beim Abschied noch etwas Ziegenbutter oder ein Stück Käse aus Tantes Molkerei mitnehmen durfte, denn ihre Freundin war ganz scharf darauf. Ich konnte dem gepriesenen Mitbringsel keinen Wohlgeschmack abgewinnen.

Heute weiß ich, dass Produkte aus Ziegenmilch und -fleisch für viele Menschen eine Delikatesse sind. Sie verbinden mit dem Genuss zugleich schöne Urlaubserinnerungen an den Balkan und den Vorderen Orient. Dort schätzt man die Ziegen noch weit mehr als bei uns und weiß schon lange aus ihrer Haut das weiche Ziegenleder zu gerben.

Archäologische Funde beweisen, dass in manchen Siedlungsgebieten vor bereits 8000 Jahren Ziegen als Haustiere gehalten wurden. Durch gezielte Erbauswahl gelang es den Menschen, besonders langhaarige Ziegen zu züchten, die wahrlich „Gold in ihrem weichen Fell“ tragen. Bei zweimaliger Schur liefert eine Angoraziege etwa fünf Kilo Mohairwolle jährlich, für die per Kilo über 50 Euro bezahlt werden.

> Ziegen wurden schon vor 8000 Jahren als Haustiere genutzt

Versuche an der Universität Hohenheim haben bestätigt, dass der Zyklus des Brünstigwerdens der Ziegen durch ein eingesetztes Lichtprogramm bei Mutter- und Jungtieren beeinflusst werden kann. Nach sechs bis acht Wochen zeigte sich bereits der Erfolg. Auch die Böcke der Herde durften das hormonsteigernde Licht „genießen“ und waren alsbald zu aktiven „Liebesfreuden“ bereit. Im Herbst danach sollen in dieser Herde der Versuchstiere 40 Lämmer geboren worden sein. – Ein Erfolg, der zum Beispiel durch den Einsatz von Gelbkörperhormonen bei Ziegen nie erreicht werden konnte. In Neuseeland bekamen Schafhalter seit 1980 finanzielle Unterstützung für das Umsatteln auf die Züchtung von Angoraziegen. Dieser Einsatz brachte ein sehr lohnendes Ergebnis.

Wenn meine Enkelkinder mich besuchen, gehen wir gern in den nahen Zoo. Eine besondere Anziehung üben dort die kleinen braunen Ziegen im Streichelgehege auf unsere Kleinen aus.

Die Tiere haben stets großen Appetit und dürfen gefüttert werden. So mancher Betrag vom Taschengeld der Kinder ist schon in den Futterautomaten gewandert. Immer wieder betteln possierliche Ziegenlämmer und ihre Mütter, während die frechen Böcke sie zu verdrängen suchen, um sogleich aus den Tüten und Taschen der Besucher zu fressen. Das Streichelgehege ist oft die spaßigste Attraktion unseres Tierparkbesuches. Meine Enkelin Katharina meinte kürzlich: „Der Zoodirektor muss reich sein! Die kleinen Ziegen arbeiten für das Eintrittsgeld und an ihrem Futter aus dem Automaten verdient er auch noch!“ *Anne Bahrs*

Mit dir kann man reden

Zögernd nahmen die Hooligans die Einladung zum Eisessen an

Sie kam von ihrem Arzt und war auf dem Weg nach Hause. „Ich muss vorsichtig fahren“, dachte sie, „sonst krieg ich wieder Schmerzen.“ Aus der naheliegenden Schule kamen die Schüler wie Ameisen aus ihrem Bau und belagerten Bushaltestelle und Straße. Viele standen in kleinen Gruppen beieinander und schwatzten. Vor ihr, direkt auf dem Radweg, lümmelten sich ein paar Jugendliche herum. Sie betätigte ihre Klingel. Keiner von ihnen rührte sich. Sie musste absteigen und wäre beinah gefallen. „Ihr habt hier auf dem Radweg nichts zu suchen“, schimpfte sie, „auf dem Gehweg ist Platz genug!“ Der Lange mit der teuren Lederjacke lachte und sagte in frechem Ton: „Da musst du eben um uns herumfahren, Oma!“ „Hab ich da richtig gehört?“ Zornig blitzte sie den Großen an. „He, was will die Alte eigentlich?“ Die Jungen fühlten sich kritisiert und das mochten sie gar nicht, jedenfalls umringten sie die ältere Dame mit ihrem Fahrrad und wollten ihr offensichtlich zeigen, wer der Stärkere sei. Sie merkte, wie wehrlos sie war, und das machte ihr Angst. Doch nun musste sie durch! „Mal langsam! Ich habe keine Lust, mich mit euch zu zanken!“ „Haste Angst bekommen, Oma?“ spöttelte ein kleiner Dikker mit ausgeprägtem Doppelkinn. Sie ging nicht auf seine Frage ein. „Ich habe zwei Enkel in eurem Alter und mit denen habe ich mich mehrmals über Hooligans unterhalten.“ Sie lachte. „Wir haben ganz schön gestritten. Ihr gehört doch auch zu denen, stimmts? Wie wär's denn, wenn ihr mir da drüben in der Eisdiele ein bisschen mehr über diese Gruppe erzählen würdet. Ich schreibe alles auf.“ „Und warum sollten wir das wohl tun, Oma?“ Der Kleine stemmte seine dicklichen Fäuste in die Seiten. „Bist doch nicht von der Zeitung. Kannste überhaupt das Abc?“ Sie johlten. „Sogar auf Englisch.“ Sie erzählte ihnen, dass sie tatsächlich früher für Tageszeitungen gearbeitet habe.

Fünf Minuten später saß sie mit den Jungen im Café. Sie waren mitgegangen, weil sie ihnen einen Eisbecher versprochen und gesagt hatte, dass eventuell etwas über sie in der Zeitung stehen würde. Einträchtig löffelten sie die süße Creme und antworteten bereitwillig auf ihre Fragen, vielleicht weil sie fühlten, dass sie ernst genommen wurden. Sie waren alle fußballbegeistert. „Faustkampf und Fußball, unser Leben!“ brüllte der Lange. Ja, sie würden sich auch manchmal mit befreundeten Gruppen prügeln. Das sei mächtig cool. „Gegen Ausländer haben wir nichts“, versicherte der Dicke, „höchstens gegen welche, die uns blöd kommen!“

> Ältere Menschen verhalten sich oft nicht besser

Keiner von ihnen klagte großartig über sein Zuhause, aber sie hörte schnell eine gewisse Enttäuschung über die Erwachsenen heraus. „Taschengeld krieg ich satt, aber gefragt werde ich nach nichts“. Der Schweigsame wurde plötzlich lebhaft: „Meine Alten wollen gar nicht wissen, wie ich in der Schule bin. Hauptsache, ich bleibe nicht hängen.“ „Du bist in Ordnung!“ Der Dicke lachte ihr anerkennend zu. Er hielt ihr seine Serviette hin. „Hier, du hast'n Sahnebart, Oma.“ „Stehen wir wirklich irgendwann in der Zeitung?“ wollte der Lange wissen. Sie nickte. „Ich habe noch Beziehungen zu einigen Redaktionen. Vielleicht klappt es. Wenn ihr nächsten Freitag wieder hierher kommt, kann ich euch mehr sagen.“ „Wie sind deine Enkel so?“ fragte ein anderer und sie musste lachen. „Nicht schlechter und nicht besser als ihr. Nur prügeln sie sich nicht gern herum, sie treiben lieber Sport. „Fußball?“ Das kam wie aus einem Munde. Sie nickte. „Der eine spielt Fußball, der andere Tennis.“

Nachdenklich sah sie ihnen hinterher, wie sie mit ihrem typischen Schritt über die Straße liefen. Der Ober räumte die verklebten Eisbecher ab und gab ihr die Rechnung. „Vorsicht, gnädige Frau, das sind Hoolis übelster Sorte. Ewig fangen sie Streit an und schon geht die Prügelei los!“ Sie legte einen Schein auf den Tisch. „Wenn sich keiner intensiv um diese Jungen kümmert, ist das doch kein Wunder.“ „Ich möchte nicht einem Einzigen von ihnen im Dunkeln begegnen“, rief ihr ein junger Mann vom Nebentisch aus zu, „die Kerle sind doch immer prügelbereit! Bei denen ist sowieso Hopfen und Malz verloren!“ Dieses Vorurteil ärgerte sie. „Wir Älteren sind bestimmt auch mit Schuld daran, dass junge Menschen auf diese Weise protestieren.“ Aber der Mann winkte ab. „Die sollen richtig arbeiten, dann vergeht ihnen schon der Protest!“

Als sie auf die Straße trat, hatte der Lange auf sie gewartet. Er zeigte zum Fahrradweg. Sie sah zwei Männer, die sich angeregt mit einer Frau unterhielten. Eine Radfahrerin musste ihretwegen absteigen. „Mitten drauf“, sagte der Junge, „so wie wir eben. Ihr Alten seid auch nicht besser!“ Sie wusste keine Antwort und er wollte wohl auch keine. „Übrigens danke für die Eisbecher! Bis nächsten Freitag!“ Er grinste. „Wir kommen aber nicht nur wegen dem Eis oder dem Bericht über die Hools.“ „Weswegen dann?“ Gespannt sah sie ihn an. Er hob die Schultern. „Damit du uns wieder die Leviten lesen kannst. – Nee, im Ernst, mit dir kann man wenigstens reden.“ *Gabriele Lins*

Überleben 1948

Stubbenroden im Kremperheider Wald

Nach unserer Flucht vor der Roten Armee im bitterkalten Winter des Jahres 1945 aus Heinrikau im Ermland war unsere Familie über und durch verschiedene Zwischenaufenthalte in Herfahrt, einem winzigen Ort bei Itzehoe, gelandet. Vater war nach langem bangen Hoffen endlich wieder bei uns. In Ostholstein war er nach unfreiwilligen Jahren als Soldat in britischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Als ehemals selbstständiger Schneidermeister hatte er sich in der Fremde sogar wieder eine kleine Schneiderwerkstatt eingerichtet. Ein handgezimmerter Schneidertisch, eine gebrauchte Anprobepuppe, eine uralte Nähmaschine gaben Vater wieder neuen Auftrieb und das angeschlagene Selbstbewusstsein zurück.

Mein Bett stand zwischen einem Stapel aufgetrennter Wehrmachtsmäntel und der alten Nähmaschine. In der Ecke die Bretterschlafstatt meiner fünfjährigen Schwester. Ein Nachbar, der Zimmermann war, hatte dafür Hand angelegt. In der anderen Ecke stand eine große Emailleschüssel mit selbst hergestelltem Kartoffelmehl. Wenn man die frisch geriebenen Kartoffeln durch ein Tuch gepresst hatte und alles lange genug stehen ließ, erhielt man diese köstliche Speisezutat. Suppen, Saucen und noch vieles mehr ließen sich dann mit dem Kartoffelmehl verfeinern.

Draußen ertönte plötzlich aufgeregtes Glockengebimmel und eine schrille Ausrufer-Stimme: „Achtung, Achtung! Morgen ab 14 Uhr kostenfreies Stubbenroden im Kremperheider Wald.“ Schon Tage vorher hatte es sich gerüchteweise herumgesprochen: Die britische Besatzungsmacht erlaubte das Roden von Stubben an einem Tag der Woche im Kremperheider Wald. Wir erfuhren es von Vaters Kundschaft, die bis nach Itzehoe und Krempe reichte.

Gerodete Stubben waren bestes Brennholz für die gusseiserne Ofenhexe und den altertümlichen, aber noch gut beheizbaren Kachelofen. Das Zerkleinern dieses begehrten Holzes machte allerdings – besonders für Ungeübte – sehr viel Arbeit. Zuerst versuchte man, große Holzkeile oder – falls vorhanden – auch Keile aus Eisen in das Stubbenholz hineinzutreiben. Ganz einfach war das nicht. Es kam auch vor, dass Holzkeile splitterten oder Stahlkeile abglitten und durch die Gegend flogen. Die Feinbearbeitung der gespaltenen Stubben erfolgte mit einer langstieligen Axt oder mit kleinen Stahlkeilen. Ganz Schlaue hatten sich für das Stubbenroden sogar herumliegende Munition von dem nahen Truppenübungsplatz „besorgt“. Dabei hatte sich ein mutiger „Stubbenroder“ gefährliche Gesichtsverletzungen zugezogen. Die Gier nach gutem Brennholz war wohl stärker als das Erkennen des gefährlichen Leichtsinns.

> Unvorsichtige zogen sich gefährliche Verletzungen zu

Es klopfte energisch an der Haustür. Schnell ging Mutter zur Tür und öffnete einen Spalt.

Ein Nachbar fragte mit lauter Stimme, ob wir auch nach Kremperheide „zum Holz holen“ mitkommen. Er hatte bereits einen Bauern gebeten, mit einem Pferdegespann die gerodeten Stubben abzutransportieren. Gegen Nachbarschaftshilfe beim anstehenden Einschlagen von Zaunpfählen auf den Viehweiden hatte sich dieser dann bereit erklärt.

Die von uns gerodeten Stubben kamen auf diese Weise bequem zu uns ins Dorf. Wir waren glücklich, denn richtiges Brennholz konnte sich ohnehin niemand leisten, damals. *Klaus Lehmann*

Zwei Fluchten

Eine Westpreußin erzählt ihr ereignisreiches Leben

Bekanntlich gibt es ein großes Qualitätsgefälle auf dem Gebiet der privaten Erinnerungsliteratur. Als ein lesenswerter und durchaus wichtiger Beitrag auf diesem Themengebiet sind die Aufzeichnungen von Hildegard Forkel-Schadow einzuordnen, die 1928 auf einem Rittergut südwestlich von Danzig geboren wurde. 1978, kurz vor ihrem 50. Geburtstag, schrieb sie für ihre Kinder und Enkel den ersten Teil nieder, der ihre Familiengeschichte, Kindheitserfahrungen und die Zeit bis zu ihrer Heirat umfasst. 1987 begann sie mit der Fortsetzung. Kürzlich sind ihre Memoiren als Buch erschienen, betitelt „Lied meines Lebens. Erlebte Zeitgeschichte 1928 bis 1968". Die lebhafte Darstellung ist umso anschaulicher, da sie mit zahlreichen Schwarzweißfotos ausgestattet ist.

Als jüngstes von neun Kindern wuchs die Autorin auf dem Rittergut Niadamowo auf, das im Gebiet der westpreußischen Seenplatte lag. Sie berichtet, ihr Urgroßvater Rißmann habe seinen Reichtum während der napoleonischen Kriege erworben, als er das preußische Heer mit Getreide beliefert\-te. Ihm gehörte das Gut Miroslav bei Schneidemühl. Hildegard war ein verträumtes, tier- und naturliebes Kind, das die Musik über alles liebte. Diese Liebe hat sie ihr Leben lang begleitet, sie wurde Konzertsängerin. Berührend sind die Schilderungen der Landschaft, der Menschen und familiärer Gepflogenheiten. Da das Gebiet im polnischen Korridor lag, lebte die deutsche Besitzerfamilie auf einer sprachlichen Insel. Mit den Gutsarbeitern, die in den Insthäusern wohnten, verständigte man sich auf Kaschubisch. In den öffentlichen Schulen wurde Polnisch gesprochen, daher erhielten die Kinder zunächst Unterricht von deutschen Hauslehrern. In dieser Hinsicht wurde ein Auge zugedrückt: „Der zuständige Herr von der Schulbehörde bekam von nun an täglich seine Milch von einer unserer Kühe ins Haus geliefert." Mit zehn Jahren kommt sie in Pension nach Danzig, um in Langfuhr die Oberschule zu besuchen. Dort beginnt ihre Leidenszeit, da ihre Pensionswirtin sie in der Schule als „nicht rein arisch" denunziert. Fassungslos macht die Häme, mit der manche Lehrer sie daraufhin überschütten und so die Hänseleien und Quälereien der Mitschüler befeuern. Über diese gehässigen Ausfälle schreibt die Autorin ohne Groll, nur die damals empfundene Angst und Traurigkeit klingt an. Schließlich nimmt ihre Schwägerin sie zu sich nach Hohensalza. Zu spät, am 20. Januar geht die Familie auf die Flucht, bei 20 Grad Frost und tiefem Schnee.

Hildegard Schadow überstand die Leidenszeit einschließlich einer schweren Krankheit. Dabei war und blieb ihre große Familie für sie eine entscheidende Stütze. Sie gelangte nach Brandenburg und trat Anfang 1946 in Weimar eine Ausbildung als Krankenschwester an. Kurz darauf erhielt sie die Gelegenheit, mit einem Stipendium ein Gesangsstudium aufzunehmen. 1948 heiratete sie Walter Forkel, einen Architekturstudenten. Er starb zehn Jahre später nach schwerer Krankheit. Gemeinsam mit ihren fünf Kindern gelang der Autorin kurz vor dem Mauerbau die Flucht in den Westen.

Abschließend sei ein Hinweis erlaubt. Nicht jedem Leser wird es behagen, dass Hildegard Forkel-Schadow durchgehend ihre Neigung zu übersinnlichen Erscheinungen thematisiert und dabei ihre Auffassung von der Wiedergeburt als Wissen darstellt. Mit der Schilderung einiger Sorgen schließt das Buch mit dem Jahr 1968 abrupt. Der anteilnehmende Leser fühlt sich daher zuletzt gleichsam im Stich gelassen.

Dagmar Jestrzemski

Hildegard Forkel-Schadow: „Lied meines Lebens. Erlebte Zeitgeschichte 1928 bis 1968", Triga, Gründau-Rothenbergen 2011, broschiert, 425 Seiten, 16,80 Euro

20-jähriges Jubiläum

Freundschafts- und Hilfswerk Ost e.V. hilft vor allem Deutschen

Im Oktober feiert das FHwO. e.V. sein 20-jähriges Bestehen. Der selbst gesetzte Auftrag war seit der Gründung, Hilfen für die noch lebenden Deutschen in Schlesien, Ost- und Westpreußen, Hinterpommern und Ost-Brandenburg zu organisieren. Das FHwO. ist ein Zusammenschluss von einheimischen und vertriebenen Deutschen aus dem Osten. Das FHwO. ist parteipolitisch neutral und konfessionsfrei. Es arbeitet mit allen volkstreuen Deutschen eng zusammen und ist somit Partner der Heimatvertriebenen und der Heimatverbliebenen. Alles, was bisher finanziell und materiell organisiert wurde, ging ohne öffentliche Hilfe. Alle Arbeiten wurden und werden ehrenamtlich geleistet, und darauf ist das FHwO. in dieser materialistisch geprägten Zeit sehr stolz. Zu den bisherigen Hilfen gehörten finanzielle Zuschüsse an Kleinstrentner sowie ehemalige Wehrmachtssoldaten, die der „Dank des Vaterlandes" bisher nicht erreichte. Jährlich wurden zirka 15 bis 20 Tonnen Sachspenden aller Art in den Osten transportiert. Ein besonderer Schwerpunkt gilt der Förderung der Jugend, die einmal die Verantwortung bei den Deutschen Freundschaftskreisen / DFK übernehmen soll. Seit zwölf Jahren lädt das FHwO. Jugendgruppen ein, die hier bei Veranstaltungen ihr Können als Volkstanz-, Gesangs- oder Musikgruppe unter Beweis stellen. Wichtig für das FHwO. ist auch die Förderung der deutschen Sprache und der gesamten Kulturarbeit bei den Verbänden, um das deutsche Brauchtum zu erhalten und weiter auszubauen. Das Jubiläum wird mit einem festlichen Verbandstag begangen. Eine Fotoausstellung zeigt die Aktivität der vergangenen zwanzig Jahre. Mit einem Klavierkonzert der sehr begabten elfjährigen Pianisten Rebecca-Freyja Krause sowie Seemanns- und Heimatliedern, gesungen von einem Shantychor, wird das Festprogramm umrahmt. Neben dem Grußwort des Schirmherrn des FHwO., des Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Kuhlmann, wird der Vorsitzende Klaus Hoffmann auf die Höhepunkte der vergangenen 20 Jahre eingehen und der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Thüringen, Dr. Ing. habil. Paul Latussek, wird den Festvortrag halten. Nähere Informationen können bei der Geschäftsstelle des FHwO. angefordert werden: FHwO. e.V., Postfach 1154, 29543 Bad Bevensen.

> Hauptaugenmerk liegt auf der Förderung der Jugend

Ch. Meyn

Ordensburgen in Itzehoe

Ausstellung zeigt ausgewählte Beispiele der historischen Bauwerke

Der Deutsche Orden, der von 1230 bis 1525 in Preußen wirkte, hinterließ Spuren, die noch heute erkennbar sind. Besonders die Burgen aus dieser Epoche sind auch heute ein wichtiger Bestandteil Preußens.

Die Ausstellung „Burgen im Ordensland Preußen" ist den Bauwerken gewidmet. Eindrucksvolle Schwarzweiß-Bilder einiger ausgewählter Beispiele der 129 Ordensburgen, wie Marienburg, Marienwerder und Allenstein, sind dort zu sehen. Die Burgen dienten unter anderem als Bischofs- und Verwaltungssitze und ihre eigenständige Architektur wurde vom Deutschen Orden entwickelt. Die hoch stehende Bau- und Bildkunst lässt sich deutlich mit ihren imposanten Gebäuden und ihrer reichen Innenausstattung belegen. Die Lage der Burgen und die Geschichte des Deutschen Ordens werden auf Info-Tafeln sowie in Büchern im Obergeschoss wiedergegeben. Laut der Leiterin der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen, Dr. Jutta Hantschmann, sehen die Itzehoer Ostpreußen die Ausstellung als einen Gruß und ein Geschenk für die in ihrer Stadt versammelten Landsleute des Kreises Preußisch Holland. Hantschmann entwarf das Vorhaben, welches dann zusammen mit den Vorstandsmitgliedern Ingrid Behn und Rosemarie Mügge ermöglicht wurde. Dank freundlicher Unterstützung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, das Bildmaterial zur Verfügung stellte, wurde das Vorhaben zum Erfolg. Die Ausstellung ist noch bis Ende November zu besichtigen nach vorheriger Vereinbarung unter Telefon (04821) 76575.

> Frauengruppe entwarf das Vorhaben

Jolana Kohler

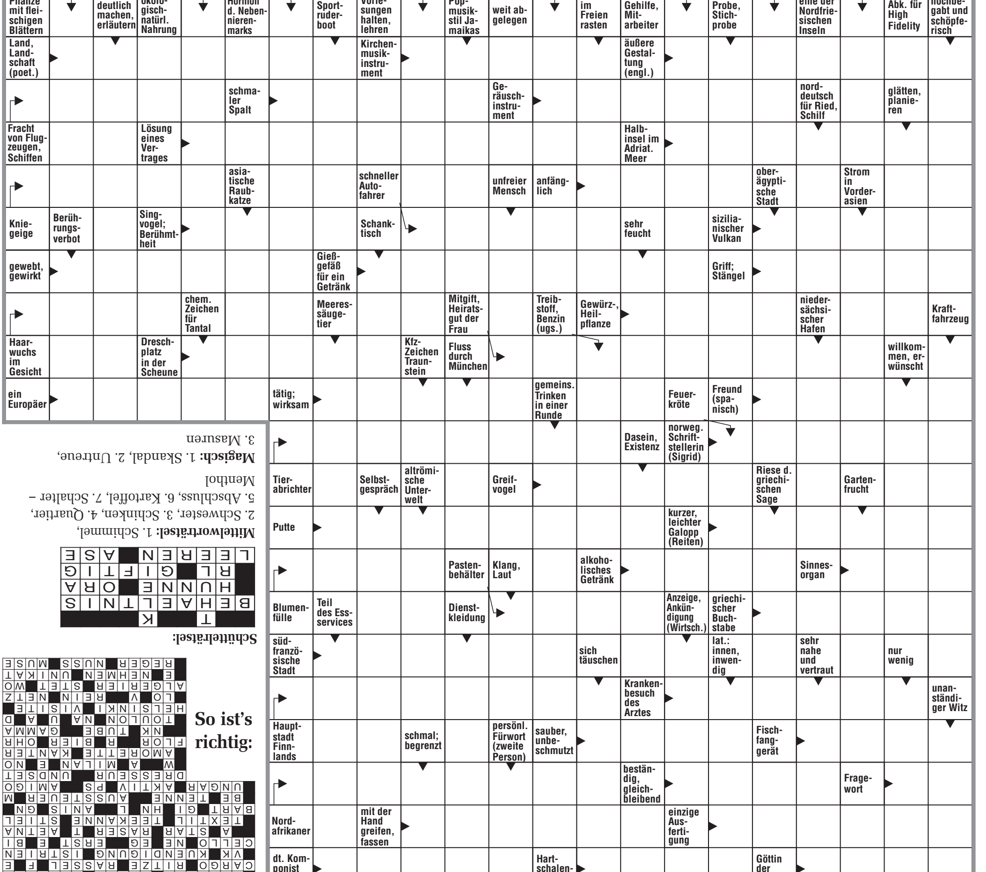
Textile Volkskunst

Landsmannschaft Ostpreußen lädt ein

Am Sonnabend, 15. Oktober, findet im Ostheim in Bad Pyrmont (Parkstraße 14) von 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr eine Ausstellung statt. Gezeigt werden die in der 57. Werkwoche nach alten Vorlagen erarbeiteten Handarbeiten.

In den Werkwochen, die seit 1969 von der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Hamburg, durchgeführt werden, wird die textile Volkskunst Ostpreußens an interessierte Teilnehmerinnen weitergegeben. Stickereien in Weiß- und Kreuzsticktechnik, Web- und Knüpfarbeiten, Handschuhe in schönen Mustern und das selbst genähte Ostpreußenkleid sind in der Ausstellung zu bewundern.

Der Eintritt ist frei.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

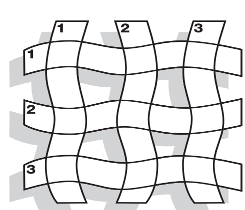
ABEEH ILNST	EEHR		EHLTU	EEGN		EIKLN	ANOT	IIRS	AEGS
EHNNU						AOR			
EEEL NR		FGGI IT							
						AES			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Bestandteil des Pfefferminzöls.

1	APFEL							REITER
2	OBER							FIRMA
3	LACHS							WURST
4	NACHT							MACHER
5	TARIF							FEIER
6	SALZ							SUPPE
7	LICHT							HALLE

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Ärgernis, Eklat
2 Vertrauensmissbrauch
3 osteuropäische Landschaft

In neuem Glanz erwacht

Neueröffnung des Samlandmuseums in Pinneberg nach zweijähriger Restaurierung

Wie Phoenix aus der Asche ist das Samlandmuseum der Kreisgemeinschaft Fischhausen in Pinneberg heute schöner denn je wieder aufgestiegen. Über zwei Jahre ist es nun schon her, dass die Mitarbeiterin der Kreisgemeinschaft Ursula Albers durch einen Anruf aus dem Feierabend aufgeschreckt wurde: „Das Bürgerhaus am Fahltskamp, in dem sich die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft mitsamt der Samlandausstellung befindet, brennt!“ Der gesamte hintere Anbau, der als Durchgang zum Hof und Sanitärbereich mit den Toiletten dient, stand in lodernden Flammen. Über das Dach des Anbaus drohten die Flammen bereits auf das Hauptgebäude überzugreifen. Die Feuerwehr schaffte es jedoch, innerhalb von zehn Minuten mit Wasser aus zwei Rohren das offene Feuer niederzukämpfen. Insgesamt war die Freiwillige Feuerwehr mit 40 Einsatzkräften vor Ort. Nur deren sofortigem Einsatz – sie war zwei Minuten nach dem Notruf zur Stelle – ist es zu verdanken, dass ein Totalverlust des Gebäudes verhindert wurde.



Freuten sich über die wiedererstandene Ausstellung: Marion Gelhaar, der Gastredner Dr. Joachim Mähnert, Kreisvertreter Wolfgang Sopha und Monika Ziegler (v. l.) Bild: Ruoff

Nach langem Warten auf den Abschluss der Restaurierungsarbeiten konnte die Kreisgemeinschaft Fischhausen nun endlich wieder mit ihrer Ausstellung in die vertrauten Räume einziehen. Dabei ist das Ausgestellte nun noch beeindruckender als vor dem Brand. Das liegt daran, dass nicht nur der überwiegende Teil der rund 2000 Sammlungsstücke gerettet werden konnte, sondern darüber hinaus weitere Exponate hinzugekommen sind. So hat Wilhelm Tuschewitzki anlässlich der Neupräsentation der Samlandausstellung aus seinem und dem Privatbesitz seiner verstorbenen Frau Herta Bernstein Tischdekken, Puppen, Teppiche und Trachten zur Verfügung gestellt.

Der große Raum im Erdgeschoss des Bürgerhauses war sehr gut gefüllt, als an einem wunderschönen Sonnabendmorgen, eingebettet in das diesjährige Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Fischhausen, das Samlandmuseum mit einem kleinen Empfang wiedereröffnet wurde. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Kreisvertreter Wolfgang Sopha. Bei der obligatorischen Begrüßung galt sein besonderer Gruß außer den anwesenden Vertretern der kommunalen Politik sowie befreundeter Organisationen und Institutionen naturgemäß den in Uniform erschienenen Repräsentanten der Freiwilligen Feuerwehr, die mit ihrem engagierten Einsatz seinerzeit Schlimmeres verhindert hatten. Der Museumsbrand bildete denn auch den inhaltlichen Schwerpunkt von Sophas Worten.

> Ausstellung noch beeindruckender als vor dem Brand

Ihm folgte die Ansprache des Gastredners dieses Wiedereröffnungsaktes, des Direktors des Ostpreußischen Landesmuseums Joachim Mähnert. Gleich zu Beginn integrierte er sich in den Kreis seiner Gastgeber mit dem launigen Hinweis, dass seine Mutter eine gebürtige Samländerin ist. Zügig ging Mähnert dann auf das politische Umfeld ein. Er verwies auf den traurigen Umstand, dass der Fortbestand der Patenschaft durch den Patenkreis Pinneberg heutzutage keine Selbstverständlichkeit darstelle. Letzteres gelte auch für den Wiederaufbau der Heimatstuben, den er als „ein beeindruckendes und selbstbewusstes Manifest der Vitalität ostpreußischer Identifikation“ bezeichnete. Dabei hob er hervor, dass die aus durchaus verständlichen Gründen so gerne gepriesene erfolgreiche Integration der Vertriebenen auch eine Schattenseite hat, einen „Preis“, wie er es nannte: „eine Art zweiter Verlust Ihrer Heimat“. Das Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung dürfe aber nicht „Vergessen oder Bedeutungslosigkeit der einstigen Herkunft“ heißen, mahnte er.

Hier nun schlug der Gastredner den Bogen zu seinem Haus als einem Bewahrer ostpreußischer Kultur. Die nun folgende Vorstellung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich seiner Zukunftspläne entbehrte nicht der Eigenwerbung und mündete schließlich in der herzlichen Bitte um Unterstützung, „mit Werbung, mit politischem Druck, mit Schenkungen, Spenden und Erbschaften“.

Der letzte Beitrag des örtlichen Landrates war leider überschattet von einem Schwächeanfall eines der Teilnehmer. Die Wärme und die Enge durch die grundsätzlich ja durchaus begrüßenswerte hohe Zahl der Gäste waren wohl zu viel für den Mann. Notarzt und Krankenwagen mussten gerufen werden. Zum Glück konnte der Patient noch am selben Tag aus dem Krankenhaus, in das er gebracht wurde, wieder entlassen werden. Das konnten die Anwesenden zu diesem Zeitpunkt allerdings nur hoffen, und so bekam denn in dem Trubel auch kaum einer mit, als nach den Worten des Landrats das obligatorische Band am Treppenzugang in das obere Stockwerk mit den Ausstellungsräumen durchtrennt wurde.

Nachdem der Patient abgeholt und die Aufregung sich gelegt hatte, nutzten die Anwesenden die Gelegenheit zu einem ausgiebigen Rundgang durch die Ausstellungsräume. Noch lange herrschte buntes Treiben in dem sehenswerten Museum.

Manuel Ruoff

Schülerwettbewerb

Rund um Hanse und Bernstein

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus nahm die Preisverleihung im Landeswettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn“ – Teilnehmer entdekken die Schätze der Ostsee – vor. Ein Stadtportrait von Königsberg als Stadt der Hanse, ein Theaterstück über die Ostsee mit einer begehbaren Kogge als Kulisse, eine Schmuckkollektion aus Naturzucker als Bernsteinkopie und Zeitzeugenbefragungen von Russlanddeutschen – diese Beispiele spiegeln die Vielfalt und den Einfallsreichtum der Beiträge wider, die in Memmingen auf der Abschlussveranstaltung des Landeswettbewerbs „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn. Wir in Europa“ ausgezeichnet wurden. Das Rahmenthema der Wettbewerbsrunde im Schuljahr 2010/2011 lautete „Der Schatz der Ostsee“. Schülerinnen und Schüler aller Schularten und Altersstufen waren aufgerufen, sich im Rahmen eines Wissensquiz und/oder eines Kreativwettbewerbs mit der Kultur und der Geschichte der südlichen Ostseeanrainer auseinanderzusetzen. Im Vordergrund standen dabei unterschiedliche Epochen und Themenfelder der Geschichte. Die mittelalterlichen Handelsbeziehungen der Hanse, der kulturelle Austausch zwischen dem Osten und der Mitte Europas fanden sich ebenso in den Aufgaben wieder wie die Zeit der Weltkriege und die Verbrechen, die im Namen totalitärer Regime begangen wurden.

> Gemeinsame historische Wurzeln entdecken

Ziel des Wettbewerbs ist es, an die gemeinsamen kulturellen und historischen Wurzeln zu erinnern, die Versöhnung und Verständigung zwischen den Ländern zu fördern und einen Beitrag zur Entwicklung eines gemeinsamen Europa zu leisten. Ministerialdirigentin Elfriede Ohrnberger als Vertreterin des Kultusministeriums betonte im Rahmen der Preisverleihung: „Der Wettbewerb stellt die Bedeutung des Miteinanders in Europa in den Vordergrund und leistet damit über die Erinnerung an die Vergangenheit einen wichtigen Beitrag für die Zukunft. Die prämierten Arbeiten zeigen, dass es den Schülerinnen und Schülern gelungen ist, beiden Ansprüchen des Wettbewerbs gerecht zu werden: der Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Erfassung der Bedeutung der europäischen Integration.“

Träger des Landeswettbewerbs ist das bayerische Kultusministerium. Das Projekt wird vom Haus des Deutschen Ostens unterstützt und durch die Verbände der Vertriebenen in Bayern begleitet. Der Wettbewerb wird alle zwei Jahre schulartübergreifend in vier Altersstufen durchgeführt. Die Themen in früheren Jahren waren beispielsweise „Böhmen und Mähren“, „Auf der Suche nach dem Schlesischen Himmelreich“ und „Europa im Karpatenbogen“.

An der diesjährigen Wettbewerbsrunde haben 9213 Schüler teilgenommen. Im Bereich des Kreativwettbewerbs wurden insgesamt 125 Projekte eingereicht. Besonders erfreulich ist die Beteiligung von Schulen aus dem osteuropäischen Ausland, zum Beispiel aus Rumänien, Ungarn, Polen oder der Russischen Föderation, die sich so mit der Geschichte des Landes auseinandersetzen. So stammt im Bereich des Kreativwettbewerbs jedes fünfte Projekt von osteuropäischen Schulen.

Ein Teil der Beiträge betraf auch Themen, die sich direkt mit Ostpreußen befassten. Dafür wurden in Memmingen unter anderem folgende Gewinner ausgezeichnet: Mittelschule Durach – Außenstelle an der Volksschule Sulzberg: „Backsteinkirchen an der Ostsee“, Zespól Szkolno-Przedszkolny w Zlotnikach: „Königsberg – die Hansestadt“, Augustinus-Gymnasium Weiden: „Eine Recherche über das Zugunglück bei Grünhagen im Kreis Preußisch-Holland in Ostpreußen am 22. Januar 1945“, Publiczne Gimnazjum w Walcach: „Das Bernsteinzimmer – der verlorene Schatz“ und „Nicolaus Copernicus – der große Entdecker“, Publiczne Gimnazjum Nr 2 w Krapkowicach: „Nicolaus Copernicus - Lebenslauf“ und „Wilhelm Gustloff – Geschichte des Schiffes“, Publiczna Szkola Podstawowa w Piotrówce: „Die Geschichte Ännchens von Tharau“. *Manfred E. Fritsche*

Weinstock überstand Feuer und Kriege

Marburg an der Drau wird neben dem portugiesischen Guimarães Kulturhauptstadt 2012

Marburg an der Drau wird Europäische Kulturhauptstadt 2012. Die zauberhafte Altstadt und ein rekordverdächtiger Weinstock locken schon jetzt Besucher aus aller Welt an.

Rekordverdächtig sieht das beschauliche Städtchen Marburg an der Drau nicht aus: Die roten Ziegeldächer der Altstadt leuchten aus der grünen Hügellandschaft der südlichsten Alpenausläufer. Die Innenstadt mit ihren Bürgerhäusern aus der österreichisch-ungarischen k.u.k.-Zeit ist inzwischen weitgehend renoviert. Dazwischen erinnern wuchtige graue Betonklötze und mehr oder weniger abbruchreife Altbauruinen an die realsozialistische Stadtplanung des untergegangenen Jugoslawien. Und doch hat es Marburg an der Drau – neben Guimarães, eine Stadt im Norden von Portugal, die Europäische Kulturhauptstadt 2012 – vor sieben Jahren mit einer einmaligen Attraktion ins Guinessbuch der Rekorde geschafft: An einem unscheinbaren Haus wächst der älteste Weinstock der Welt. Für Jernij Lubej ist er eine Frau und ein absolutes Phänomen: „Sie ist schon in ihrem neunten Leben“, schwärmt der Museumsführer von der Sehenswürdigkeit in Marburg an der Drau, die es bis ins Guinessbuch der Rekorde geschafft hat. Der älteste Weinstock der Welt, auf Slowenisch wohl weiblich, klammert sich seit 450 Jahren mit mächtigen Armen an eine unscheinbare Hauswand in Marburgs ältestem Viertel, dem Lent. Feuer, Krieg, Reblaus, alles hatte sie überlebt, bis es 1982 fast um sie geschehen wäre. Gerettet hat die Rebe Tone Zafosnik mit einem, wie er sagt „chirurgischen Schnitt“. Der ältere, stille Herr tritt bescheiden auf. Er habe jahrelang in ganz Slowenien beobachtet, wie die Weinbauern ihre Pflanzen hegen, und die Weinsorten studiert. So habe er eben „viel Erfahrung“ gesammelt, auch mit der Sorte Blauer Köllner, zu der die Wunderrebe gehört. Seitdem gedeiht der uralte Weinstock wieder und mit ihm der Tourismus. Wer nach Marburg an der Drau kommt, bestaunt das Naturwunder und besucht das neue von der Stadt eingerichtete Weinmuseum. Normalsterbliche dürfen den Wein der Wunderrebe ansehen: hinter Glas in einer kleinen Flasche. Die Stadt verschenkt Kostproben an besondere Gäste wie den damaligen US-Präsident Bill Clinton oder den Kaiser von Japan.

Drei Weinstraßen beginnen in Sloweniens zweitgrößter Stadt. Der Weinkeller der Vinag ist angeblich der größte Mitteleuropas. Auf drei Kilometern reihen sich Flaschen und Fässer unter der Erde. Darüber, auf dem Schlossplatz und in den zur Fußgängerzone aufgewerteten, kopfsteingepflasterten Altstadtgassen, genießen an den vielen lauen Sommerabenden Einheimische und Touristen in den Straßencafés, was ihre Winzer keltern. Im Winter gehen viele gleich nach der Arbeit zum Skifahren. Nur sechs Kilometer vom Zentrum locken im Pohari-Gebirge zwölf Kilometer lange Pisten. Viele davon sind nachts beleuchtet.

„Wir sind sehr offen hier, man grüßt sich auf der Straße und fragt, wie es geht“, erzählt Marinka Kosar. In Marburg an der Drau geboren und aufgewachsen, hat sie „immer hier gelebt“ und wollte auch nie weg. Sie betreibt ein Reisebüro und organisiert für auswärtige Gruppen Aufenthalte in der Region. Die fröhliche 50erin schwärmt von sozial gemischten „Stammtischen, an denen jederzeit ein Arbeitsloser und ein Anwalt einträchtig gemeinsam Fußball schauen und über Politiker schimpfen“, vom exzellenten Orchester, der Oper, dem Theater, dem einzigen Profi-Ballett Sloweniens oder der Carmina Slovenica, „einem der besten Mädchenchöre der Welt“. Tatsächlich kann sich das Kulturangebot der rund 100 000-Einwohner-Stadt sehen lassen. Jedes Jahr im Juli verwandeln sich die Altstadt und das Ufer der Drau in ein riesiges Konzert- und Spektakelgelände.

Das Lent-Festival zählt zu den größten und bekanntesten Südosteuropas mit zahlreichen Konzerten, Workshops und Straßentheateraufführungen. „Wir lassen uns in Marburg an der Drau unseren Optimismus nicht nehmen“, versichert Marinka Kosar – trotz Wirtschaftskrise und auf 20 Prozent gestiegener Arbeitslosigkeit.

Die Stadt steht zu ihrer Geschichte: Straße der Partisanen heißt nach wie vor die wichtigste Verbindung zwischen Bahnhof und Innenstadt, die vierspurige Titostraße zweigt davon ab und jenseits der alten Brücke beginnt die Straße der Revolution. Als Slowenien noch zu Jugoslawien gehörte bauten die Arbeiter in den Fabriken der Stadt Lastwagen und Busse, gossen Stahl und Eisen. Im 19. Jahrhundert hatte die Eisenbahn die ersten Industriebetriebe ins damals österreich-ungarische Marburg an der Drau gebracht. Nach der Unabhängigkeit Sloweniens mussten die meisten Fabriken aufgeben.

Überall in Marburg an der Drau finden sich noch die Spuren des real existierenden Sozialismus. Direkt vor dem Schloss erinnert ein wuchtiges Siegesdenkmal an den Zweiten Weltkrieg. „Kojak“ nennen die Einheimischen die von Bronzestreifen überzogene haushohe Weltkugel, die an eine Glatze erinnert. Im ärmeren Süden der Stadt, jenseits der Drau, hat die jugoslawische Armee ein riesiges Areal mit Schuppen und Hallen hinterlassen.

Junge Leute besetzten 1994 die ehemalige Brotfabrik der Militärs. „Pekarna“, Bäckerei, heißt das autonome Kulturzentrum mit Kneipe, Büros, Club, Konzertsaal und Übungsräumen für Bands in den bunt besprühten, ehemaligen Armeebauten. Die chronisch klamme Stadt, der das Gelände inzwischen gehört, kommt mit dem Renovieren der altersschwachen Gebäude kaum hinterher.

Robert B. Fishman

Unter dem Motto „Pure Energy“ trägt Marburg an der Drau zusammen mit den Nachbarstädten Ptuj, Velenje, Muska Sobota, Novo Mesto und Slovenij Gradec im kommenden Jahr den Titel Europäische Kulturhauptstadt 2012.





Marburg an der Drau: Malerische Altstadt und der älteste Weinstock der Welt mit Gedenktafel ziehen Touristen an Bilder: Archiv

In Kürze

Helsinki Design



Vase von Alvar Aalto Bild: Archiv

In diesem Jahr steht die finnische Stadt Turku als eine der Europäischen Kulturhauptstädte im Fokus des Interesses. Bereits ein Jahr später richten sich die Augen wieder nach Finnland, dann nämlich wenn die Hauptstadt Helsinki sich mit dem Titel „Designhauptstadt“ schmücken darf. Nach Turin 2008 und Seoul 2010 wurde sie zur „World Design Capital“ gekürt. Das

Bunte Fröhlichkeit auch für Prominenz

Motto lautet „Open Helsinki“. Kein Wunder, denn in Helsinki ist Design allgegenwärtig und hat eine lange Tradition. Der Architekt Alvar Aalto, der unter anderem die Finlandia-Halle schuf, kreierte meist gemeinsam mit seiner Frau Aino zeitlos schöne Haushaltsgegenstände, wie etwa die Savoy-Vase für Iittala oder Möbel von zeitloser Ästhetik und Langlebigkeit. Auch der Name Marimekko führt nach Finnland. Die bunte Fröhlichkeit beeindruckte auch die Prominenz. So trug schon Jacqueline Kennedy ein schlichtes pinkfarbenes Kleid der finnischen Marke während der Präsidentschaftskampagne. Auch heute arbeiten viele junge Designer in der finnischen Hauptstadt und beweisen, dass Helsinki ein kreativer, bunter, weltoffener Standort ist. *os*

Unvergängliche Gartenträume

Ausstellung auf der Festung Ehrenbreitstein führt auf Spuren des preußischen Landschaftsarchitekten Peter Joseph Lenné im Rheinland

Fast ein halbes Jahrhundert prägte der Gartenkünstler und Landschaftsarchitekt des deutschen Klassizismus Peter Joseph Lenné die Gartenkunst in Preußen. Er gestaltete weiträumige Parkanlagen preußischer Schlösser im klassisch-englischen Landschaftsstil. Dem 1789 in Bonn geborenen und 1866 in Potsdam verstorbenen Gartenkünstler ist jetzt die Sonderausstellung „Eine Gartenreise im Rheinland“ auf der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz gewidmet. Die Schau erstreckt sich über ein ganzes Stockwerk

Parks in Berlin und Potsdam entworfen

der Festung, wurde anlässlich der in diesem Jahr in Koblenz stattfindenden Bundesgartenschau eingerichtet und ist auch darüber hinaus zu besichtigen.

Lenné, der als königlich-preußischer Gartendirektor tätig war, prägte maßgeblich Parks und Gartenanlagen im Raum Berlin-Potsdam. Doch sind auch in anderen Teilen Deutschlands viele Zeugnisse seines Wirkens zu entdecken, die jedoch weniger bekannt sind. So etwa auch im Rheinland, wo sich bedeutende Spuren befinden, die in der „Gartenreise“-Ausstellung in den Fokus gerückt werden. Der Einfluss von Lenné auf die gesamte Entwicklung der Gartenkultur im Rheinland war groß und viele seiner in der Schau gezeigten Parkanlagen sind bis heute als Kulturdenkmale erhalten.

Anhand von Text- und Bildtafeln werden wichtige Etappen aus dem Leben des Landschaftskünstlers hervorgehoben, der aus einer Gärtnerdynastie stammte. Interessant ist beispielsweise, dass Lenné seine Gärtnerausbildung bei seinem Onkel Joseph Clemens Weyhe dem Älteren in Brühl erhielt. Somit war er schon früh mit den barocken Parkanlagen von Schloss Augustusburg und Schloss Falkenlust vertraut, die er später nach eigenen Plänen umgestaltete und die heute noch seine Handschrift tragen. Die Brühler Gartenanlagen sind übrigens mit mehreren Bildmotiven in der Schau berücksichtigt worden.

Erinnert wird unter anderem an das Jahr 1842, als Lenné im Auftrag König Friedrich Wilhelms IV. den Koblenzer Schlossgarten entworfen hat. Ein weiterer Meilenstein ist das Jahr 1854, als der General-Gartendirektor der königlich-preußischen Gärten maßgeblich die Gestaltung der Koblenzer Rheinanlagen verantwortet hat.

Ein Schwerpunkt der Ausstellung informiert über den Landschaftspark und die fünf Gärten von Schloss Stolzenfels bei Koblenz, die auf Peter Joseph Lenné zurückgehen. An diesem Beispiel wird eindrucksvoll demonstriert, wie es dem preußischen Gartendirektor gelungen ist, durch seine kreativen Umfeldgestaltungsarbeiten das neugotisch-romantische Schloss stimmungsvoll in Szene zu setzen.

Die „Gartenreise“ führt den Besucher auch zu anderen herausragenden Wirkungsstätten des preußischen Landschaftsarchitekten, wie beispielsweise zum Kurpark Bad Neuenahr und zur „Flora“ in Köln, die übrigens das letzte bedeutende Projekt des Gartenkünstlers war. Abgerundet wird die Präsentation durch einen Abstecher zu den Lenné-Gärten in Aachen.

Bei einem Rundgang durch die mit Licht und Schatten kunstvoll „inszenierten Gartenträume“ fallen die vielfältigen Sichtachsen auf, die als charakteristische Merkmale von Lennés Landschaftsgestaltung hervorgehoben werden. Anhand der Pläne, Bilder und Modelle ist festzustellen, dass der Gartenkünstler die Sichtschneisen als Ausgangspunkt für die Anlage verschlungener Wege und Gartenflächen nahm.

Die interessante Ausstellungsarchitektur vermittelt den Eindruck natürlicher Weite, in der die stimmungsvollen Bilder und die großformatigen Reproduktionen von historischen Stichen ins rechte Licht gerückt werden.

Zur Präsentation „Peter Joseph Lenné – Eine Gartenreise im Rheinland“ ist ein reich illustrierter Begleitband erschienen, in

Durch Bilder und alte Stiche informiert

dem neue wissenschaftliche Erkenntnisse über das Wirken des preußischen Gartenkünstlers in seiner rheinischen Heimat aufgezeigt werden. Die von der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz/Landesmuseum Koblenz, Buga 2011 GmbH, herausgegebene Publikation (im Museum 19,95 Euro) schließt eine Forschungslücke und verweist nicht zuletzt auf die engen Bindungen des Menschen und Künstlers Lenné an diese Region.

Dieter Göllner



Gartenkunst: Die Ausstellung zeigt verschiedene Beispiele Bild: Göllner

Mord ohne Leiche

Ehemaliger Mönch ermittelt

Zur Freude der Leser lässt der deutsche Krimi-Autor Friedrich Ani in „Totsein verjährt nicht“ den ehemaligen Mönch Polonius Fischer erneut ermitteln. Nach „Idylle der Hyänen“ gelingt es dem Autor auch hier, dass der Leser voller Spannung die Ermittlungen des nachdenklichen und vom Charakter her recht eigenwilligen und schweigsamen Hauptkommissars Fischer begleitet.

„In Totsein verjährt nicht“ wird Polonius Fischer mit seiner Vergangenheit konfrontiert. Mit Unbehagen und Unwillen erinnert sich der Kommissar, wie man ihn als Einsatzleiter des Sondereinsatzkommandos „Soko Scarlett“ schmachvoll abgesägt hatte. Als angeblichen Mörder der spurlos verschwundenen 13-Jährigen verhaftete man einen geistig zurückgebliebenen jungen Mann, den Fischer zwar stets in seine Ermittlungen mit einbezogen, aber nie für einen Mörder gehalten hatte. Der nie überführte Täter wurde verurteilt und Fischer prallte von nun an auf das Vorurteil, einen Täter nicht mal zu erkennen, selbst wenn er sich auf dem Silbertablett präsentieren würde. Fischer selbst glaubt bis heute nicht, dass der junge Mann die nicht auffindbare Scarlett getötet hat.

Und so ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass sich der ehemalige Geistliche verbotenerweise erneut in die Ermittlungen stürzt, als er einen Tipp erhält, dass die angeblich ermordete Scarlett, sechs Jahre nach ihrem Verschwinden, gesehen worden sei. Wie Sirup, zähflüssig und klebrig ziehen sich Fischers Ermittlungen nahezu quälend in die Länge. Doch wie die Fliege beim Sirup, so kann auch der Leser hier nicht vom Krimi lassen.

Parallel zu seinen eigenen Ermittlungen läuft die Fahndung nach den brutalen jungen Männern, die seine Freundin Ann-Kristin während ihres Dienstes in ihrem Taxi verprügelt und ausgeraubt haben. Ann-Kristin liegt seitdem im Koma und nicht mal das Kruzifix in seinem Allerheiligsten, seinem eigenen Verhörraum im Kommissariat, vermag es, den kauzigen Ex-Mönch Trost zu spenden.

Vermeintlich Tote taucht plötzlich auf

„Er lag auf dem Bett, mit verschränkten Armen ... Neben sich hatte er zwei Fotos gelegt, auf die linke Seite ein Farbfoto von Ann-Kristin, ... Rechts neben ihm lag das Schwarzweißfoto eines etwa achtjährigen Mädchens, dessen Augen unwirklich blau schimmerten und dessen Gesicht ernst und verschlossen wirkte. Das Mädchen hieß Scarlett ... Wieso er ihr Foto aus dem Kommissariat mitgenommen hatte, konnte er sich nicht erklären, genauso wenig, wieso er die beiden Fotos überhaupt neben sich gelegt hatte. Das eine hatte mit dem anderen nichts zu tun. Nicht das Geringste ...“

Undurchschaubar, nicht gerade umgänglich, aber dafür etwas rätselhaft und verwegen, stets in seinen dunklen Lodenmantel gehüllt, den Stetson tief in die Stirn gezogen, so kommt Friedrich Anis zweiter Münchner Kommissar Polonius Fischer daher. „Totsein verjährt nicht“ ist Anis vorerst letzter Krimi des „Polonius-Fischer-Zyklus“. *Vanessa Ney*

***Friedrich Ani: „Totsein verjährt nicht“**, dtv, München 2011, broschiert, 288 Seiten, 8,95 Euro*



Gleichstellung um jeden Preis?

Frauen in der Bundeswehr – Wunsch und Wirklichkeit

Ist der Einsatz von Frauen in den Streitkräften um jeden Preis gerechtfertigt? Dieser Frage widmet das Institut für Staatspolitik die Broschüre „Frau und Soldat“ in seiner Wissenschaftlichen Reihe „Krieg und Krise“. Nach einer Einleitung über die Wehrpflicht und einem inzwischen veralteten Exkurs über den damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wird die Chronik des tragischen Unfalls einer jungen Soldatin auf dem Segelschulschiff „Gorch Fock“ und dessen Darstellung in den Medien untersucht. In der Berichterstattung wurde zwar viel schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit gewaschen, die Frage, inwieweit Frauen überhaupt für den Dienst an Bord eines Kriegsschiffes geeignet sind, blieb jedoch ungestellt.

Der Weg für Frauen in die Bundeswehr war steinig, war ihnen doch der Dienst an der Waffe durch das Grundgesetz untersagt. Da Sanitäter Nichtkombatanten sind, wurde dieser Bereich für Frauen ab 1975 und später auch der Militärmusikdienst geöffnet. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes verstieß der Ausschluss der Frauen vom Waffendienst gegen den Gleichheitsgrundsatz, und so sind seit 2001 alle Verwendungen der Bundeswehr für Frauen geöffnet. Seither steht der Einsatz von Frauen in den Streitkräften im Interesse der Medien und wird kontrovers diskutiert, wobei es meistens um den Geschlechterkonflikt geht.

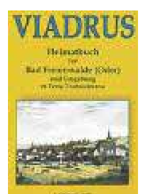
Männliche Soldaten tragen die Konsequenzen

In diesem Aufsatz stehen jedoch die biologischen und soziologischen Aspekte im Vordergrund. Wie auch im Sport selbstverständlich die Gegner nach Geschlechtern getrennt gegeneinander antreten, weil die körperlichen Voraussetzungen zu unterschiedlich sind, wird hier aufgezeigt, dass die körperlichen Fähigkeiten von Frauen aufgrund von biologischen Tatsachen denen der Männer unterlegen sind. Für die gemeinsame Ausbildung bedeutet das eine erhebliche Leistungsdiskrepanz, die wiederum später im Einsatz die Verwundungs- und Verletzungsgefahr bei den Frauen begünstigt. Auch bei einer Schwangerschaft müssen Frauen auf ruhigere Dienstposten versetzt werden. Dieses Ungleichgewicht führt dazu, dass männliche Soldaten körperlich mehr leisten müssen beziehungsweise häufiger in den Einsatz gehen. Wenn die fehlende Berücksichtigung der körperlichen Eignung dazu führt, dass wie auf der „Gorch Fock“ eine Kadettin mit einer Körpergröße von 1,59 Metern in den Tod stürzt, sollte hier ein Umdenken jenseits der ideologischen Gleichmacherei stattfinden.

Auch die Erfahrungen anderer Armeen werden ausgewertet, wo keineswegs eine völlige Freigabe aller Verwendungen für Frauen üblich ist, und auch langjährige Erkenntnisse über die Geschlechtermischung vorliegen, ist die nicht nur positiv bewertet werden.

Die „Gleichstellung um jeden Preis“ sollte also kritisch hinterfragt werden. Wer an unbequemen Aussagen jenseits der von der Politik vorgegeben Meinung interessiert ist, sollte diese Broschüre lesen. *Britta Heitmann*

***Institut für Staatspolitik (Hrsg.): „Die Frau als Soldat. Der ‚Gorch Fock‘ Skandal, Minister zu Guttenberg und der Einsatz von Frauen in den Streitkräften“**, Bezug über IfS, Rittergut Schnellroda, 06268 Steigra oder www.staatspolitik.de, 40 Seiten, 5 Euro*



Geliebte Heimat

Bad Freienwalder überzeugen mit einem Buch über ihre Region

„Heimatbücher“ sind in aller Regel schlicht gemacht, aber was da von der Oder kommt, ist mit Blick auf Druck, Texte und Illustrationen von staunenswerter Qualität. Da wollten die Buchmacher wohl dem Vorurteil begegnen, dass in ihrer Region „Deutschland aufhört und Polen nicht recht beginnen will“. Für sie sind die „widerspenstige“ Oder und ihr Flussgott Viadrus Symbole einer transnationalen Verbindung, die die Brüche von 1945 nicht leugnen, sie aber in ein neues Regionalbewusstsein überführen möchte.

Ort des Geschehens ist „Transoderana“, vormals „Grenzmark Posen-Westpreußen“, „Lebuser Land“, heute Begegnungsstätte von deutschem fernen Osten und polnischem wilden Westen und Ort, wo Lehrer von beiden Oderseiten gemeinsame Unterrichtsprojekte ausknobeln, in denen Vergangenheit und Gegenwart „neu gedacht“ werden. Oder neu gemacht, wie von jener Berlinerin, die 1993 im Schloss Tamsel [Dabroszyn] Kaffee trinken wollte, keinen bekam und folglich selber ein Café aufmachte, zuerst von Polen beargwöhnt, aber von polnischen Kindern begrüßt.

Als *PAZ*-Autor schaut man mit „verwandtschaftlichem“ Interesse, was die Freienwalder so beackert haben: Romanze von Hohenzollern – Prinz Wilhelm mit Fürstentochter Elisa Radziwill, Biografie des Stettiner Malers Ludwig Most, Chamisso-Gesellschaft in Kunersdorf, eine literaturhistorische Studie „Breslau und die Oder“ und weiteres aus unserem „Beritt“.

Daneben stehen zahlreiche Aufsätze, die 41 Autoren in schönster Themenvielfalt beigesteuert haben: Landeskunde die Oder auf und ab, Regionalgeschichte, alte Legenden (in Latein mit deutscher Übersetzung), Berufstraditionen (besonders zu Schmieden), Militaria über „blaue“ Dragoner, Denkmäler und Soldatengräber aus beiden Weltkriegen und vieles mehr, darunter auch Rara et Curiosa, wie etwa „Der letzte Freiwalder Hexenprozess“ 1644 oder die Story vom „Schwarzbau“ in Wriezen, der Tankstelle, die Bürgermeister Lösler „ohne staatliche Genehmigung“ 1978 bauen ließ.

Auch wer mit Mark Brandenburg, Oder und Uckermark nichts am Hut hat, sollte in diesem Heimatbuch blättern und die Fülle der Illustrationen bestaunen: alte Atlanten, Postkarten, Diplome, Reproduktionen von Gemälden, Baupläne, Fotos von Kirchen und Festumzügen. Wie die Kulturhistoriker sagen: Kleinstädte haben ein besonders reges Geistesleben! *Wolf Oschlies*

***Heiko Walther-Kämpfe, Ernst-Otto Denk (Hrsg.): „Viadrus. Heimatbuch für Bad Freienwalde (Oder) und Terra Transoderana“**, Bad Freienwalde 2011, 9 Euro*



Von Russland nach Königsberg

Juden zog es nach Ostpreußen, wo der Handel blühte

Im „Dreiländereck“ zwischen Polen, Litauen und dem heute zu Russland gehörenden Gebiet um Königsberg lebten bis 1940/41 auf preußisch-deutscher und litauischer Seite außer Deutschen und Litauern auch Polen, Russen, Roma und Litvaks, litauische Juden. Letztere siedelten seit Ende des 14. Jahrhunderts im Gebiet der unteren Memel und weiter südlich entlang der ostpreußisch-litauischen Grenze. Nach dem Erlass des Toleranzedikts von 1812 etablierten sich Litvaks und Juden aus Westpreußen vermehrt in Ostpreußen, erwarben Staatsbürgerrechte und gründeten Gemeinden. Im östlichen Grenzland ließen sie sich vor allem in den kleinen Städten nieder. Die Juden begriffen diesen Lebensraum als Chance, da sie als Kaufleute und Makler mehrsprachig und mobil waren sowie über Netzwerke verfügten. Ihr Tätigkeitsbereich war der grenzüberschreitende Handel, insbesondere der Holzhandel. Ihre Rolle wurde seit Ende des 19. Jahrhunderts zurückgedrängt, als mehr Akteure von der Grenze profitierten. Der Erste Weltkrieg war ein Krieg mit Juden gegen Juden. Die Grenze verschob sich nach Westen, die Grenzkultur war zerstört.

Die Geschichte einer Grenze unter dem Blickwinkel der jüdischen Bevölkerung ist ein neuartiger Ansatz, um über Phänomene wie Zu- und Auswanderung, Transnationalität, Vielvölkergemisch und Nationalismus zu forschen. Dieser weitläufigen Thematik hat sich die 1958 in Prenzlau geborene Osteuropahistorikerin Ruth Leiserowitz jahrelang gemeinsam mit ihrem Mann, dem Berliner Reiseunternehmer Michael Leiserowitz, gewidmet. Leiserowitz stammt von litauischen Juden ab, die angesehene Bürger, kaisertreu und patriotisch eingestellt waren. 2007 legte die Wissenschaftlerin ihre Habilitationsschrift über die Geschichte der Juden in der preußisch/deutsch-russisch/litauischen Grenzregion vor. Dafür hatte sie eine Fülle schriftlicher Quellen, Zeitzeugenberichte und Interviews ausgewertet. 2010 erschien die Studie in überarbeiteter Form unter dem Titel „Sabbatleuchter und Kriegerverein. Juden in der ostpreußisch-litauischen Grenzregion 1812 bis 1942“. Zugunsten der leichteren Verständlichkeit wurde der wissenschaftliche Jargon bis auf das unvermeidliche Mindestmaß herausgefiltert. Der Verfasserin war es im System der DDR versagt geblieben ein Studium der Geschichte und Polonistik aufzunehmen. Seit 2009 ist sie stellvertretende Direktorin des Deutschen Historischen Instituts Warschau.

Als Grenzgänger verbanden sie Völker

Bei ihren Recherchen über das Judentum in Ostpreußen stieß sie auf eine vergleichsweise große Forschungslücke, was ebenso für alle ehemaligen deutschen Ostgebiete gilt. Noch schlechter ist der Forschungsstand auf polnischer und litauischer Seite. Leiserowitz beleuchtet in ihrem beeindruckenden Werk das jüdische Leben im Grenzraum unter verschiedenen Aspekten, indem sie die bedeutsamen Tendenzen erläutert. So eröffnete der Bau der Königlichen Ostbahn von Berlin nach Königsberg und weiter nach Eydtkuhnen ab 1850 neue wirtschaftliche Perspektiven und zog immer mehr jüdische Zuwanderer an, vor allem aus Russland. Der Schmuggel an der Grenze, ein multiethnisches Phänomen, war ein beständiger Wirtschaftsfaktor. Weitere Themen sind die Spannungen zwischen Beharren und Moderne im Schtetl, die Organisation der Auswanderung nach Amerika und Palästina sowie einzelne Lebensschicksale („Vom Hausierer zum Honoratioren“). Große Veränderungen zog der Erste Weltkrieg durch die Abtrennung des Memellands vom Reich nach sich. Es kam zu einer emotionalen Aufladung in beiden Nationalstaaten. Der grenzüberschreitende Handel brach weitgehend zusammen. Viele Juden wanderten ab. Nur in Memel lebten die Juden bis 1933 „im politischen Windschatten der deutsch-litauischen Auseinandersetzungen“. Nicht wenige verkannten die sich zuspitzende Lage seit der Machtergreifung Hitlers. „Die Territorialität wurde zu ihrem Schicksal“; mit diesen Worten endet die vorliegende Studie. Die Ereignisse seit dem 23. Juni 1941 genau hier einsetzenden Massenerschießungen von litauischen Juden einschließlich der Deportationen der Juden aus den Ghettos in die Konzentrationslager können bisher nur unzureichend rekonstruiert werden. *Dagmar Jestrzemski*

***Ruth Leiserowitz: „Sabbatleuchter und Kriegerverein. Juden in der ostpreußisch-litauischen Grenzregion 1812 bis 1942“**, fibre Verlag, Osnabrück 2011, broschiert, 459 Seiten, 39,80 Euro*



Mehr Volk?

Bürgerbeteiligung: Pro und contra

Blickt man auf „Stuttgart 21“, so löst die Frage, ob mehr Bürgerbeteiligung wünschenswert ist, gemischte Gefühle aus. Hier scheint Chaos das Ergebnis zu sein, ein eigenes Urteil, wer hier inwieweit falsch geplant, wer die Planungen „verschlafen“ und wer nun warum wofür und wogegen ist, ist kaum noch auszumachen. Trotzdem ist eine stärkere Beteiligung der Bürger bei der Gestaltung dieses Landes durchaus wünschenswert und in einer alternden Gesellschaft mit beachtlichen Staatsschulden auch notwendig. Nur wo sind hier die Grenzen zu setzen, so dass das kleinteilige Bürgerengagement nachher nicht das Land lahmlegt?

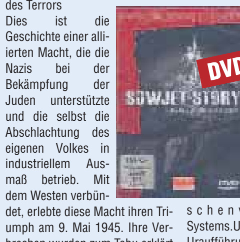
Der Band „Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie“ nimmt sich dieser Frage an und obwohl der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) Herausgeber dieses Buches ist, das Vorträge zu diesem Thema vereint, wird es differenziert behandelt. Außer zwei Beiträgen, in denen die Autoren die Leistungen Becks für mehr Bürgerbeteiligung preisen, überrascht der wissenschaftliche Sammelband durch verschiedene Perspektiven und verfällt auch nur selten in politische Phrasendrescherei.

Mitherausgeber Jan Ziekow, Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung, verweist auf die Gefahr, dass mehr Bürgerbeteiligung auch dazu führen kann, dass eine kleine aktive Minderheit der passiven Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Er differenziert zudem zwischen Bürgerbeteiligung (durch mehr Volksentscheide) und Bürgerengagement (Ehrenämter) und betont, dass Bürger nicht das gewählte Parlament behindern dürfen.

Die meisten Autoren betonen, dass die Demokratie in Form von Beteiligung an Wahlen vor allem auf kommunaler Ebene unter steigendem Desinteresse leidet. Die Bürger hätten das Gefühl, dass sie von „denen da oben“ als Stimmvieh missbraucht würden. Welche Gefahren das birgt und wie man hier mit intelligenten Formen von mehr Bürgerbeteiligung ‚vor allem durch mehr Transparenz in den politischen Entscheidungsprozessen Abhilfe schaffen kann, wird hier von verschiedenen Perspektiven aus beleuchtet. *Bel*

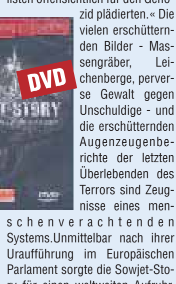
***Kurt Beck, Jan Ziekow (Hrsg.): „Mehr Bürgerbeteiligung wagen“**, VS Verlag, Wiesbaden 2011, broschiert, 212 Seiten, 29,95 Euro*

Edvins Snore
Sowjet-Story
Der dunkelrote Albtraum des Terrors



Dies ist die Geschichte einer alliierten Macht, die die Nazis bei der Bekämpfung der Juden unterstützte und die selbst die Abschlachtung des eigenen Volkes in industriellem Ausmaß betrieb. Mit dem Westen verbündet, erlebte diese Macht ihren Triumph am 9. Mai 1945. Ihre Verbrechen wurden zum Tabu erklärt und die Geschichte des mörderischsten Regimes Europas ist nie erzählt worden. Bis heute. Die Sowjet-Story untersucht auf fesselnde Weise jene Ereignisse, die dazu führten, dass Nazis und Sowjets gemeinsame Sache machten, sowie das gewaltige Ausmaß der Kollaboration sowohl vor als auch während des Zweiten Weltkriegs. Der Film analysiert den Charakter beider Systeme. Er betrachtet die theoretischen Grundlagen von Sowjetkommunismus und Nationalsozialismus und zeigt frappierende Ähnlichkeiten der beiden Theorien und ihrer praktischen Anwendung auf. Georges Watson, Historiker an der Universität Cambridge, bringt diese These im Film auf den Punkt: »Ich denke, dass nur wenige wissen, dass im 19. und 20. Jahrhundert ausschließlich Sozialisten offensichtlich für den Genozid plädierten.« Die vielen erschütternden Bilder - Massengräber, Leichenberge, perverse Gewalt gegen Unschuldige - und die erschütternden Augenzeugenberichte der letzten Überlebenden des Terrors sind Zeugnisse eines menschenverachtenden Systems. Unmittelbar nach ihrer Uraufführung im Europäischen Parlament sorgte die Sowjet-Story für einen weltweiten Aufruhr. Nur in der deutschen Presse und im deutschen Fernsehen wird der Film bis heute ignoriert. Die russischen Staatsmedien inszenierten einen massiven Propagandafeldzug, um den Film und seinen Regisseur zu verunglimpfen. Die öffentliche Hysterie gipfelte in Protesten in Moskau, in deren Verlauf eine Puppe des Regisseurs Edvins Snore verbrannt wurde.
Laufzeit: ca. 86 Minuten
Best.-Nr.: 7136

€ 19,95



Allergnädigster Vater
Dokumente aus der Jugendzeit Friedrichs II.
Geb., 207 Seiten
Best.-Nr.: 7132, € 14,95



Reise in die alte Heimat
- Ostpreußen in 1000 Bildern
Reise durch Königsberg und Ostpreußen
Geb., 399 Seiten, 1000 Abb., 225 x 295 mm
Best.-Nr.: 7131, € 19,95



E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00

Achtung Versandkosten-erhöhung!

Leider zwingen uns die deutlichen Preiserhöhungen im Versandbereich zu einer Preiserhöhung. Die Versandkosten in Deutschland sind ab sofort wie folgt: Für alle Sendungen bis zu einem Warenwert von € 80,00 beträgt Ihr Versandkostenanteil € 3,50. Ab einem Warenwert von € 80,00 ist der Versand für Sie kostenfrei.



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Von Erika Steinbach signiert!*



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.

Heimat deine Sterne



Vol. 1
Die Stars von Oper und Operette
Laufzeit: 68:29 Minuten
Best.-Nr.: 1084

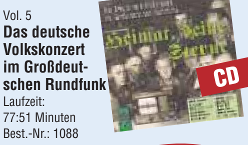


Vol. 2
Die Tonfilm- und Schlagerstars
Laufzeit: 63:54 Minuten
Best.-Nr.: 1085



Vol. 3
Lieder, Märsche, Couplets
Laufzeit: 77:25 Minuten
Best.-Nr.: 1086

Vol. 4
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
Laufzeit: 71:40 Minuten
Best.-Nr.: 1087



Vol. 5
Das deutsche Volkskonzert im Großdeutschen Rundfunk
Laufzeit: 77:51 Minuten
Best.-Nr.: 1088



Vol. 9
Der Soldatensender Oslo
Laufzeit: 77 Minuten
Best.-Nr.: 4150

Alle CDs je Stück € 12,95

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Reckmann empfiehlt...



Udo Ulfkotte
Albtraum Zuwanderung
Zu wahr, um schön zu sein!
Wie sieht unsere Zukunft nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise und unter Berücksichtigung des millionenfachen Unterschichtenimports aus fremden Kulturkreisen tatsächlich aus? Wo belügen uns Politik und Medien? Bestsellerautor Udo Ulfkotte überwindet bei der Beantwortung dieser Fragen die Grenzen der politischen Korrektheit. Um die aktuelle Krise zu bewältigen und die Schulden abtragen zu können, benötigen wir in großer Zahl leistungsbereite und leistungsfähige Menschen. Doch viele von diesen infrage Kommenden wandern aus oder sind in Gebärstreik getreten, während sich die Vertreter zugewanderter bildungsferner Bevölkerungsgruppen stark vermehren. Es sind Menschen, die in Ländern mit einer intelligenten Einwanderungspolitik wie Kanada, Australien oder Neuseeland keine Chance hätten. Viele der Migranten sind nicht nur keine Hilfe, sondern sie müssen vom Steuerzahler teils lebenslang alimentiert werden. Die Ereignisse in London vom August 2011, in deren Folge durch Chaotengewalt ganze Stadtteile in Flammen aufgingen, zeigen überdeutlich, was geschieht, wenn die dem Sozialstaat zur Verfügung stehenden Finanzmittel immer knapper werden und Zuwendungen gekürzt werden müssen: Migranten verhalten sich dann plötzlich so, wie wir es bisher nur aus Bürgerkriegsgebieten der Dritten Welt kannten. Diese Entwicklung wird sich auch im deutschsprachigen Raum fortsetzen. Wir müssen künftig offen aussprechen, was falsch gemacht wurde und dürfen die Wahrheit nicht länger mit einem Tabu belegen. Verdrängtes, das nicht ans Licht gebracht wird, kommt eines Tages auf gewaltsame Weise zum Vorschein. Udo Ulfkotte redet in diesem Buch Klartext und belegt die geschilderten Fakten mit zahlreichen wissenschaftlichen Studien sowie mehr als 1.000 hochinteressanten Quellenverweisen.
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7135

€ 19,95



„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95



Esther Gräfin v. Schwerin
Kormorane, Brombeerranken
Erinnerungen an Ostpreußen
Gräfin von Schwerin schildert ihre Erinnerungen - von der Kindheit auf den herrschaftlichen ostdeutschen Gütern bis zu den bitteren Tagen der Flucht und schließlich den unendlich schwierigen Neubeginn im Westen 1945. Nicht nur die Anschaulichkeit und Direktheit berühren, sondern es sind vor allem die Aufrichtigkeit und der unbezwingbare Humor dieser Frau, die ihre Memoiren zu einem eindrucksund hoffnungsvollen Dokument werden lassen.
Geb., 292 Seiten
Best.-Nr.: 3766,

€ 8,99



Märsche des Soldatenkönigs 1688-1740
Fahnentruppenmärsche, Grenadiermärsche, Musketiermärsche, Trupp-Märsche, Vergatterung u. Zapfenstreiche
Gesamtspielzeit: 44:33
Best.-Nr.: 7112, € 17,95



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
29 Titel
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 14,95

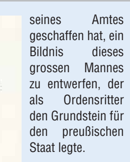
Mit dem Ostpreußenlied

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten
esamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Inge Mommert

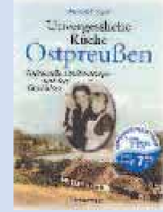
Ostpreußische Erinnerungen
Lieder, Gedichte, Episoden aus Ostpreußen. Inge Mommert vermittelt in ihren Erinnerungen liebenswerte, zum Schmunzeln anregende Bilder des Lebens in den Orten ihrer Kindheit und Jugend.
Laufzeit: 59 min 08 sec
Best.-Nr.: 1181, € 14,95

Vom ostpreußischen Gemüt
Lieder und Gedichte in ostpreußischer Mundart. Inge Mommert liest eine Auswahl aus „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus“ sowie aus „Das Hausbuch des ostpreußischen Humors“.
Laufzeit: 59 min 36 sec
Best.-Nr.: 3675, € 14,95



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.
Kart., 217 Seiten, mit Abbildungen
Best.-Nr.: 2354

statt € 20,00 nur noch **€ 9,95**

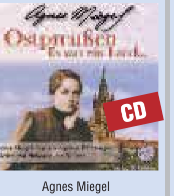


HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95



Reinhard Szeskus
Das deutsche Volkslied - Geschichte, Hintergründe, Wirkung
Kart., 318 Seiten mit Abbildungen und Noten
Best.-Nr.: 7116, € 68,00





Agnes Miegel
Ostpreußen - Es war ein Land…
Gedichte, Balladen und Lieder der ostpreußischen Heimat
Agnes Miegel trägt ihre Gedichte vor
Laufzeit: 32 Minuten
Best.-Nr.: 1056, € 12,95



Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325,
statt € 14,95 nur noch € 9,95



David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best.-Nr.: 7118, € 19,95



Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



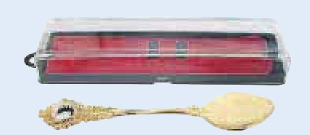
Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags entlassen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste. „Aus dem Reich“, wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlichpreußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung. Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. Heute in einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 6981

€ 14,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

€ 12,95





PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
40/11
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Empörung über den SWR

Budapest – Der Chefredakteur der deutschsprachigen „Budapester Zeitung", Jan Mainka, hat scharfe Kritik am Südwest-Rundfunk (SWR) geübt. Der SWR hatte ein Interview mit Mainka über die Lage in Ungarn gestrichen, weil er vor Zeiten der Zeitung „Junge Freiheit" ein Interview gegeben habe. Insbesondere die bundesdeutsche Kritik an angeblich mangelnder Pressefreiheit in Ungarn erscheint Mainka vor diesem Hintergrund als Heuchelei. *H.H.*

Koran und Gewehr verlost

Mogadischu – „Kinder sollten eine Hand auf dem Koran haben, in der anderen aber ein Gewehr, um den Islam zu verteidigen." Mit diesen Worten erklärte der somalische Scheich Muktar Robow Abu Monsur, warum er als Hauptpreise bei einem Rätsel für Jugendliche religiöse Bücher und eine Kalaschnikow beziehungsweise eine Handgranate ausgelost hat. Jugendliche, die sich seiner Schabab-Miliz nicht anschließen wollen, werden gern auch ermordet. *Bel*

ZUR PERSON

Der leise Rebell

Freund – Feind – Parteifreund. Wie berechtigt dieses Sprichwort über die Steigerung von Gegnerschaft ist, musste der CDU-Politiker **Wolfgang Bosbach** schmerzlich erfahren. Dass er sich bei der Bundestagsabstimmung über den Euro-Rettungsschirm nicht der Parteiräson, sondern nur seinem Gewissen verpflichtet fühlte, brachte ihm viel innerparteilichen Ärger ein – was er erwartet hatte, aber auch heftige verbale Schläge unter die Gürtellinie – was er wiederum in einer demokratischen Partei niemals für möglich gehalten hätte.

Der 1952 geborene Bosbach absolvierte nach der Mittleren Reife eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann, bevor er Leiter eines Supermarktes wurde. Anschließend bildete er sich zum staatlich geprüften Betriebswirt fort, holte das Abitur nach und absolvierte ein Jurastudium. Seit 1991 ist er als Rechtsanwalt tätig. Seine politische Laufbahn führte ihn zunächst in den Kreistag, dann in den Rat seiner Heimatstadt Bergisch Gladbach und



1994 in den Bundestag, dem er seitdem angehört. Von 2000 bis 2009 war der als sachlich, ruhig und besonnen geltende Bosbach stellvertretender Fraktionsvorsitzender, seit November 2009 ist er Vorsitzender des Innenausschusses. Seiner konservativen Haltung entsprechend, verfolgt Bosbach in der Innenpolitik eine klare Linie. So sprach er sich für die Videoüberwachung, eine Zensur des Internets und die Verlängerung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes aus. Diejenigen, die Toleranz gegenüber den Muslimen einforderten, rief er dazu auf, dann auch dafür zu sorgen, dass die gleiche Toleranz gegenüber Christen in muslimischen Ländern angewendet werde.

Bei der Feier zum Tag der Deutschen Einheit wurde Bosbachs Aufrichtigkeit in der Euro-Frage vom Volk honoriert. Er bekam tosenden Applaus – und das, ohne selbst ein Wort zu sagen. *J.H.*



Zeichnung: Mohr

Flunkern wie bei Junckern

Warum Pofalla plötzlich nicht mehr langweilig ist, wie wir uns in den Abgrund »hebeln«, und wie es Merkel mit der Wahrheit hält / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wie geht es uns eigentlich? Uns Deutschen, meine ich. Wenn man der Presse glaubt, fühlen wir uns gerade nicht so richtig. Dieser Sommer, der mit „durchwachsen" noch freundlich beschrieben wäre, hat Furchen in unserem Befinden hinterlassen. Da reißen die paar Sommertage, die man uns verspätet nachgeliefert hat, auch nichts mehr.

Wie schlimm es um uns steht, konnten wir in den Medien lesen: Ein großes Nachrichten-Magazin machte diesen Montag mit dem Thema „Rückenschmerzen" auf, ein anderes quälte uns nur vier Tage zuvor mit dem „Burn-out-Syndrom" als Titelgeschichte. „To burn out" ist Englisch und heißt „ausbrennen". Ausgebrannt fühlten wir uns früher schon mal hin und wieder. Damals hieß es lapidar: Spann ein paar Tage aus, mach Urlaub, dann wird das schon wieder. Und wurde es meistens auch.

Seitdem wir jedoch ein englisches Wort für die Angelegenheit importiert haben, können wir die Sache nicht mehr auf die leichte Schulter nehmen. Englische Wörter geben den Dingen etwas Globales, Bedeutungsvolles, glauben wir Deutsche zumindest. War Ausgebranntsein früher also nur eine lästige, aber eben hin und wieder zu ertragende Begleiterscheinung unserer schnelllebigen Zeit, so ist es als „Burn out" zur sogenannten „Volkskrankheit" aufgestiegen. Ein jeder horcht in sich hinein.

Gut so, doch diese gebannte Aufmerksamkeit hat einen Haken: Bei der regen Berichterstattung über „Burn out" ist eine andere, nicht minder zerstörerische neue Epidemie völlig untergegangen: der „Bore out". Das kommt von „to bore", was „langweilen" bedeutet. In dem Nachrichtenmagazin mit den Rückenschmerzen beklagt eine französische Verwaltungsbeamtin ihr Martyrium. Sie habe so viele tolle Ideen gehabt. Doch ihr Vorgesetzter habe alles abgeblockt, um weiter oben keinen Ärger zu kriegen. Ständig habe er sie mit Ausreden dafür ausgebremst, warum es sinnlos sei zu arbeiten. Das hat der armen Frau derart zugesetzt, dass sie am Ende „sterben wollte". Als sie dann ein Buch über die Hölle der Faulheit veröffentlichte, bekam sie ein Disziplinarverfahren an den Hals.

Wie sich „Bore out" anfühlt, wissen alle, auch die weniger Betroffenen: Wie oft wollten wir schon sterben vor Langeweile, wenn uns als Kind ein vermatschter Sommertag kaum vor die Tür ließ, wenn uns dröge Lehrer oder Dozenten durch die Stunde quälten oder wenn Ronald Pofalla im Fernsehen auftrat? Schrecklich.

Heute fragen wir uns, warum uns der Pofalla bloß so angeödet hat. Ist doch eine richtige Stimmungskanone, er bedarf nur der richtigen Motivation: Als Wolfgang Bosbach von seiner Ablehnung der neuesten Milliardenbürgschaft nicht lassen wollte, da schoss Pofalla unter dem Rock der Kanzlerin hervor und ging auf den Verdatterten los wie ein Dackel im Blutrausch.

> Er schoss unter Merkels Rock hervor und ging auf Bosbach los wie ein Dackel im Blutrausch

Kraftausdrücke kamen heraus, wie man sie sonst nur in verruchten Säuferkneipen vernimmt. Wie sich das wohl angehört hat? Ronald Pofalla hat ja eine recht einprägsame Stimme, er klingt wie Ivan Rebroff im Heliumzelt. Wenn so einer Vokabeln wie „Fresse" oder „Sch..." herausfistelt, macht das nicht Angst?

Wolfgang Bosbach war mehr überrascht als verängstigt, als Pofalla ihm an die Waden ging. Und enttäuscht. Wir indes machen uns vor allem Gedanken darüber, was in einem Politiker vorgeht, der Begriffe wie Gewissen und Grundgesetz vor versammelter Fraktion als „Sch..." bezeichnet, wie Kanzleramtsminister Pofalla es gegenüber Bosbach getan hat. Waren das überhaupt seine Worte? Als Person mit eigener Meinung war uns Pofalla bislang ja nie aufgefallen. Haben wir hier am Ende eine Kostprobe des Umgangs im Hause Merkel genossen? Na ja, die Leichtigkeit, mit welcher man in Berlin zwecks „Euro-Rettung" Gesetze, Verträge und eigene Versprechungen weggespült hat, die kommt der Methode, mit der man üblicherweise Exkremente entsorgt, zumindest recht nahe. Mit der Spülerei soll nun aber Schluss sein: Mit fester Stimme hat uns Bundesfinanzminister Schäuble versprochen, dass der Rettungsschirm EFSF nicht noch mehr ausgeweitet wird.

Endlich ein klares Wort! Um bei diesem Wort endlich mal länger als sechs Wochen bleiben zu können, haben sich die Strategen etwas einfallen lassen: Statt das Hilfsprogramm mit dem deutschen Beitrag von 211 Milliarden Euro aufstocken zu müssen, will man den EFSF „hebeln". Was das bedeutet, versteht glücklicherweise fast niemand.

Auch wir wollen nur das Allerwesentlichste verpetzen: „Hebeln" heißt, dass die EFSF-Gelder nicht direkt eingesetzt werden. Man verstrickt sie stattdessen in einem verwirrenden System aus Krediten und Sicherheiten. Dadurch kann man Schätzungen zufolge gut das Achtfache dessen zusammenbringen, was der EFSF allein auf die Waage bringt. Bravo! Diese Vorgehensweise entspricht exakt der Strategie jener sagenhaften Investmentbanker, derentwegen die Welt seit vier Jahren über dem finanziellen Abgrund balanciert. Die EU-Finanzminister sind sich sicher, dass sie auf diesem Wege verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen können.

Und wir sind uns sicher, dass wir angesichts dessen kurz davor stehen, in den Sprachgebrauch eines Ronald Pofalla zu verfallen. Das jedoch verkneifen wir uns, zumal CDU-Politiker Peter Hintze dazu aufgerufen hat, die Debatte über den Kanzleramtsminister schleunigst zu beenden.

Das hätten die Spitzen von CDU und FDP ohnehin am liebsten getan: Die Bundestagsdebatte über den EFSF beenden, bevor sie überhaupt begonnen hatte. Wozu überhaupt noch Debatten um so 'nen „Sch..."? Die Kanzlerin bekümmert es bis heute, dass ihr einstiges Lieblingswort „alternativlos" zum Unwort verflucht wurde. Damit konnte jede Diskussion im Keim erstickt werden. Nun soll die Politik dem Volk immerfort alles „erklären", was man viel lieber heimlich täte. Gut, dass es da den „Hebel"-Trick gibt: Da kann man den Deutschen das eine versprechen und das ganz, ganz andere machen, ohne dass sie einen später der Lüge überführen können. Wenn es windigen Finanzberatern gelungen ist, den Sparern jahrelang undurchschaubare Finanzbündel anzudrehen, dann wird man den Deutschen doch wohl noch so einen hochexplosiven Hebelkram unter die Weste jubeln können. Bis das alles hochgeht, vergehen im günstigen Fall Jahre. Und so weit schauen die „Auf-Sicht-Fahrer" von der Spree schon lange nicht mehr.

Wir, die wir schon gern ein wenig weiter gucken wollen, müssen uns die Wahrheit herausklauben aus den Debattenfetzen, die dauernd durch die europäische Luft rasen. Neulich kam wieder etwas Erhellendes vorbei: Die Briten seien unsolidarisch, weil sie, so der Vorwurf, sich zwar alle Vorteile der EU sicherten, gleichzeitig aber nicht am Euro teilnehmen wollten. So springt die Katze aus dem Sack: Der Euro ist also selbst in den Augen seiner Verfechter ein Nachteil, den man für die Vorzüge der EU in Kauf nehmen müsse. Hatte man uns nicht 20 Jahre lang vorgebetet, dass wir alle, „und wir Deutsche ganz besonders", vom Euro fürchterlich profitieren würden?

Würden die Engländer tatsächlich weich und ließen sich in den Euro hineinpressen, dann würde man das den Deutschen als Beweis verkaufen, welch großes Vertrauen die Einheitswährung doch genieße. Bis dahin hält man sie mit den Rezepten des Euro-Zonen-Chefs Jean-Claude Juncker bei Laune, der bekanntlich einräumte: „Wenn es ernst wird, müssen wir lügen." Neulich behauptete Angela Merkel bei Günther Jauch, 60 Prozent der deutschen Exporte gingen in die Euro-Länder. Die Zahl ist falsch, es sind nur rund 42 Prozent, und der Anteil der Euro-Länder am deutschen Export ist zudem seit Jahren rückläufig. Merkel weiß das natürlich genau, doch in der Not heißt offenbar auch ihre Devise: Flunkern wie bei Junckern.

MEINUNGEN

*Der Fraktionsvorsitzende der Liberalen im EU-Parlament, der belgische Ex-Premier **Guy Verhofstadt, widerspricht** dem deutschen Finanzminister Wolfgang **Schäuble** (CDU), der versprochen hat, dass die **Euro-Rettungsschirme** nicht noch weiter **aufgestockt** werden. Der „Welt" (30. September) sagte Verhofstadt klipp und klar:*

„Wir reden über Billionen, und das ist realistisch. Wie sonst sollen EFSF und später ESM Anleihen kaufen, gefährdete EU-Länder auffangen und auch noch die Banken rekapitalisieren?"

*Der Unternehmer **Erich Sixt** reagiert im „Spiegel" vom 26. September **entnervt**, auf die Argumente der **Euro-Retter**:*

„Übrigens gab es schon vorher einen europäischen Wirtschaftsraum, und Deutschland war bereits vor dem Euro Exportweltmeister ... Sicherlich ist ein Europa in Frieden und mit offenen Grenzen ein großes Glück. Aber das gab es doch vor 20 Jahren auch schon. Was heute als Offenheit begriffen wird, hat nicht mit dem Euro zu tun, sondern mit der Aussöhnung zwischen den Völkern ..."

Die finale StabiLizitation

Wenn ich „Battle Group" vernehme,
fällt mir Balkan ein sofort,
denn wohl jeder merkt mit Häme,
dass wie „Bettel" klingt das Wort.

Und wie wirklich dort zu sehen,
hat die Schulden-Union
Battle Groups am Balkan stehen,
eingesetzt seit langem schon!

Diese sind vor allen Dingen
mit der Mission befasst,
unter einen Hut zu zwingen,
was nicht zueinander passt.

Manche Völker wollen eben
nicht wie jetzt mit Ach und Pein
in demselben Staate leben,
doch was sein muss, das muss sein!

Das verbürgen Kommissare,
Militär und Polizei
von der Wiege bis zur Bahre,
so nur sind die Menschen frei.

Was das kostet, ist kein Bettel,
allerdings auch kein Problem –
druckt man halt mehr Schuldenzettel,
das ist billig und bequem.

Wie zum Hohn hat strenge Regeln
man als „Sixpack" nun serviert –
und schon wird mit vollen Segeln
weiter stabilizitiert!

Tja, wenn einst ich „Sixpack" hörte,
dacht' ich bloß ans Sechserpack,
und wenngleich das Fremdwort störte,
mir war wichtig der Geschmack.

Doch bei „Sixpack" kommt mir
künftig
nur der „Sick bag" in den Sinn –
wie im Flugzeug immer
zünftig
in der vordern Lehne drin!

Schwerer drückt indes den Magen,
was im Balkan-Einsatz steckt:
Klein-Europa sozusagen –
ist's nicht ein Versuchsobjekt?

Wird nicht darum so beflissen
jedes Volksheer demontiert.
wird nicht darum, höchst gerissen,
Sicherheit privatisiert?

Battle Groups, bis übermorgen
ganz auf Söldner umgestellt,
sollen die dann dafür sorgen,
dass Europa nicht zerfällt?

Pannonicus